D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 43
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

23. Oktober 1981
Preis 1 DM

Kampf um das Wasser und Kampf gegen das Wasser

Die klimatischen und Bodenbedingungen in China machen einen ständigen Kampf gegen Dürre und Überschwemmungen notwendig ..... S. 8

Klassengesellschaft oder Patriarchat?

Die „Sozialistischen Studiengruppen" haben Thesen zur Frauenbefreiung vorgelegt. Sie kritisieren die feministische Analyse und Strategie ..... S. 4

Das Konzept, das hinter Reagans Aufrüstung steht

Mit ungeheuren Summen wollen die USA ihre strategischen Streitkräfte modernisieren. Gleichzeitig wird der begrenzte Krieg vorbereitet ..... S. 9

In 10 Jahren die 20fache Anzahl: Die Roboter kommen

Es wäre falsch, den Einsatz von Robotern blindlings abzulehnen. Doch für die notwendige Absicherung fehlt die gewerkschaftliche Strategie .... S. 13

Sonne über Griechenland

cof. Strahlender Sieger der griechischen Wahlschlacht, die Hunderttausende auf die Straßen der Städte und Plätze der Dörfer getrieben hatte, ist Andreas Papandreou. Daß die panhellenische sozialistische Bewegung Pasok mit 48% der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament erreichte, daß gleichzeitig die streng an der Sowjetunion orientierte KP 1,5% zugewann, damit hatten weder Griechen noch „Griechenlandkenner" gerechnet.

Die Entscheidung der 6,8 Mio. Wahlberechtigten markiert eine Wende – „Allaji" (Wandel), Griechenland den Griechen, waren die Parolen der Sozialisten wie der KKE (KP).

Zum ersten Mal seit der Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit von den türkischen Osmanen 1822 stellen Sozialisten die Regierung in einem Land, in dem die Entfaltungsmöglichkeiten linker Kräfte jahrzehntelang von reaktionären Diktaturen oder einer Scheindemokratie unterdrückt wurden.

Bisher bereitete die strategische Lage Griechenland, an der Nahtstelle zwischen Ost und West, doppeltes Pech. In einem Abkommen zwischen Stalin und Churchill 1944 dem britischen Machtbereich zugeschlagen, ließ die Sowjetunion die Kommunisten im folgenden Bürgerkrieg und gegen die britische Intervention hängen. 1951 wird Griechenland NATO-Mitglied.

Nachdem Massenkämpfe die Schreckensherrschaft Karamanlis' abgelöst haben und seit 1964 eine immer größere Mehrheit für Georgios Papandreous liberale Zentrumsunion votiert, putschen im April 1967 eng mit den USA verbundene Generäle. 7 Jahre herrscht ihre offene Diktatur, bis sie sich unter dem Druck verschiedener Massenkämpfe als nicht mehr haltbar erweist.

Derselbe Karamanlis gewinnt zwar die Wahl als Stabilitätsfigur in einem von der *direkten* Einmischung der Imperialisten bedrohten Land, aber unter der Herrschaft seiner „Neuen Demokratie" veränderte sich die griechische Gesellschaft: demokratische Freiheiten, Zulassung linker Parteien, die Integration in den europäischen Markt aufgrund der Erfüllung des EG-Assoziierungsabkommens von 1962 und der EG-Beitritt zu Beginn dieses Jahres, was eine Art Diversifizierung der bisherigen Vorherrschaft US-amerikanischer Monopole mit sich brachte.

Die Idylle des Landlebens gerät immer elender, es herrscht Unterbeschäftigung, viele müssen in den Städten oder im Ausland einen Ausbeuter suchen. Auf der anderen Seite organisieren sich die Arbeiterklasse und neu hinzugekommene Schichten der Lohnabhängigen zunehmend im Kampf um Lohnerhöhungen über der stattlichen Inflationsrate, bessere Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit und gewerkschaftliche Rechte. Bauern, Handwerker und kleine Ladenbesitzer kämpfen um ihre Existenz, die Bauern um höhere Erzeugerpreise, bessere Renten, Abnahmegarantien – vor wie nach der Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EG. Daß die Pasok u.a. mit ihrem anfangs scharfen und später eher gemäßigten Widerstand gegen die EG-Mitgliedschaft gewann, obwohl der scheidende Premier Rallis von der unterlegenen „Neuen Demokratie" auf dem Land mit Mitteln aus dem EG-Regionalfonds geradezu um sich schmiß, ist Ausdruck der Hoffnung auf Revision der Beitrittsbedingungen, wodurch die Konzentration der Landwirtschaft auf wenige (Export-)Produkte gebremst und der Inflation der Lebensmittelpreise Einhalt geboten werden soll.

Entscheidender für den Erfolg der Sozialisten sind aber andere außen- wie auch innenpolitische Ziele, die die Kräfteverhältnisse mindestens in Europa positiv beeinflussen werden, wennglecih das Programm so furchtbar konkret nicht ist. Nach innen ähnelt es stark den Maßnahmen der französischen Sozialisten; deutlicher ist von der „Vergesellschaftung" der in Zukunft staatlichen Betriebe die Rede. Entsprechend dem immer noch niedrigen Stand der Vergesellschaftung der Produktion werden landwirtschaftliche und kleinindustrielle Kooperativen angestrebt. Freiheit der bis heute staatlich organisierten Gewerkschaften sowie automatische Lohnerhöhungen entsprechend der Inflationsrate sind geplant.

Relativ gelassen reagierten die USA und die EG-Regierungen auf solche Projekte – anders aber auf die Forderung „Raus aus der NATO – für immer" und auf die mögliche Schließung der US-Militärbasen. Ein Sofortprogramm ist das sicher nicht, aber ernsthafte Verhandlungen über beides strebt Papandreou wohl an – er ist es der breiten Bewegung, die er zu sammeln vermochte, schließlich schuldig.

Die Pasok wünscht eine „französische Lösung", d.h. Rückzug aus der Militärstruktur der NATO, in die Griechenland erst vor einem Jahr wieder eingetreten ist, allerdings unter anderer strategischer Zielsetzung: Auflösung beider Blöcke des kalten Krieges, der NATO und des Warschauer Paktes, was eine „Verteidigungsallianz mit anderen ... unter dem Zwang historischer Umstände" nicht ausschließt. In der Begründung für diesen Schritt steckt allerdings ein guter Schuß Chauvinismus gegenüber dem türkischen „Erbfeind". Positiv wirkt jedoch schon heute die Forderung nach Abzug von Atomwaffen von griechischem Territorium. Bewußt als „Herausforderung" für andere Balkanstaaten, sich diesem Schritt anzuschließen, gefaßt, bekundet Bulgariens Schiwkoff bereits Sympathien. Und während sich die Regierungs-SPD keineswegs überschwenglich über den Erfolg der Sozialisten und die mögliche Aufweichung der Blöcke an neuralgischer Stelle äußert, vielmehr erklärt, sie werde mit *jeder* griechischen Regierung gerne zusammenarbeiten, sieht sich Willy Brandt bemüßigt, den Vorschlag für eine kernwaffenfreie Balkanzone „mit Aufmerksamkeit zu verfolgen". Die Chancen, daß – wie Papandreou meint – „Frankreich im Westen und Griechenland im Osten Europa verändern", sind jedenfalls gewachsen. Die Sowjetunion dürfte wenig Freude an ihrem anbiedernden Angebot, mit Griechenland ein Separat-Abkommen über den Nichteinsatz von Atomwaffen abzuschließen, haben. Und der Jubel der Tass darüber, daß im griechischen Parlament keine gegen die UdSSR eingestellten Linksgruppen vertreten seien, erscheint angesichts des Widerstands gegen jede Einschränkung der Souveränität und Unabhängigkeit Griechenlands einigermaßen hilflos.

Zwei Vertreter der irischen Sinn Fein/IRA berichteten im Rahmen einer Rundreise durch die BRD u.a. über ihre Bemühungen, die republikanischen Kräfte über Betriebs- und örtliche Komitees wieder stärker mit der Gewerkschaftsbewegung in ganz Irland zu verbinden.

General Jaruzelski zum Parteivorsitz abkommandiert

gek. Wieder muß man hoffen, daß Lech Walesas politischer Instinkt ihn nicht trügt: in Frankreich, wo er bei den Gewerkschaftsbünden und bei der sozialistischen Regierung zu Besuch war, auf die Abwahl Kanias und Neuwahl des Generals Jaruzelskis zum Parteivorsitzendem angesprochen, sah er darin keine Verschlechterung, eher eine Verbesserung der Lage, insofern die bloße Handlungsfähigkeit verbessert werde. „Es ist unsere Regierung, wir wollen sie respektieren".

Charakteristischerweise sprach er von der Regierung und von der Armee, deren Oberkommandierender Jaruzelski ist, nicht von der Partei. So sah es auch Jaruzelski selbst: er sei als Soldat nun an einen zusätzlichen dritten Frontabschnitt abkommandiert worden.

Allerdings: mit Jaruzelski hat die Armeeführung die Führung der Partei übernommen, und auch dies untergräbt noch ein Stück weiter die „führende Rolle", die diese im polnischen Verfassungssystem zu spielen hätte, aber in der Praxis nicht mehr spielt. Die Auflösungserscheinungen innerhalb der Partei sind akut geworden. Ein Großteil der Mitglieder ist gänzlich passiv geworden und zahlt nicht einmal mehr die Pflichtbeiträge. Die Betriebsorganisationen, vor allem in den Großbetrieben, wo die Arbeiterselbstverwaltung sich faktisch schon installiert hat, haben sich weitgehend aufgelöst, aus Enttäuschung darüber, daß die Demokratisierung der Partei nur einen Apparat hervorgebracht hat, der dem alten täuschend ähnlich sieht. Als die Kania-Führung Mitte September, nach dem ersten Teil des Kongresses von „Solidarność", versuchte, von den großen Betriebspartei-Organisationen eine Verurteilung der „konterrevolutionären Ansprüche" der Gewerkschaft zu erhalten, wurde sie mit offenem Ungehorsam konfrontiert. In keiner einzigen Fabrik kam eine entsprechende Erklärung zustande.

Kania verfolgte zuletzt die Linie, sich statt auf die Grundorganisationen überhaupt nur noch auf die sog. „Aktivs" der Partei zu stützen, auf diejenigen, die noch zur Fahnenstange halten. Die aber sind auf den Kern der Parteibeamten und Inhaber von „Nomenklatura"-Stellen geschrumpft; und unter dieser Schicht von einigen zehntausend Amts- und Würdenträgern hat, mit offener Unterstützung der Bruderparteien, die äußerste Parteirechte eine lebhafte fraktionelle Tätigkeit entfaltet. Praktisch wird eine sowjettreue Partei in der Partei aufgebaut. So hat sich das „Kattowitzer Forum" in ein Netz sog. „marxistisch-leninistischer Seminare" umgetauft, die anstreben, „bei den Parteiinstanzen auf allen Ebenen ein Parteiaktiv zu konzentrieren, das konsequent auf den Postionen des Marxismus-Leninismus steht und entschlossen ist, für den Sieg des Sozialismus in Polen unter jeden Umständen zu kämpfen" (Neues Deutschland, 2. Oktober).

Auf die – vom Politbüromitglied Olszowski ausdrücklich als „Ultimatum" an die Gewerkschaft bezeichnete – ZK-Resolution, worin ein Ende aller Streiks und Protestaktionen gefordert wird, hat der Landesausschuß der „Solidarität" mit der ruhigen Feststellung geantwortet, er strebe allerdings solche Streiks in dieser Lage nicht an, sondern sei bemüht, die überall aufflackernden wilden Protestaktionen zu verhindern. Aber alles sei sinnlos, wenn nicht endlich an die Beseitigung der Gründe der gesellschaftlichen Unrast gegangen werde.

Die Unrast aber wird von ganz anderer Seite geschürt: nicht zufällig in Kattowitz, wo die Parteirechte eins ihrer Zentren hat, verhafteten Zivilpolizisten Flugblattverteiler der „Solidarność" und provozierten so die Straßenauseinandersetzungen, die gewisse Leute dringend brauchen.

siehe auch S. 7

Kahlschlag in der Stahlindustrie

bsc. Dortmund. Die Realisierung beschlossener Sanierungskonzepte der westdeutschen Stahlkonzerne wird nach Schätzung von Rudi Judith, dem zuständigen Vorstandsmitglied der IGM, mehr als 33000 Arbeitsplätze bis Mitte der 80er Jahre beseitigen: im Saarland (9000), Klöckner (3000), Böhler (800), Mannesmann (2200), Peine-Salzgitter (2000), Thyssen (2300), Krupp (4300) und Hoesch (10000). Betriebsräte von Krupp in Hagen und von Hoesch in Dortmund erklärten letztes Wochenende und bisher unwidersprochen, daß es konkrete Pläne gebe, allein im Rahmen der Hoesch-Krupp-Fusion die Belegschaft um 30000 zu verringern. Danach muß man davon ausgehen, daß in der Stahlindustrie Westdeutschlands in den nächsten Jahren rund 50000 Arbeitsplätze und damit 25% beseitigt werden. Den Anstoß zur neuen Rationalisierungs- und Fusionswelle gab die Bundesregierung mit ihrem Stahl-Subventionierungsprogramm. Darin werden betriebsübergreifende Konzepte verlangt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des westdeutschen Kapitals. Die Kapitalvernichtung soll jetzt auf einen Schlag gemacht und der Umfang staatlicher Zuschüsse möglichst gering gehalten werden.

Die Fusionsverhandlungen zwischen Hoesch und Krupp stehen vor dem Abschluß. Die neue Gesellschaft soll möglichst zum 1.1.1982 gegründet werden, damit die jetzigen Muttergesellschaften ESTEL und Krupp GmbH die Verluste des laufenden Geschäftsjahres, die sich bei beiden auf eine runde Milliarde summieren, vom Hals kriegen. „Verluste" sind hier wirklich besser in Anführungszeichen zu setzen. Denn was bei den Stahlbetrieben auf Grund der niedrigen Tonnenpreise und der noch niedrigeren Konzernverrechnungspreise als „Verlust" auftaucht, hat im Weiterverarbeitungsbereich, im Maschinen- und Anlagenbau derselben Konzerne seinen Widerpart in Gestalt hübscher Extra-Profite. Der profitable Weiterverarbeitungsbereich des Hoesch-ESTEL-Konzerns soll natürlich nicht in die neue Gesellschaft. Krupp hatte dies Problem schon vor einigen Jahren durch eine Neustruktu-

Zwei Vertreter der irischen Sinn Fein/IRA berichteten im Rahmen einer Rundreise durch die BRD u.a. über ihre Bemühungen, die republikanischen Kräfte über Betriebs- und örtliche Komitees wieder stärker mit der Gewerkschaftsbewegung in ganz Irland zu verbinden.

General Jaruzelski zum Parteivorsitz abkommandiert

gek. Wieder muß man hoffen, daß Lech Walesas politischer Instinkt ihn nicht trügt: in Frankreich, wo er bei den Gewerkschaftsbünden und bei der sozialistischen Regierung zu Besuch war, auf die Abwahl Kanias und Neuwahl des Generals Jaruzelskis zum Parteivorsitzendem angesprochen, sah er darin keine Verschlechterung, eher eine Verbesserung der Lage, insofern die bloße Handlungsfähigkeit verbessert werde. „Es ist unsere Regierung, wir wollen sie respektieren".

Charakteristischerweise sprach er von der Regierung und von der Armee, deren Oberkommandierender Jaruzelski ist, nicht von der Partei. So sah es auch Jaruzelski selbst: er sei als Soldat nun an einen zusätzlichen dritten Frontabschnitt abkommandiert worden.

Allerdings: mit Jaruzelski hat die Armeeführung die Führung der Partei übernommen, und auch dies untergräbt noch ein Stück weiter die „führende Rolle", die diese im polnischen Verfassungssystem zu spielen hätte, aber in der Praxis nicht mehr spielt. Die Auflösungserscheinungen innerhalb der Partei sind akut geworden. Ein Großteil der Mitglieder ist gänzlich passiv geworden und zahlt nicht einmal mehr die Pflichtbeiträge. Die Betriebsorganisationen, vor allem in den Großbetrieben, wo die Arbeiterselbstverwaltung sich faktisch schon installiert hat, haben sich weitgehend aufgelöst, aus Enttäuschung darüber, daß die Demokratisierung der Partei nur einen Apparat hervorgebracht hat, der dem alten täuschend ähnlich sieht. Als die Kania-Führung Mitte September, nach dem ersten Teil des Kongresses von „Solidarność", versuchte, von den großen Betriebspartei-Organisationen eine Verurteilung der „konterrevolutionären Ansprüche" der Gewerkschaft zu erhalten, wurde sie mit offenem Ungehorsam konfrontiert. In keiner einzigen Fabrik kam eine entsprechende Erklärung zustande.

Kania verfolgte zuletzt die Linie, sich statt auf die Grundorganisationen überhaupt nur noch auf die sog. „Aktivs" der Partei zu stützen, auf diejenigen, die noch zur Fahnenstange halten. Die aber sind auf den Kern der Parteibeamten und Inhaber von „Nomenklatura"-Stellen geschrumpft; und unter dieser Schicht von einigen zehntausend Amts- und Würdenträgern hat, mit offener Unterstützung der Bruderparteien, die äußerste Parteirechte eine lebhafte fraktionelle Tätigkeit entfaltet. Praktisch wird eine sowjettreue Partei in der Partei aufgebaut. So hat sich das „Kattowitzer Forum" in ein Netz sog. „marxistisch-leninistischer Seminare" umgetauft, die anstreben, „bei den Parteiinstanzen auf allen Ebenen ein Parteiaktiv zu konzentrieren, das konsequent auf den Postionen des Marxismus-Leninismus steht und entschlossen ist, für den Sieg des Sozialismus in Polen unter jeden Umständen zu kämpfen" (Neues Deutschland, 2. Oktober).

Auf die – vom Politbüromitglied Olszowski ausdrücklich als „Ultimatum" an die Gewerkschaft bezeichnete – ZK-Resolution, worin ein Ende aller Streiks und Protestaktionen gefordert wird, hat der Landesausschuß der „Solidarität" mit der ruhigen Feststellung geantwortet, er strebe allerdings solche Streiks in dieser Lage nicht an, sondern sei bemüht, die überall aufflackernden wilden Protestaktionen zu verhindern. Aber alles sei sinnlos, wenn nicht endlich an die Beseitigung der Gründe der gesellschaftlichen Unrast gegangen werde.

Die Unrast aber wird von ganz anderer Seite geschürt: nicht zufällig in Kattowitz, wo die Parteirechte eins ihrer Zentren hat, verhafteten Zivilpolizisten Flugblattverteiler der „Solidarność" und provozierten so die Straßenauseinandersetzungen, die gewisse Leute dringend brauchen.

siehe auch S. 7

revolutionäre volksbildung 10/81

Erscheint am 23. Okt. 1981 · Preis 2,50 DM

U.a.: Abkehr vom Sozialismus? Zu einigen Problemen der Entwicklung der VR China.

Reiseeindrücke

Bestellungen an

Buchvertrieb Hager · Frankfurt

rierung des Gesamtkonzerns gelöst, wo jetzt der Stahlbereich als Krupp-Stahl AG vom Rest getrennt ist. Mit der Ruhrstahl AG bahnt sich also eine Wiederholung der Ruhrkohle AG an bezüglich der Verstaatlichung der Verluste.

Daß Eugen Loderer dagegen ist, ist vernünftig. Daß er auch gegen Überlegungen ist, die „Stahlindustrie in Gemeineigentum zu überführen und demokratischer Kontrolle zu unterstellen", wie zahlreiche Funktionäre auf der Mülheimer Stahlkonferenz forderten, ist unvernünftig.

(Bericht auf Seite 14)

Friedensbewegung und Parteien Einiges kommt in Bewegung

Von Lutz Plümer

Jetzt kriegt sich zunehmend auch die CDU über die Bonner Demonstration in die Wolle. Kohl hatte sie als Volksfrontveranstaltung bezeichnet, Matthias Wissmann hat auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in offensichtlichem Gegensatz zu Kohl ein „differenziertes Herangehen an die Friedensbewegung" gefordert. Biedenkopf schloß sich dieser Version an. Ein Delegierter, der sagte, er sei „dabei gewesen", fragte: „Aber wo wart ihr?" Man dürfe den anderen das Feld nicht kampflos überlassen. In der CSU wird erneut der Ausschluß Mechtersheimers gefordert, aber selbst in der CSU gibt es dagegen Widerstände. Sowieso fragt man sich angesichts des Charakters der Widersprüche zwischen der CSU und Mechtersheimer, wieso ein Ausschluß nicht schon lange erfolgt ist.

Befürchtungen davor, daß sich Matthias Wissman auf der nächsten Friedensdemonstration einhaken wird, braucht man deswegen nicht zu haben. Es ist klar, daß es bei den Auseinandersetzungen zwischen Wissmann und Kohl um die Frage geht, wie die Friedensbewegung kaputtzumachen ist. Die andere Seite aber ist, daß die Friedensbewegung offensichtlich Teile der Basis sogar der CDU und der CSU erfaßt. Darin drückt sich einmal mehr aus, daß diese Bewegung eine tatsächliche Volksbewegung ist, eine Frontbildung, die – wenn auch z.T. erst in Ansätzen – durch alle bürgerlichen Parteien hindurchgeht. Eine Bewegung der Mehrheit kann sie ohnedies nicht werden, wenn sie nicht auch Teile der CDU-Basis einschließt. Insofern ist es politisch naiv, wenn sich manche über die Tatsache beschweren, daß Leute wie Eppler oder Mechtersheimer auf solchen Veranstaltungen als Redner auftreten. Diese Gefahr besteht bei großen Bewegungen immer. Das Hauptproblem ist aber, wie diese Bewegung ihre Ziele so klar entwickelt, daß sie wenigstens in bestimmten Fragen das herrschende Parteiengefüge erschüttert, um zur Mehrheit zu werden.

Auf der anderen Seite des Spektrums dieser Friedensbewegung zeichnen sich ebenfalls interessante Entwicklungen ab. Am 21. November, wenige Tage vor dem Eintreffen Leonid Breshnews, findet in Dortmund das 2. Forum der „Krefelder Initiative" statt. Obwohl dies Datum offiziell eher bekannt war als das genaue Datum des Besuchs von Breshnew, ist der zeitliche Zusammenhang sicher nicht zufällig. Es gibt ja vielleicht den einen oder anderen direkten Draht. Trotzdem, daß die Veranstaltung eine reine Jubelveranstaltung für Breshnew wird, ist eher unwahrscheinlich. Zumindest wird es (trotz des weitgefächerten Kulturprogramms) zu der einen oder anderen Dissonanz kommen, ganz im Gegensatz zu den penetranten Versuchen der DKP, unter Hinweis auf die „Notwendigkeit, sich im Kampf gegen die US-Raketen nicht auseinanderdividieren zu lassen", jede Diskussion über die Perspektive der ganzen Angelegenheit und jedes kritische Wort über die Sowjetunion zu unterbinden. Die Grünen jedenfalls, deren Bundesvorstand durch Petra Kelly bei den Initiatoren des Krefelder Appells vertreten ist, haben offenbar die Absicht, auf diesem Forum die Forderungen der Friedensbewegung an die Sowjetunion vorzutragen. Sie wollen dort im übrigen, anknüpfend an den Brief Havemanns, die Frage des Selbstbestimmungsrechts der beiden deutschen Staaten gegenüber beiden Supermächten zur Sprache bringen. In diesem Sinne hatte sich übrigens auch Gert Bastian auf dem Bundeskongreß der Grünen geäußert: die Herauslösung der beiden deutschen Staaten aus den rivalisierenden Militärblöcken wäre wohl der wirksamste Beitrag zur Friedenssicherung.

Als sich abzeichnete, daß die Frontbildung gegen die imperialistische Blockpolitik alle bürgerlichen Parteien erfaßt hat, hat die Presse künstlich das Problem der Gründung einer neuen Partei mit Eppler als Vorsitzendem aufgeworfen.

Eppler hatte dazu erklärt, die Bewegung sei viel zu breit, um sich in einer Partei kanalisieren zu lassen. Das ist wohl auch so. Jedenfalls für die nächste Zeit. Längerfristig stellt sich schon das Problem, daß die Kraft der Bewegung auch eine parlamentarische Mehrheit wird erzwingen müssen. Diese Frage wird spätestens bei den Bundestagswahlen 1984 aktuell. Gegenwärtig sind die Bedingungen aber wohl noch nicht reif, definitiv anzugeben, in welchen Formen das geschehen soll.

3 Jahre für Landfriedensbruch?

Oder doch Mordversuch? 5 Verhandlungstage im Brokdorf-Prozeß

bag.Bremen. Fünf Tage ist mittlerweile verhandelt im Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke, der am 1.10. vor dem Landgericht Itzehoe begonnen wurde. Angeklagt ist der „Mordversuch" im Graben in Brokdorf am 28.2.1981, bekanntgeworden durch ein reißerisches Stern-Foto. Verhandelt wird jetzt nur noch wegen schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung. In Wahrheit haben aber Gericht und Staatsanwaltschaft ihre Absicht zu keiner Zeit aufgegeben, durch ein exemplarisches Urteil gegen zwei dem militanten Flügel der Anti-AKW-Bewegung zugerechnete Demonstranten die ganze Bewegung zu zersetzen und den Widerstand gegen den Weiterbau in Brokdorf zu brechen. So ist Michael Duffke trotz bundesweiter Proteste unverändert in Haft. In Neumünster wird er in einer Sicherheitszelle gehalten. Zum Prozeß begleitet den Transport auf wechselnden Schleichwegen über Land eine Polizeieskorte. Bei jeder Demonstration gegen die Brokdorf-Prozesse in Itzehoe oder Neumünster legt die Feuerwehr im Knast vorsorglich Schläuche bereit hinter den Mauern gegen Brandanschläge oder einen Befreiungsversuch. Mit diesen Maßnahmen räumt die Justiz selbst ein, daß sie sich mit der ganzen Anti-AKW-Bewegung angelegt hat, die schon das Faktum dieses Strafverfahrens gegen zwei von Hunderttausend als Provokation sehen muß.

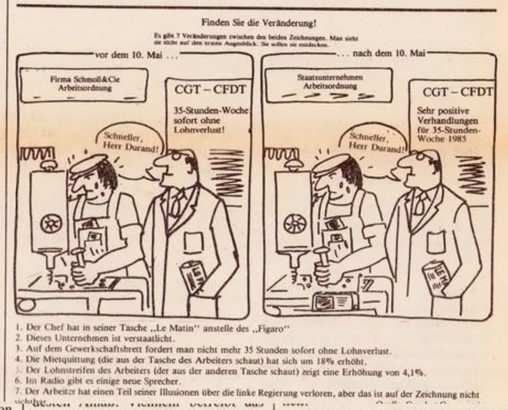
Im Prozeß mußte dies im Gegenüber von Gericht und Zuhörern aufbrechen. „Angeklagt sind wir alle" rufen die Zuhörer am ersten Tag. Mehrfach kommt es zu Räumungen. Am letzten Sitzungstag hat das Gericht sogar die Öffentlichkeit überhaupt ausgeschlossen bis zum Ende der Vernehmung des SEK-Beamten Schütt, der zugleich als Nebenkläger auftritt. „Menschenjäger" war er bei seiner Berufsangabe korrigiert worden, und der Angeklagte Mohr hatte zuvor passend erinnert an den Einsatz dieser Sondereinsatzkommandos zur selben Zeit an der Startbahn West in Frankfurt. Stundenlang als Zuhörer diesem zu allem gedrillten Polizisten gegenüber zu sitzen, der sich in Brokdorf beim Knüppeleinsatz so weit vorgewagt hatte, daß er schließlich aus Übereifer selber in den Graben fiel, bedeutet für viele Zuhörer eine Reproduktion der Knüppel-, Tränengas- und Hubschraubereinsätze vom 28.2.81, bei denen viele Demonstranten durch Polizei und BGS schwer verletzt worden sind. Das stank einigen Zuhörern, mit dem Ergebnis, daß anschließend Schütt und sein Anwalt stanken. Außerdem erstattete die Verteidigung von Michael Duffke Strafanzeige gegen Schütt und den Anwalt, weil einer von ihnen ermöglicht hatte, daß die Saarbrücker Zeitung schon vor dem Prozeß aus der Anklageschrift zitieren konnte.

Das Gericht tut das Seine, um den Prozeß ins Ungewöhnliche zu heben. So folgert die „Frankfurter Rundschau" vom 29.9.1981 bereits vor Prozeßbeginn: „Das Verfahren ist durch seine Vorgeschichte, aber auch durch seine gegenwärtigen Umstände so stark belastet, daß sich nicht nur die Verteidigung fragt, ob in dieser Situation überhaupt noch Recht gesprochen werden kann." Gemeint ist dabei zunächst die Legende, die sich hartnäckig in der Presse hält, Schütt habe durch Schläge im Graben lebensgefährliche Kopfverletzungen erlitten. Dann die Tatsache, daß Staatsanwaltschaft und Gericht umstandslos davon ausgehen, für die Tat müsse gegen Michael Duffke eine Freiheitsstrafe über 3 Jahre verhängt werden – das wäre ein Landfriedensbruchsurteil ohne Beispiel aus den letzten Jahren. Also doch Mordversuch, obwohl nicht angeklagt?

Als die Verteidigung am ersten Tag die Einstellung des Verfahrens verlangt aufgrund der vorveruteilenden Presseberichte, die sich in Anklage und Eröffnungsbeschluß ausgewirkt haben, sieht das Gericht dafür nicht den mindesten Anlaß. Vielmehr betreibt das Gericht selbst planmäßig die Diffamierung des Widerstands gegen AKWs. Dem Angeklagten Duffke ist ein Gutachter bestellt worden, „vorsorglich", zur Überprüfung seines Geisteszustandes. Da es keinerlei objektive Anhaltspunkte für solche Zweifel gibt, stellt es sich als Versuch des Gerichts dar, den Widerstand und Kampf gegen das AKW-Programm zum psychischen Defekt, zur Krankheit, zu erklären.

Bereits vor dem Prozeß war zu hören, daß das Gericht, das vor 2 Jahren noch Scheer und Lenze freisprechen mußte in einem Brokdorf-Prozeß, „stark interessiert" an diesem Verfahren sei. Jetzt soll es für verschiedene andere Verfahren vor dem Schöffengericht Pilotfunktion haben. Dort wurden die Termine mit Rücksicht auf diesen Prozeß abgesetzt. Die Kammer unter Richter Selbmann, die eben im Verfahren gegen zwei Polizeibeamte wegen Vergewaltigung mit drakonischen Strafen glaubte, Zeichen setzen zu müssen, steht im Ruch, ähnliches auch hier vorzubereiten. Dabei geht sie mit den Rechten der Angeklagten nicht gerade zimperlich um: ohne ihr Wissen lief am ersten Tag ein verstecktes Tonbandgerät, bis es durch Zufall entdeckt wurde. Seither läuft es offen – trotz Widerspruch der Verteidigung. Ein Befangenheitsantrag blieb erfolglos. Obwohl der Vorsitzende auch mit Hörgerät offensichtlich vieles nicht mitkriegt, behauptete er auf Frage, er höre ausreichend. Es verdichtet sich der Eindruck, daß der Richter das Tonband unter allen Umständen braucht, um sich als Vorsitzender halten zu können.

In Hamburg haben die Kreisjugendkonferenz des DGB und der Ortsjugendausschuß der IG Metall in Resolutionen die Einstellung aller Strafverfahren gegen AKW-Gegner und uneingeschränkte Demonstrations- und Versammlungsfreiheit gefordert.



1. Der Chef hat in seiner Tasche „Le Matin" anstelle des „Figaro"
2. Dieses Unternehmen ist verstaatlicht.
3. Auf dem Gewerkschaftsbrett fordert man nicht mehr 35 Stunden sofort ohne Lohnverlust.
4. Die Mietquittung (die aus der Tasche des Arbeiters schaut) hat sich um 18% erhöht.
5. Der Lohnstreifen des Arbeiters (der aus der anderen Tasche schaut) zeigt eine Erhöhung von 4,1%.
6. Im Radio gibt es einige neue Sprecher.
7. Der Arbeiter hat einen Teil seiner Illusionen über die linke Regierung verloren, aber das ist auf der Zeichnung nicht sichtbar.

Quelle: Combat Communiste

Haftantritt von RA Härdle soll am 11.11.1981 stattfinden

res.Heidelberg. Rechtsanwalt Dr. Härdles Antrag auf Strafaufschub bis 19.10.1982 wurde nicht stattgegeben. Er soll nun am 11.11.1981 seine 22-monatige Freiheitsstrafe antreten. Die Inhaftierung ist keineswegs durchgesetzt und besiegelt. Gegen diese Entscheidung wird RA Härdle Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Der Spruch der Europäischen Menschenrechtskommission steht noch aus. Die ca. 900 Anwesenden auf einer Veranstaltung am 16.10 in der Heidelberger Stadthalle „Politische Justiz – Amnestie" verabschiedeten fast einstimmig eine Resolution, in der es u.a. heißt: „Das Verfahren gegen RA Härdle wurde von Anfang an mit der Zielrichtung verfolgt, einen engagierten linken Anwalt aus der Anwaltschaft auszuschließen. Dieser Absicht treten wir schärfstens entgegen: Aufhebung des Urteils gegen RA Härdle! Keine Inhaftierung von RA Härdle! Kein Berufsverbot gegen RA Härdle!"

Vetorecht für BRD gegen Einsatz von Nuklearwaffen

kvz. Hermann Scheer, Bundestagsabgeordneter, führte zu den Äußerungen Reagans, ein Atomkrieg könne u.U. auf Europa beschränkt werden, für die SPD aus, der US-Präsident habe mit seiner Äußerung die nukleare Abschreckungsgarantie der USA für Europa „aufgehoben". Die Reagan-Äußerung mache deutlich, „daß wir bereits jetzt in einer Situation leben, in der den Europäern und hier vor allem den Deutschen das nahezu vollständige Risiko eines Krieges aufgeladen werden kann". Scheer unterstrich, es müsse ein deutsches Vetorecht gegenüber dem Einsatz von Nuklearwaffen von deutschem Boden aus verlangt werden.

Unabhängige Gruppierung durch Austritte aus SPD / FDP

meu.Nürnberg. Am 19.10. verließ der FDP-Stadtrat Murawski seine Partei und stellte einen Aufnahmeantrag bei den Grünen. Mit ihm verließen 5 von 11 Nürnberger FDP-Vorstandsmitgliedern die Partei, Bezirks- und Kreisvorsitzende der Jungdemokraten kündigten ebenfalls ihren Austritt an. Allen Austritten gemeinsam ist die Kritik am NATO-Doppelbeschluß und der Gencherpolitik; zusätzlich befürchten die FDP-Linken einen deutlichen Rechtsruck auf Landesebene, da es offensichtlich Bestrebungen gibt, in Bayern eine FDP-Koalition mit der CSU anzusteuern. – Im Nürnberger Stadtrat sind damit eindeutige Mehrheiten nicht mehr gesichert, denn bereits vor drei Wochen war durch den Austritt des SPD-Stadtrats Wolff ein Patt zwischen den beiden großen Parteien entstanden, je 33 Stimmen haben z.Zt. die SPD, die auch den Oberbürgermeister stellt, und die CSU, je ein Mandat die FDP und die DKP, und zwei Mandate die beiden Unabhängigen Murawski/Wolff. Wolff hatte seinen Austritt unter anderem mit der „völligen Ignoranz der Amtsinhaber und Funktionäre" in Fragen der Energie, Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Verteidigung, Wohnungsnot und Frieden begründet. Damit ist die Gründung einer „Alternativen Liste" auf kommunaler Ebene nicht mehr unwahrscheinlich.

vds-Bundesastenkonferenz in Dortmund

jöf.Köln. Vom 31.10. bis zum 1.11. 1981 wird an der Universität Dortmund die Bundesastenkonferenz der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) stattfinden. Die Konferenz soll darüber entscheiden, ob im WS 81/82 ein, wie MSB/SHB vorschlagen, „bundeseinheitlicher Streik" oder eine andere Vorgehensweise gegenüber der rigorosen Sparpolitik und den rapiden Verschlechterungen der Studien- und Lebensbedingungen der Studenten beschlossen wird. Während MSB und SHB unter der auf dem MSB-Bundeskongreß vom 3./4.10. beschlossenen Parole „gegen Rotstift und Raketen" mehr oder weniger entschieden den „bundesweiten Streik" propagieren, nimmt der LHV weiterhin eine abwartende Haltung ein. Malte Ristau, Sekretär der Juso-HSGs, lehnt den MSB/SHB-Vorschlag ab und erklärte: „bundesweit koordinierte Maßnahmen ja, aktiver Veranstaltungsboykott dort, wo er sinnvoll ist, aber kein bundeseinheitlicher Streik" und: „Wir sind der Ansicht, daß schwerpunktmäßig thematisiert werden muß, daß die Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte ursächlich zurückgeht auf die kapitalistische Krisenentwicklung ..." Damit rücken die Jusos, zumindest was die Vorgehensweise angeht, in die Nähe der Position der Basisgruppen, festgehalten in der „Marburger Erklärung" (s. KVZ 40).

Aachen: Besetzer müssen der Staatsgewalt weichen

sgü.Aachen. „150 Tage ist das Höver-Haus jetzt besetzt. 150 Tage, in denen darum gekämpft wurde, auf allen Ebenen Verhandlungen zur Übernahme des Hauses voranzubringen und gleichzeitig das autonome Wohn- und Kulturzentrum aufzubauen." So beginnt die Erklärung der Besetzer des Aachener Höver-Hauses (s. Bericht in KVZ 41). Am Sonntag nacht, 18.10., wichen die Besetzer der Staatsgewalt. Durch einen Verwaltungsgerichtsbeschluß hatte die Consulting AG (Besitzerin) erwirkt, daß das Haus bis zum Ende Oktober von der Polizei geräumt werden mußte. Diese stellte bis Sonntag nacht ein Ultimatum: Jeder der nach 24.00 Uhr noch angetroffen würde, wäre erkennungsdienstlich behandelt worden, ein Strafverfahren nach §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) oder gar §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) hätte der zu erwarten, und ein Bußgeld von 10000 DM für die, deren Namen schon vorher ermittelt waren und die eine solche Androhung bei Zuwiderhandlung bekommen hatten. Diesem ungeheuren Druck der Besitzerin und der Staatsgewalt wichen die Besetzer und zogen aus. Etwa 1000 Menschen demonstrierten nach dem letzten Fest im Höver-Haus durch das nächtliche Aachen und für die 30, die ohne Bleibe sind, wurde ein neues Haus besetzt. Der Verein zur Erhaltung des Höver-Hauses will weiter für ein autonomes Kultur- und Wohnzentrum in Aachen kämpfen.

Einschränkung der Einspruchsmöglichkeiten bei KKW's

gkr. Das Bundeskabinett hat am vergangenen Mittwoch einen Katalog von 10 Punkten verabschiedet, um die Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke zu beschleunigen wie schon in ihrer Regierungserklärung angekündigt. Wichtige Punkte des jetzt verabschiedeten Katalogs sind: Standardisierung der Anlagen und, wenn ein Kernkraftwerk gleichen Typs schon genehmigt ist, ein Genehmigungsverfahren nur für Veränderungen. Übernahme von Gutachten aus anderen Genehmigungsverfahren und deutliche Reduzierung der Zahl der Teilerrichtungsgenehmigungen (bisher bis zu 17) und damit der zu absolvierenden Genehmigungsverfahren. Schließlich soll in Zukunft bei Änderung schon gebauter Anlagen oder noch im Bau befindlicher Anlagen nur noch in bestimmten Fällen ein neues Genehmigungsverfahren notwendig sein. Die Industrie begrüßte die Vorschläge. Das „erhebliche Defizit", das in der BRD bei Kernkraftwerken bestehe, müsse endlich verringert und der „Investitionsstau" im Kraftwerksbau müsse aufgelöst werden.

Die Preußen-Ausstellung in Westberlin

Vieles ist absichtsvoll weggelassen, aber einiges Interessante ist doch zu besichtigen. Noch bis zum 15. November

lin. Westberlin. Die Preußenausstellung ist bis jetzt das aufwendigste Geschichtsprojekt, aufwendiger noch als die Selbstbespiegelung der Baden-Württembergischen Landesregierung im Herrschergeschlecht der Staufer. Die Bourgeoisie interessiert sich für die eigene Vergangenheit. Die vielen Besucher zeigen, daß wir uns auch für die Geschichte interessieren. Die vielen enttäuschten und unbefriedigten Besucher zeigen aber, daß viele etwas anderes sehen und wissen wollen.

Gerade hier bietet die Austellung nicht viel. Alltagsgeschichte, in den letzten Jahren der große Schwerpunkt in der Geschichtswissenschaft, wird bis auf wenige Ausnahmen nicht gezeigt. Da die Ausstellung, ich finde auf sehr ansprechende Art, Gegenstände aller Sorten: Maschinen, Vereinsfahnen, Webstühle, Waffen, Telefone, Tapetenmuster angesammelt und zueinandergeordnet hat, kommen natürlich auch alltägliche Gegenstände vor. Aufbereitet wurde aber fast nur der andere Teil der Geschichte. Die Erklärungstafeln waren sehr enttäuschend. Sie erinnern unangenehm an gut bebilderte Schulbücher. Sie sind genau wie Schulbücher eigentlich unverständlich. Neue Forschungsergebnisse sucht man vergeblich. Die Texte lesen sich, als wäre während der 2½ Jahre Vorbereitungszeit an ihnen gefeilt worden. Jede sofort ins Auge springende Stellungnahme raus, Informationen ausgewogen komponiert, dann zusammenhanglos aufgezählt, und man wundert sich, daß man zu doof ist, andere Zeiten zu verstehen.

Ich habe vieles gesucht und nicht gefunden, z.B. die Frauenbewegung zu Anfang dieses Jahrhunderts, z.B. Kinderarbeit, Schulalltag in preußischen Schulen. Wie haben Leute wie meine Großeltern in Berliner Mietshäusern gewohnt? Oder haben die meisten in Vorortbaracken gelebt? Wie lang waren die Arbeitstage in den 500 Jahren Fabrikarbeit? Was hat Menschen dazu gebracht, begeisterte Untertanen zu sein?

Die Ausstellung ist noch bis zum 15. November geöffnet. Täglich von 9 – 19 Uhr, Freitags und Sonnabends bis 23 Uhr im Martin-Gropius-Bau, Stresemannstr. 121, Berlin-Kreuzberg.

Die Politiker streiten sich, was man (eher unsereins) von Preußen lernen sollte. Während die CDU unbekümmert offen sagt, es fehle uns heute an Pflichtbewußtsein und Disziplin, will die SPD dieses Problem eher „differenzierter" behandelt wissen. Über diese Frage kam es auf dem offiziellen Festakt (!) zu einer offenen Kontroverse, da der Festredner erkrankt war und nach dem Regierenden Bürgermeister ein Historiker zu Wort kam, der diesem offen widersprach.

Gegenüber allen Wiederbelebungsversuchen preußischer Tugenden sollte man erst mal feststellen, daß es sich um militärische „Tugenden" handelt. Es sind die Verhaltensmaßregeln für die preußischen Rekruten (siehe nebenstehenden Artikel). Auf ihren Ursprung zurückgeführt, erscheinen die „Tugenden" auch als das, was sie sind: dem Menschen gegenüber gewalttätig und absurd. Pflichterfüllung auf Befehl kann nicht weiter auf die Spitze getrieben werden, als sich für die nackte Ernährung (wenn überhaupt) das Leben nehmen lassen zu müssen.

„In unserer Zeit besteht keine Gefahr eines Übermaßes an Disziplin, Pflichtgefühl und Gemeinschaftsdienst. Heute besteht eher ein Mangel an der Fähigkeit, sich selbst nicht so wichtig zu nehmen und sich zugunsten von anderen zurückzustellen", hat Richard von Weizsäcker auf dem Festakt gesagt. Es besteht vielmehr ein schreiender Mangel an Selbsterhaltungswillen und Egoismus! Sich für andere kaputtschuften, sich langsam vergiften zu lassen, sich bei der Arbeit Gefahren auszusetzen und zu denken: wird schon nicht schief gehen! Achtlos mit sich selber umzugehen und das normal zu finden – das ist immer noch das Alltägliche. Prof. Weichmann findet, wir hätten heute „eine Anspruchsgesellschaft, in der das Wort ‚Verdienen' groß und das Wort ‚Dienen' klein geschrieben wird" (aus der ursprünglich vorgesehenen Festrede). Verfechter der militärischen Tugenden wünschen sich Zeiten zurück, in denen die gemeinen Leute noch mit mehr Hingabe und Ehrfurcht für die oberen Klassen geschuftet haben. Sie beklagen keine umstürzlerische Strömung, sondern eine allgemeine Mentalität. Je öfter ich die Klagen lese, destomehr habe ich den Eindruck, daß sie mit ihrem Bild vom Menschen, und zwar vom Menschen aus dem Volk, den Kern der Sache gar nicht begreifen können.

Den Wert einer Persönlichkeit, der für Bourgeois und einige wenige reklamiert wird, beanspruchen wir auch für uns. In den (scheinbar) ruhigen Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich dieser Widerspruch zu einer neuen Qualität entwickelt. Erkämpfte Arbeitszeitverkürzung und Steigerung des Lohns über den allernötigsten Bedarf hinaus haben Räume geschaffen, in denen ein bißchen Platz für die Entfaltung der Persönlichkeit entstand. Zeit und Geld für Reisen, Lesen, besseres Essen, fremde Gebräuche, geistige Ausflüge und Wünsche ... Mögen die Keime auch noch so zaghaft sein, mit Persönlichkeiten in diesem Sinne hatten es die preußischen Politiker bei den gemeinen Leuten kaum zu tun. Gegen erwachte Wünsche wird mit Zucht nicht viel zu machen sein.

Die Arbeit huldigt der Industrie (Zeitgenössische Allegorie)

Soldatenalltag und Offizierskarrieren – Aus dem Ausstellungsmaterial –

Was heute selbstverständlich ist, eine ständig bestehende Armee, wurde erst 1644 eingerichtet. Als die Kämpfe gegen Ende des 30jährigen Krieges abflauten, wurde das zusammengekaufte Söldnerheer nicht wie sonst üblich aufgelöst oder weiterverkauft, sondern langsam aber beständig vergrößert und zu einem modernen militärischen Apparat ausgebaut. Die absolutistischen Staaten Europas unterhielten alle ein stehendes Heer. Der Ehrgeiz des preußischen Staates war es, hier ganz vorn zu stehen, trotz oder gerade wegen des vergleichsweise kleinen Staatsgebiets. Um 1770 hatte Preußen schon eine Truppe von 80000 Mann, die viertgrößte Armee Europas. Nach Fläche und Einwohnerzahl stand Preußen an 10. und 13. Stelle. Gut 40 Jahre später war die Armee weiter auf 200000 Mann vergrößert worden. Die Werbung von Rekruten für ein immer größeres Heer brachte den unteren Klassen unbeschreibliche Nöte. Geworben wurde mit „jeder Art von Gewalttat".

„Die Obersten und Werbeoffiziere raubten und entführten einzige Söhne, welche frei sein sollten. Studenten von der Universität, ja ganze Kolonien von untertänigen Leuten, die sie auf ihren eigenen Gütern ansiedelten. Wer sich frei machen wollte, mußte bestechen, und er war selbst dann noch nicht sicher. Die Offiziere wurden so sehr bei ihren gewalttätigen Erpressungen geschützt, daß sie die gesetzlichen Beschränkungen offen verhöhnten. Trat vollends in Kriegszeiten Mangel an Mannschaft ein, dann hörte jede Rücksicht auf das Gesetz auf. Dann wurde eine förmliche Razzia angestellt, die Stadttore mit Wachen besetzt, und jeder Aus- und Eingehende einer furchtbaren Untersuchung unterworfen, wer groß und stark war, festgenommen, selbst in die Häuser wurde gebrochen, vom Keller bis zum Bodenraum nach Rekruten gesucht, auch bei Familien, welche befreit sein sollten." (1)

Oft wird übersehen, daß diese Armeen nicht nur zum Beutemachen in einer Zeit sich verändernder „internationaler" Beziehungen da war, sondern auch ein Instrument des Königs nach innen: gegen die Eigenständigkeit des Adels und gegen das Volk, denn, ganz im Gegensatz zur Legende, war die ursprüngliche Akkumulation keine sanfte Evolution.

Das ehrgeizige Ziel der preußischen Könige war, das gesamte soziale Leben mit militärischer Präsenz und militärischem Geist zu durchdringen, Friedrich Wilhelm I. hat hier Bedeutendes geleistet, weshalb er auch Soldatenkönig heißt. Er verpflichtete die einheimische männliche Bevölkerung in die Armee, und zwar fast vollständig und auf Lebenszeit, später auf 20 Jahre.

„Das Staatsgebiet der preußischen Monarchie wurde in fest abgegrenzte Aushebungsdistrikte, die ‚Kantons', eingeteilt, die Kantons jeweils bestimmten Regimentern des Heeres zum Mannschaftsersatz zugewiesen. In den Kantons wurde die männliche Jugend ‚enrolliert', das heißt: in die Regimentslisten derjenigen Truppenteile eingetraten, die im betreffenden Kanton rekrutieren durften. Der lebenslänglich – erst nach 1792 für eine immer noch zwanzigjährige Dienstzeit – zur Armee eingezogene erwachsene männliche Landbewohner aber wurde außerhalb der jährlichen Exerzierzeit – der ‚Revue' von erst drei, später zwei Monaten und weniger – für die restliche Zeit des Jahres als ‚Urlauber' auf seine heimatliche Scholle zur Gutsherrschaft zurückgeschickt. Entsprechend wurden die daneben noch in alter Weise, vor allem im nichtpreußischen deutschen ‚Ausland', geworbenen Soldaten nach der ‚Revue' in die Städte beurlaubt, wo sie als ‚Freiwächter' in Handwerk, Handel und Manufaktur arbeiten sollten. Auf dem Lande aber gab es jetzt neben dem in Reih und Glied stehenden Soldaten, der als ‚Urlauber' im Rahmen seines Kantonbezirks in der Landwirtschaft arbeitete, den ‚Enrollierten' zu künftigem Dienst: Der Typ des bäuerlichen ‚Kantonisten', des Soldatenbauern bzw. Bauernsoldaten, in der Stadt des ‚Freiwächters' als Soldatenarbeiter bzw. Arbeitersoldaten, war geschaffen." (2)

Rekrut. Zeichnung von J.W. Neil

Ein Schweizer Söldner hat beschrieben, wie Disziplin, Pflichtgefühl und Gehorsam – Werte, die heute wieder von ihrem schlechten Beigeschmack gesäubert werden sollen – den ungeschlachten und selbstbewußten Menschen eingeübt wurden:

„Bald alle Wochen hörten wir nämlich neue ängstigende Geschichten von eingebrachten Deserteurs, die, wenn sie noch so viele List gebraucht, sich in Schiffer und andre Handwerksleuthe, oder gar in Weibsbilder verkleidt, in Tonen und Fässer versteckt, u.d.gl. dennoch ertappt wurden. Da mußten wir zusehen, wie man sie durch 200 Mann, achtmal die lange Gasse auf und ab Spißruthen laufen ließ, bis sie athemlos hinsanken – und des folgenden Tags aufs neue dran mußten: die Kleider ihnen vom zerhackten Rücken heruntergerissen, und wieder frisch drauflosgehauen wurde, bis Fetzen geronnenen Bluts ihnen über die Hosen hinabhingen. Dann sahen Schärer und ich einander zitternd und todtblaß an, und flüsterten einander in die Ohren: ‚Die verdammten Barbaren'! Was hiernächst auch auf dem Exerzierplatz vorgieng, gab uns zu ähnlichen Betrachtungen Anlaß. Auch da war des Fluchens und Karbatschens von prügelsüchtigen Junkerlins, und hinwieder des Lamentierens der Geprügelten kein Ende. Wir selber zwar waren immer von den ersten auf der Stelle, und tummelten uns wacker. Aber es that uns nicht minder in der Seele weh, andre um jeder Kleinigkeit willen so unbarmherzig behandelt, und uns selber so, Jahr ein Jahr aus, coujonirt zu sehn; oft ganzer fünf Stunden lang in unsrer Montur eingeschnürt wie geschraubt stehn, in die Kreutz und Querre pfahlgerad marschieren, und ununterbrochen blitzschnelle Handgriffe machen zu müssen; und das alles auf Geheiß eines Offiziers, der mit einem furiosen Gesicht und aufgehobnem Stock vor uns stuhnd, und alle Augenblicke wie unter Kabisköpfe drein zu hauen drohete. Bey einem solchen Traktament mußte auch der starknervigste Kerl halb lahm, und der geduldigste rasend werden. Und kamen wir dann todmüde ins Quartier, so giengs schon wieder über Hals und Kopf, unsre Wäsche zurecht zu machen, und jedes Fleckgen auszumustern: denn bis auf den blauen Rock war unsre ganze Uniform weiß. Gewehr, Patrontasche, Kuppel, jeder Knopf an der Montur, alles mußte spiegelblank geputzt seyn. Zeigte sich an einem dieser Stücke die geringste Unthat, oder stand ein Haar in der Frisur nicht recht, so war, wenn er auf den Platz kam, die erste Begrüssung eine derbe Tracht Prügel. Das währte so den ganzen May und Juni fort. Selbst den Sonntag hatten wir nicht frey; denn da mußten wir auf das properste Kirchenparade machen. Also blieben uns zu jenen Spaziergängen nur wenige übrig, und wir hatten kurz und gut zu nichts Zeit übrig – als zum Hungerleiden." (3)

Steuern und Dienstleistungen in Krieg und Frieden und bei den Rekruten sichtbare Markierung sorgten dafür, „daß der ländliche Untertan seine Einbindung in das Militärsystem des altpreußischen Staates nicht vergaß: Wie die rote Halsbinde oder der Püschel am Hut schon für den enrollierten zehnjährigen Bauernburschen das Erinnerungszeichen seiner Zugehörigkeit zum militärischen Nachwuchs war, so wurde erst recht für den Soldaten, der als ‚Urlauber' auf den heimatlichen Hof zurückkehrte, das äußere Kennzeichen seiner Zugehörigkeit zum militärischen System das Montierungsstück, das er bei der Feldarbeit und auch im Privatleben tragen mußte – Rock, Hut, Halsbinde und anderes; am Sonntag in der Kirche volle Uniform –, wenn er sich nicht der ‚Desertion' schuldig machen und schwerer Bestrafung aussetzen wollte." (4)

Es ist, glaube ich, zu selten überdacht worden, was für ein Eingriff in die Beziehungen der Menschen und ihre Mentalität der Versuch einer solchen massenweisen Abrichtung über Generationen hinweg darstellt. Und dennoch ist es nicht möglich, den Willen der Eingezogenen vollständig zu brechen und den Militarismus fest in ihnen einzupflanzen. Zur weiten sozialen Verbreitung militärischen Geistes trug dagegen der Adel bei, der das Offizierskorps fast vollständig stellte. Besonders der preußische Landadel verschmolz immer mehr mit dem Militär. Seine Söhne wurden in eigens dafür eingerichteten Kadettenanstalten für ihre Aufgabe herangezogen. Reichte es nicht aus, hatte er die Freiheit, seine Kompanie an Guts- und Manufakturbesitzer zur Arbeit zu verleihen. In seinem Gutsbezirk war er fast unbeschränkter Herr über seine Untertanen: wirtschaftlich, politisch, rechtlich und nun auch militärisch.

Zur Ausstellung gibt es vom Rowohlt-Verlag eine Katalog-Ausgabe in 5 Bänden, die überall im Buchhandel (auch als Einzelbände) erhältlich ist.

Band 1 ist der eigentliche Ausstellungsführer. Viele Abbildungen, Karten, Quellen, kurze Einführungstexte, sonst eben Katalog. Der Kauf wird sich nur für Besucher der Ausstellung lohnen. 612 S. 15,00 DM

Band 2 heißt „Preußen – Beiträge zu einer politischen Kultur", hrsg. von Manfred Schlenke. 20 Einzelbeiträge von Historikern, die ein thematisch vielseitiges Bild der preußischen Staats- und Gesellschaftsordnung zeichnen sollen. Von Interesse hauptsächlich für jemanden mit geschichtswissenschaftlichem Interesse. 348 S. 10,00 DM

Band 3 „Preußen – Zur Sozialgeschichte eines Staates" (hrsg. von Peter Brandt) dürfte der interessanteste Band sein. In der Hauptsache eine breite Quellenzusammenstellung mit vielen Bildern, zeitgenössischen Karikaturen etc. Als kommentierte Zusammenstellung ist es der Versuch, für den interessierten Laien eine gemeinverständliche, anschauliche Vorstellung vom geschichtlichen Verlauf zu geben. 356 S. 10,00 DM

Band 4 „Preußen – Dein Spree-Athen" handelt von Kunst und Kultur und vom Leben der gebildeten Stände in Preußen und speziell Berlin. 270 S. 10,00 DM

Band 5 „Preußen im Film" fällt etwas aus der Reihe. „Wir glauben nicht, einen Beitrag zur Geschichte Preußens, wohl aber zur Geschichte des deutschen Films leisten zu können", schreiben die Herausgeber. 286 S. 10,00 DM

(1) Aus: Gustav Freytag: Bilder aus der deutschen Vergangenheit. 1915, zit. nach: Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates. 3. Bd. des Ausstellungsführers, S. 38

(2) Büsch, Otto: Militarisierung von Staat und Gesellschaft im alten Preußen, in: Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur (Bd 2), S. 50

(3) Preußen. Zur Sozialgeschichte eines Staates, S. 41

(4) Büsch, Otto: Militarisierung ... a.a.O., S. 51

Ich habe vieles gesucht und nicht gefunden, z.B. die Frauenbewegung zu Anfang dieses Jahrhunderts, z.B. Kinderarbeit, Schulalltag in preußischen Schulen. Wie haben Leute wie meine Großeltern in Berliner Mietshäusern gewohnt? Oder haben die meisten in Vorortbaracken gelebt? Wie lang waren die Arbeitstage in den 500 Jahren Fabrikarbeit? Was hat Menschen dazu gebracht, begeisterte Untertanen zu sein?

Die Ausstellung ist noch bis zum 15. November geöffnet. Täglich von 9 – 19 Uhr, Freitags und Sonnabends bis 23 Uhr im Martin-Gropius-Bau, Stresemannstr. 121, Berlin-Kreuzberg.

Soldatenalltag und Offizierskarrieren – Aus dem Ausstellungsmaterial –

Was heute selbstverständlich ist, eine ständig bestehende Armee, wurde erst 1644 eingerichtet. Als die Kämpfe gegen Ende des 30jährigen Krieges abflauten, wurde das zusammengekaufte Söldnerheer nicht wie sonst üblich aufgelöst oder weiterverkauft, sondern langsam aber beständig vergrößert und zu einem modernen militärischen Apparat ausgebaut. Die absolutistischen Staaten Europas unterhielten alle ein stehendes Heer. Der Ehrgeiz des preußischen Staates war es, hier ganz vorn zu stehen, trotz oder gerade wegen des vergleichsweise kleinen Staatsgebiets. Um 1770 hatte Preußen schon eine Truppe von 80000 Mann, die viertgrößte Armee Europas. Nach Fläche und Einwohnerzahl stand Preußen an 10. und 13. Stelle. Gut 40 Jahre später war die Armee weiter auf 200000 Mann vergrößert worden. Die Werbung von Rekruten für ein immer größeres Heer brachte den unteren Klassen unbeschreibliche Nöte. Geworben wurde mit „jeder Art von Gewalttat".

„Die Obersten und Werbeoffiziere raubten und entführten einzige Söhne, welche frei sein sollten. Studenten von der Universität, ja ganze Kolonien von untertänigen Leuten, die sie auf ihren eigenen Gütern ansiedelten. Wer sich frei machen wollte, mußte bestechen, und er war selbst dann noch nicht sicher. Die Offiziere wurden so sehr bei ihren gewalttätigen Erpressungen geschützt, daß sie die gesetzlichen Beschränkungen offen verhöhnten. Trat vollends in Kriegszeiten Mangel an Mannschaft ein, dann hörte jede Rücksicht auf das Gesetz auf. Dann wurde eine förmliche Razzia angestellt, die Stadttore mit Wachen besetzt, und jeder Aus- und Eingehende einer furchtbaren Untersuchung unterworfen, wer groß und stark war, festgenommen, selbst in die Häuser wurde gebrochen, vom Keller bis zum Bodenraum nach Rekruten gesucht, auch bei Familien, welche befreit sein sollten." (1)

Oft wird übersehen, daß diese Armeen nicht nur zum Beutemachen in einer Zeit sich verändernder „internationaler" Beziehungen da war, sondern auch ein Instrument des Königs nach innen: gegen die Eigenständigkeit des Adels und gegen das Volk, denn, ganz im Gegensatz zur Legende, war die ursprüngliche Akkumulation keine sanfte Evolution.

Das ehrgeizige Ziel der preußischen Könige war, das gesamte soziale Leben mit militärischer Präsenz und militärischem Geist zu durchdringen, Friedrich Wilhelm I. hat hier Bedeutendes geleistet, weshalb er auch Soldatenkönig heißt. Er verpflichtete die einheimische männliche Bevölkerung in die Armee, und zwar fast vollständig und auf Lebenszeit, später auf 20 Jahre.

„Das Staatsgebiet der preußischen Monarchie wurde in fest abgegrenzte Aushebungsdistrikte, die ‚Kantons', eingeteilt, die Kantons jeweils bestimmten Regimentern des Heeres zum Mannschaftsersatz zugewiesen. In den Kantons wurde die männliche Jugend ‚enrolliert', das heißt: in die Regimentslisten derjenigen Truppenteile eingetraten, die im betreffenden Kanton rekrutieren durften. Der lebenslänglich – erst nach 1792 für eine immer noch zwanzigjährige Dienstzeit – zur Armee eingezogene erwachsene männliche Landbewohner aber wurde außerhalb der jährlichen Exerzierzeit – der ‚Revue' von erst drei, später zwei Monaten und weniger – für die restliche Zeit des Jahres als ‚Urlauber' auf seine heimatliche Scholle zur Gutsherrschaft zurückgeschickt. Entsprechend wurden die daneben noch in alter Weise, vor allem im nichtpreußischen deutschen ‚Ausland', geworbenen Soldaten nach der ‚Revue' in die Städte beurlaubt, wo sie als ‚Freiwächter' in Handwerk, Handel und Manufaktur arbeiten sollten. Auf dem Lande aber gab es jetzt neben dem in Reih und Glied stehenden Soldaten, der als ‚Urlauber' im Rahmen seines Kantonbezirks in der Landwirtschaft arbeitete, den ‚Enrollierten' zu künftigem Dienst: Der Typ des bäuerlichen ‚Kantonisten', des Soldatenbauern bzw. Bauernsoldaten, in der Stadt des ‚Freiwächters' als Soldatenarbeiter bzw. Arbeitersoldaten, war geschaffen." (2)

Ein Schweizer Söldner hat beschrieben, wie Disziplin, Pflichtgefühl und Gehorsam – Werte, die heute wieder von ihrem schlechten Beigeschmack gesäubert werden sollen – den ungeschlachten und selbstbewußten Menschen eingeübt wurden:

„Bald alle Wochen hörten wir nämlich neue ängstigende Geschichten von eingebrachten Deserteurs, die, wenn sie noch so viele List gebraucht, sich in Schiffer und andre Handwerksleuthe, oder gar in Weibsbilder verkleidt, in Tonen und Fässer versteckt, u.d.gl. dennoch ertappt wurden. Da mußten wir zusehen, wie man sie durch 200 Mann, achtmal die lange Gasse auf und ab Spißruthen laufen ließ, bis sie athemlos hinsanken – und des folgenden Tags aufs neue dran mußten: die Kleider ihnen vom zerhackten Rücken heruntergerissen, und wieder frisch drauflosgehauen wurde, bis Fetzen geronnenen Bluts ihnen über die Hosen hinabhingen. Dann sahen Schärer und ich einander zitternd und todtblaß an, und flüsterten einander in die Ohren: ‚Die verdammten Barbaren'! Was hiernächst auch auf dem Exerzierplatz vorgieng, gab uns zu ähnlichen Betrachtungen Anlaß. Auch da war des Fluchens und Karbatschens von prügelsüchtigen Junkerlins, und hinwieder des Lamentierens der Geprügelten kein Ende. Wir selber zwar waren immer von den ersten auf der Stelle, und tummelten uns wacker. Aber es that uns nicht minder in der Seele weh, andre um jeder Kleinigkeit willen so unbarmherzig behandelt, und uns selber so, Jahr ein Jahr aus, coujonirt zu sehn; oft ganzer fünf Stunden lang in unsrer Montur eingeschnürt wie geschraubt stehn, in die Kreutz und Querre pfahlgerad marschieren, und ununterbrochen blitzschnelle Handgriffe machen zu müssen; und das alles auf Geheiß eines Offiziers, der mit einem furiosen Gesicht und aufgehobnem Stock vor uns stuhnd, und alle Augenblicke wie unter Kabisköpfe drein zu hauen drohete. Bey einem solchen Traktament mußte auch der starknervigste Kerl halb lahm, und der geduldigste rasend werden. Und kamen wir dann todmüde ins Quartier, so giengs schon wieder über Hals und Kopf, unsre Wäsche zurecht zu machen, und jedes Fleckgen auszumustern: denn bis auf den blauen Rock war unsre ganze Uniform weiß. Gewehr, Patrontasche, Kuppel, jeder Knopf an der Montur, alles mußte spiegelblank geputzt seyn. Zeigte sich an einem dieser Stücke die geringste Unthat, oder stand ein Haar in der Frisur nicht recht, so war, wenn er auf den Platz kam, die erste Begrüssung eine derbe Tracht Prügel. Das währte so den ganzen May und Juni fort. Selbst den Sonntag hatten wir nicht frey; denn da mußten wir auf das properste Kirchenparade machen. Also blieben uns zu jenen Spaziergängen nur wenige übrig, und wir hatten kurz und gut zu nichts Zeit übrig – als zum Hungerleiden." (3)

Steuern und Dienstleistungen in Krieg und Frieden und bei den Rekruten sichtbare Markierung sorgten dafür, „daß der ländliche Untertan seine Einbindung in das Militärsystem des altpreußischen Staates nicht vergaß: Wie die rote Halsbinde oder der Püschel am Hut schon für den enrollierten zehnjährigen Bauernburschen das Erinnerungszeichen seiner Zugehörigkeit zum militärischen Nachwuchs war, so wurde erst recht für den Soldaten, der als ‚Urlauber' auf den heimatlichen Hof zurückkehrte, das äußere Kennzeichen seiner Zugehörigkeit zum militärischen System das Montierungsstück, das er bei der Feldarbeit und auch im Privatleben tragen mußte – Rock, Hut, Halsbinde und anderes; am Sonntag in der Kirche volle Uniform –, wenn er sich nicht der ‚Desertion' schuldig machen und schwerer Bestrafung aussetzen wollte." (4)

Es ist, glaube ich, zu selten überdacht worden, was für ein Eingriff in die Beziehungen der Menschen und ihre Mentalität der Versuch einer solchen massenweisen Abrichtung über Generationen hinweg darstellt. Und dennoch ist es nicht möglich, den Willen der Eingezogenen vollständig zu brechen und den Militarismus fest in ihnen einzupflanzen. Zur weiten sozialen Verbreitung militärischen Geistes trug dagegen der Adel bei, der das Offizierskorps fast vollständig stellte. Besonders der preußische Landadel verschmolz immer mehr mit dem Militär. Seine Söhne wurden in eigens dafür eingerichteten Kadettenanstalten für ihre Aufgabe herangezogen. Reichte es nicht aus, hatte er die Freiheit, seine Kompanie an Guts- und Manufakturbesitzer zur Arbeit zu verleihen. In seinem Gutsbezirk war er fast unbeschränkter Herr über seine Untertanen: wirtschaftlich, politisch, rechtlich und nun auch militärisch.

Die Arbeit huldigt der Industrie (Zeitgenössische Allegorie)

Patriarchat oder Klassengesellschaft?

Thesen zur Frauenbefreiung von SOST (Sozialistische Studiengruppen)

Vorstellung und Besprechung / Von Anette Mönich

In „Sozialismus" (Zeitschrift für marxistische Theorie und sozialistische Politik), Heft 4/81, haben die SOST Thesen zur Frauenbefreiung vorgelegt, die sie als ihren vorläufigen Standpunkt ansehen und über die sie weiter diskutieren wollen. Da ich diese Thesen für einen richtigen Ansatz zur Behandlung der Frage halte, möchte ich sie im folgenden im wesentlichen vorstellen und anschließend einige Bemerkungen machen zu Punkten, die weiter besprochen werden müßten. Die Thesen, die in der Zeitschrift einen Umfang von 14 Seiten ausmachen, können hier nur in konzentrierter Form wiedergegeben werden.

Ausgangspunkt und erste These ist: Die autonome Frauenbewegung hat nicht die Probleme einer privilegierten Minderheit auf die Tagesordnung gesetzt, sondern ist nur exponierter Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Verschiebung im Selbstverständnis von Frauen. (S. 57)

Diese These wird belegt durch folgende Erscheinungen: Einstellungswandel zur Ehe und Sexualmoral, Änderung des Wahlverhaltens der Frauen, die wesentlich zur Ablösung der Großen Koalition beigetragen haben; als weiteres Indiz wird genannt zunehmende Organisierung von Frauen in den Gewerkschaften sowie eine Änderung der Frauenpolitik des DGB, der die Reduktion der Frauenfrage auf die Frage des Arbeitsplatzes zugunsten der Behandlung der gesellschaftlichen Stellung der Frau und in diesem Rahmen der Verhältnisse an den Frauenarbeitsplätzen geändert hat. Zumindest in Sonntagsreden.

Kritik an der feministischen Analyse

Obgleich der Frauenbewegung, und hierunter wird im wesentlichen die autonome Frauenbewegung verstanden, als exponierter Ausdruck der Änderung des Bewußtseins der Frauen in der heutigen Gesellschaft betrachtet wird, wird die *feministische* Analyse folgendermaßen kritisiert: „In der feministischen Analyse ist bisher den sozioökonomischen Triebfedern für die Angleichung der Rollenmuster von Mann und Frau eine Tendenz zur Veränderung der Geschlechterrollen schlichtweg bestritten worden oder erschien als Erfolg der Frauenbewegung. Damals wie heute wird Frauenbefreiung primär als Aufgabe der Formation und Organisation von Bewußtsein gefaßt."

In der feministischen Theorie wird die Unterlegenheit der Frau und ihre unterdrückte gesellschaftliche Stellung als Resultat der Rollenzuweisung erklärt, und nicht die Rollenzuweisung als Resultat der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. „Die geschlechtliche Arbeitsteilung ist nicht allein naturwüchsig, wie es Karl Marx und viele Forscher nach ihm annahmen, sie wird von männlichem Zwang diktiert." Dieses Zitat von M.-L. Janssen-Jurreit aus „Sexismus – die Abtreibung der Frauenfrage", das theoriebildend in der Frauenbewegung gewirkt hat und wohl noch wirkt, wird angeführt. Das Buch ist 1976 erschienen und behandelt die Ursache der Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft in Abgrenzung von Marx und Engels.

Aufgrund dieser Analyse, so die SOST, reduziert sich die „kritische Untersuchung heutiger Lebensverhältnisse auf eine Theorie der Repression ... (dies) ist das bedeutendste Hindernis ihrer rationellen Kritik ... Dieselben Lebensverhältnisse, die die Feministinnen radikal kritisieren, bilden zugleich die Basis und die Ursachen für die Überwindung überlebter Rollenmuster. Daß die sozialen Beziehungen in der Familie, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ihr Niederschlag auf die persönlichen und sexuellen Beziehungen überhaupt als problematisch erscheinen, ist nur zu erklären, wenn anerkannt wird, daß die Entwicklung der Lebensbedingungen unter kapitalistischen Verhältnissen wirklichen Fortschritt einschließt."

„Ideologiekritik oder konkrete Untersuchung der Lebensverhältnisse"

Das letzte Zitat ist im Kern die zweite These von SOST. Gleichzeitig schließt diese These eine Kritik an der bisherigen Analyse der Linken bezüglich der Familie ein: SOST gehen davon aus, daß die Kritik an der Familie bisher im wesentlichen Ideologiekritik statt Untersuchung der konkreten materiellen Verhältnisse war unter dem Generalnenner: „Die Familie ist Moment der Reproduktion der Ware Arbeitskraft für das Kapital. Zurichtung und Unterordnung der menschlichen Entwicklung für die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals sei ihre wesentliche Funktion. Gerade die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung sei ein nützliches Moment für diese Unterordnung und müsse daher aus den politischen Bedürfnissen und ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse abgeleitet werden."

Dem wird entgegengestellt, daß das heutige Erscheinungsbild der Familie im wesentlichen durch die erweiterten Spielräume der Lebensgestaltung geprägt ist und daß die Erweiterung dieses Spielraums erkämpft wurde durch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Daß das, was sich heute in der Familie abspielt, nur teilweise in der Kategorie „Reproduktion der Arbeitskraft" erfaßt werden kann und daß diese Kategorie, auf das gesamte Verhältnis angewandt, einseitig ist.

Die begonnene Auflösung traditioneller Beziehungen zwischen den Geschlechtern sei Resultat dieser Entwicklung (des erkämpften Spielraums) und beruhe auf dem wachsenden Gewicht des „Soziallohns" (gemeint: Versicherungsleistungen?) und auf dem zunehmenden Organisieren von Funktionen, die früher innerhalb der Familie verrichtet wurden sowie auf der Veränderung der Arbeitsorganisation bei der Hausarbeit selber (durch zunehmenden technischen Fortschritt). Die Zunahme der Erwerbsarbeit sei die Kehrseite dieser Entwicklung (neben Familie und Kindererziehung). „Beide Tendenzen haben zu einer schrittweisen Unterminierung der traditionellen Arbeitsteilung und darauf basierenden Rollenmustern geführt. Neben der Zunahme und Verallgemeinerung von Doppelbelastung und neuen Formen der Diskriminierung ist damit aber auch ein neues Selbstbewußtsein der Frauen entstanden und eine Kritik der herkömmlichen Form geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung."

Der Hauptgedanke ist hier, daß die Entwicklung der Befreiung der Frau und die schrittweise Änderung der Rollenmuster die Entwicklung der Produktivkräfte wie des Kampfes der Arbeiterklasse in diesem Rahmen zur Grundlage hat. Daraus folgt als wesentliche Aufgabe die gemeinsame Verteidigung des erreichten Spielraums. Als Haupthindernis für eine von den bürgerlichen Schranken befreite Entwicklung der Persönlichkeit beider Geschlechter wird der „Gegensatz von *individueller Entwicklung* und *gesellschaftlicher Produktion*" gesehen. „Es ist das Fehlen eines ausreichenden Spielraums zur individuellen Entwicklung, der Mangel an Lebensstandard und genügend freier Zeit, ihn zu genießen, um darüber hinausgehende reichere Bedürfnisse zu entwickeln."

„Wandel der individuellen Reproduktion – Umwälzung der Lebensverhältnisse"

Im folgenden wird untersucht, was allgemein gefaßt wird unter „erweitertem Spielraum": Ausgehend vom Kampf um Arbeitszeitverkürzung sowie des Kampfes um die Rentenversicherung (als Faktor für die Auflösung der Drei-Generationen-Familie), Zunahme von Kindergärten, wenn auch längst nicht in ausreichendem Maße, die Ausgestaltung der Haushalte mit technischem Gerät sowie die tendenzielle Entwicklung, die sich darstellt in der Beziehung der Geschlechter, unter dem Generalnenner: Auflösung der Familie auf Lebenszeit zugunsten der Ehe auf Zeit – mehr Ehescheidungen, aber auch mehr Eheschließungen.

Höhere Sensibilität, andere Erziehungsformen: größere Aufmerksamkeit, was die Ausbildung von Mädchen angeht, Abnahme der traditionellen Auffassung, daß die Ehe die Altersversicherung für die Frauen ist.

Die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit ist gekennzeichnet durch die Tendenz, daß zunehmend weniger Frauen überhaupt nichts und niemals mit der Erwerbstätigkeit zu tun hatten, obgleich die Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahrzehnten nicht bedeutend zugenommen hat. Nach wie vor ist es so, daß die Frauen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert sind, schlechter ausgebildet und schlechter bezahlt als die Männer. Als neue Diskriminierung wird die Teilzeitarbeit gekennzeichnet.

Bei zunehmender Arbeitslosigkeit werden sich alle nachteiligen Faktoren noch stärker für die Frauen auswirken, was von SOST als Grundlage für eine neue konservative Belebung des Familienbildes und der Frauenideologie angesehen wird. SOST gehen davon aus, daß in den 80er Jahren eine Wende dahingehend eingeleitet werden soll, daß die sozialen Errungenschaften, die insbesondere auch eine Entwicklung der Emanzipation der Frau ermöglichen, beseitigt werden sollen. In der gemeinsamen Verteidigung des gegenwärtigen Spielraums sehen sie eine Aufgabe von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. „Nicht nur Reformstop, sondern realer Abbau sozialer Leistungen und der Verdrängungsprozeß der Frauen vom Arbeitsmarkt finden heute unter sozialliberaler Verwaltung statt ...

Objektiv steht damit die gesamte – auch autonome – Frauenbewegung vor einer neuen Situation. Der Mangel an eigenen politischen Konzepten als Alternative zum fortschreitenden Abbau des Erreichten und die zunehmende Zersplitterung der Kräfte hat die Frauenbewegung in die Defensive gedrängt."

Die SOST gehen in ihren Thesen davon aus, daß es eine spontane, automatische und bruchlose Annäherung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung nicht geben wird, was aus der feministischen Theorie und der Untersuchung ihrer sozialen Träger erklärt werden muß.

„Soziale Basis der autonomen Frauenbewegung"

In der Untersuchung der sozialen Basis der Frauenbewegung (autonome) stützten sich die SOST auf Leseumfragen der Zeitschriften Emma und Courage. Emma hat nach eigenen Angaben eine Auflage von 130000 und Courage eine Auflage von 70000. Beide Redaktionen gehen davon aus, daß der Kreis ihrer Leserinnen knapp doppelt so hoch liegt.

Gemeinsam ist den Leserinnen der beiden Zeitschriften ein relativ hohes Bildungsniveau. Über 50% haben Abitur oder Hochschulabschluß oder streben einen solchen an. Von den Courage-Leserinnen sind lediglich 26% berufstätig, von den Emma-Leserinnen 52%. Die 52% berufstätigen Emma-Leserinnen sind nochmal untergliedert nach Berufen. 40% der Frauen sind in Büroberufen tätig, 16% arbeiten im sozialen Bereich und 40% üben einen Beruf mit Hochschulbildung aus (davon 50% Lehrerinnen). – „Wie erklärt sich nun aus diesen spezifischen Arbeits- und Lebensbedingungen die Entstehung des Feminismus als besonderer sozialer Protestbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern? *Der vom System der kapitalistischen Arbeit selbst geschaffene Widerspruch zwischen den entfremdeten Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen einerseits und den relativ frei gestaltbaren Lebensverhältnissen außerhalb der Sphäre der Erwerbstätigkeit andererseits weist in doppelter Hinsicht eine besondere Entwicklungsdynamik auf.*" (Hervorh. von SOST)

Zwei Entwicklungen werden benannt: Die Erweiterung der Spielräume in der persönlichen Lebensgestaltung führen zu Widersprüchen zur entfremdeten Arbeit, die um so krasser empfunden werden, je größer der erkämpfte Spielraum ist. Andererseits erscheint gegenüber den eingeschränkten Entfaltungsmöglichkeiten in der Arbeitswelt das Leben außerhalb der Arbeit als eine Sphäre, die den Individuen frei zur Verfügung steht. In dieser Sphäre reproduzieren sich jedoch die sozialen Schranken, die durch die Lohnarbeit hervorgerufen werden.

These ist, daß dieser Widerspruch besonders stark wirkt auf Frauen mit hoher Ausbildung und ihre Einstellung sowohl zur Arbeit wie auch zur Sphäre außerhalb der Arbeit prägt: sowohl hohe Ansprüche an die Arbeit als Möglichkeit zur Persönlichkeitsentfaltung sowie ein kritisches Verhältnis zur traditionellen Lebensform.

Die Strategien, die die Frauenbewegung entwickelt hat, werden an den drei Punkten: Lohn für Hausarbeit als grundsätzlicher Streitpunkt in der Frauenbewegung, weibliche Gegenkultur und Frauenprojekte, behandelt.

„Strategien der autonomen Frauenbewegung"

In der Frage „Lohn für Hausarbeit" wird eine grundsätzliche Differenz innerhalb der Kräfte, die sich auf den Feminismus beziehen, festgestellt: Im Rückblick über die Entwicklung der Frauenbewegung in den 70er Jahren stellt die Zeitschrift Emma fest: In der Auseinandersetzung um die Forderung nach Lohn für Hausarbeit setzte die Frauenbewegung „die Grundsteine für die ersten fundamental unterschiedlichen Einschätzungen der Frauenfrage aus sich als feministisch verstehender Sicht. Zwei Richtungen zeichneten sich ab: die eine schloß aus der Erkenntnis der so nützlichen Gratisarbeit von Frauen die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit" ..., die andere blieb bei der Einschätzung der absoluten Notwendigkeit der Berufstätigkeit von Frauen und forderte gleichzeitig: Kampf gegen die Doppelbelastung! Gegen die Ideologie von der Hausarbeit als ‚Frauenarbeit'! Für eine teilweise Vergesellschaftung dieser Arbeit für 50:50-Teilung der Haus- und Erziehungsarbeit mit den Männern! Für eine Veränderung des Charakters der Arbeit!"

Die Richtung in der feministischen Bewegung, die für die Forderung ‚Lohn für Hausarbeit' eintrat, begründete dies damit, daß es keine Befreiung der Frau sein könne, in entfremdete Tätigkeiten im „normalen Berufsleben" einzutreten. Sie propagiert die Entwicklung einer weiblichen Gegenkultur. Die Forderung nach staatlicher Subventionierung von Frauenhäusern wird in dieser Strömung der Frauenbewegung als Bestandteil der Strategie ‚Lohn für Hausarbeit' angesehen. Diese Richtung wird von Courage vertreten. Demgegenüber argumentiert Emma: „Um die Unterdrückung aufzuheben, müssen wir die Rollen zerstören. Lohn für Hausarbeit würde die Rollen verfestigen." (Emma 5/81)

In den Thesen der SOST wird davon ausgegangen, daß die Strömung ‚Lohn für Hausarbeit' und Errichtung einer Gegenkultur eine Abwendung von der Politik bedeutet und daß sie mit zunehmender Verengung der Spielräume durch Entwicklung der Krise und den Kurs der Regierung auch zum Scheitern verurteilt ist, gerade wenn er sich nicht daran orientiert, mit der Arbeiterbewegung diese Angriffe in einer gemeinsamen Konzeption abzuwehren und weitere Strategien zu entwickeln, die aber auf der Grundlage basieren müssen, daß die Fortschritte nur in gemeinsamem Kampf erstritten werden können.

Diese objektive Tatsache verschafft sich, auch wenn es subjektiv, das heißt hier in der Theorie des Feminismus, anders gesehen wird (Emma), Eingang in die Politik auch der feministischen Frauenbewegung. Daraus ergeben sich auch Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung. Die SOST-Thesen enden mit der Ankündigung der Fortsetzung dieser Diskussion.

Den Hauptgedanken der Thesen, daß die autonome Frauenbewegung nur Ausdruck der Entwicklung des Bewußtseins der Frauen in der Gesellschaft ist und daß die Veränderungen im Bewußtsein ihre Grundlage in dem Kampf der Arbeiterbewegung sowie in der Entwicklung der Produktivkräfte haben, halte ich für richtig. Daß die Befreiung der Frau letztendlich nur erreicht werden kann durch Revolutionierung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und Aufhebung der Arbeitsteilung heißt ja nicht, daß innerhalb des Kapitalismus Schritte zu dieser Emanzipation nicht möglich sind – sie finden in dem Rahmen statt, wie sich die Arbeiterbewegung innerhalb des Kapitalismus Positionen erkämpft. Offensichtlich ist, daß unter dem Zwang der objektiven Entwicklung auch die Teile der Frauenbewegung, die eine andere Strategie verfolgen, in der Praxis ihre Haltung zur Arbeiterbewegung ändern in dem Maße, wie diese die Befreiung der Frau zu ihrem Programm macht, konnte beispielsweise an der Aktion der IG Druck und Papier zu den Heinze-Frauen gesehen werden. Richtig ist jedoch auch, daß die Frauenbewegung den Gewerkschaften Impulse gegeben hat und viele Tabus aufgebrochen wurden. Ein Indiz hierfür scheint mir auch zu sein, daß z.B. Janssen-Jurreit, die als Theoretikerin des Feminismus gilt, 1979 in einem Buch „Frauenprogramm" den Versuch unternimmt, durch eine umfassende Untersuchung und Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Frauenunterdrückung zementieren eine solche Programmatik zu entwickeln versucht, die ihren Kern darin hat, daß die „Rehabilitation der Frau ins Berufsleben" der wesentliche Punkt für die Emanzipation ist. An der Entwicklung einer solchen Konzeption mitzuarbeiten, scheint mir auch das Wesentliche, um die Spaltung von Arbeiter- und Frauenbewegung überwinden zu helfen und die teilweise traditionelle Enthaltsamkeit der Gewerkschaft in diesen Fragen aufzubrechen.

Womit ich nicht einverstanden bin: die Behauptung, das heutige Erscheinungsbild der Familie sei im wesentlichen geprägt durch den erweiterten Spielraum, den sich die Arbeiterbewegung erkämpft hat. Die Entwicklung ist widersprüchlich: Einerseits wächst der Spielraum in der Gestaltung der persönlichen Beziehungen, andererseits nimmt durch die Auflösung der Familie die Vereinsamung zu. Hierzu kommt eine größere gesellschaftliche Betätigung in den Gewerkschaften, Vereinen etc. Das aber unter das Erscheinungsbild der Familie zusammenzufassen, halte ich nicht für gerechtfertigt, eher im Gegenteil.

Widerspruch habe ich zu der These, daß die hauptsächliche Schranke für die Entfaltung der Persönlichkeit beider Geschlechter der fehlende individuelle Spielraum ist. Richtig ist wohl, daß, wenn mehr Zeit und auch mehr Geld vorhanden ist, die Persönlichkeit weiterentwickelt werden kann. Diese wird aber entscheidend geprägt durch die Stellung im Produktionsprozeß selber. Die einseitige Betonung des individuellen Spielraums halte ich für beschränkt. Die Persönlichkeit fängt ja nicht beim Feierabend an. Wird die persönliche Befreiung auf den individuellen Spielraum reduziert, wird eine wichtige Triebkraft zur Umwälzung der sozialen Verhältnisse außer Acht gelassen.

Für verkürzt halte ich auch die These, daß der Feminismus im wesentlichen aus seinen sozialen Trägern her interpretiert wird. Für die Auffassung, daß durch den Zwang der Männer die gesellschaftlich unterdrückte Stellung der Frau beibehalten wird, gibt es in der Realität zahlreiche Anhaltspunkte. Die untergeordnete Rolle und in der Relation zu den männlichen Arbeitern nochmal schlechtere Position im Produktionsprozeß kann heute nicht mehr aus natürlichen Unterschieden zwischen Mann und Frau erklärt werden, genausowenig wie die traditionelle Arbeitsteilung der Familie. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist soweit fortgeschritten, daß sowohl die Frauen in der Produktion dieselbe Stellung einnehmen könnten wie Männer, wie eine weitere Vergesellschaftung der Hausarbeit möglich wäre und auch die Arbeitsteilung innerhalb der Familie geändert werden kann. Tatsache ist auch, daß die Parteien und Organisationen nichts gegen die unterdrückte Stellung der Frau in der Gesellschaft unternehmen, wenn die Frauen nicht auf die Barrikaden gehen. Der Feminismus entspringt meiner Ansicht nach also aus der Anschauung der Verhältnisse, wenn den Erscheinungen dieser Gesellschaft nicht auf den Grund gegangen wird, wozu z.B. auch die historische Entwicklung der Stellung der Frau in der Gesellschaft gehört.

Diskussion über Aktionen zum Breschnew-Besuch

Ergebnisse eines von den Grünen initiierten Treffens in Düsseldorf

lup. Zu einem 1. Koordinationstreffen zur Besprechung von gemeinsamen Aktivitäten anläßlich des Besuchs von Leonid Breschnew in der BRD hatte der Landesvorstand NRW der Grünen für den 18. Oktober eingeladen. Grundlage der Einladung bildete ein Initiativantrag, den der Bundesparteitag der Grünen kurz zuvor beschlossen hatte. Dieser lautete:

„Anläßlich des Besuchs von L. Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland im November 81 rufen die Grünen zusammen mit anderen Gruppen zu einer Demonstration auf. Diese Demonstration richtet sich nicht gegen den Besuch von L. Breschnew, im Gegenteil, wir begrüßen Gespräche zwischen Ost und West auf allen Ebenen. *Wir demonstrieren für folgende Ziele: Keine Atomkraftwerke und Atomraketen in der UdSSR und der BRD!*

1. Gegen das System der atomaren Abschreckung in Ost- und Westeuropa – für eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal.
2. Für den sofortigen Abbau der SS 20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missile).
3. Für die Anerkennung der vollen Souveränität und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.
   Für den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan.
   Für den Abzug aller fremden Truppen aus West- und Osteuropa.
4. Für einen ungehinderten Informations- und Diskussionsaustausch der Friedensbewegung in Ost und West.
   Für demokratische Grund- und Bürgerrechte in Ost und West.

Auf der Grundlage dieser Ziele soll ein breites Aktionsbündnis angestrebt werden. Ansprechpartner sind u.a.:

Jusos, Judos, Amnesty International, Graswurzel-Bewegung, BBU, Anti-AKW-Bewegung, kirchliche Gruppen ... Die Liste ist unvollständig."

Der Einladung gefolgt waren – neben uns – die zwei afghanischen Studentenorganisationen FASA und GUAFS, KPD und Volksfront, die Aachener Friedensinitiative, die tags zuvor zu einem eigenen Treffen eingeladen hatte und dort einen Aufrufvorschlag erarbeitet hatte, eine Reihe weiterer örtlicher Friedensinitiativen, Russell-Gesellschaften etc. Die Jusos und der BBU, so berichtete ein Vertreter des Bundesvorstandes der Grünen, seien aus zeitlichen Gründen nicht da, zumindest einzelne Mitglieder des BBU-Vorstandes ständen aber voll hinter ihrer Initiative. Auf seiten der Jusos hätte sich Willy Pieczyk – der anläßlich des Haig-Besuches eine Demonstration der Jusos zum Breschnew-Besuch angekündigt hatte – skeptisch gegenüber dem Projekt einer Demonstration geäußert, sie würde zu leicht an der Teilnehmerzahl der Bonner Demonstration wie auch des am 21. November stattfindenden 2. Krefelder Forums in Dortmund gemessen, was auf die Presse ungünstige Auswirkungen haben würde. Zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion sei er – Piezcyk, allerdings bereit.

Ob eine Demonstration nun das Wesentliche sei – worauf vor allem KPD und Volksfront insistierten und woran auch die Afghanen stark interessiert waren, oder andere öffentlichkeitswirksame Formen anzustreben seien, die in der Lage sind, die Breite der Bewegung gegen die Blockpolitik und die Militärblöcke angemessen zum Ausdruck zu bringen, war denn auch der erste Punkt der Auseinandersetzung. Bei letzterem ist vor allem gedacht an eine Kundgebung, zu der neben einem Vertreter des Solidarnošč-Vorstandes und des afghanischen Widerstandes Vertreter der Oppositionsbewegungen in Osteuropa, Kirchenkräfte, Gewerkschaftsvertreter, aber auch Leute wie Bastian etc. eingeladen werden sollen. Ferner eine Veranstaltung, auf der neben Kulturbeiträgen (u.a. von Biermann) Sprecher der Grünen, des BBU, der Charta 77, Pieczyk u.a. auftreten sollten. Feste Vereinbarungen gibt es dafür allerdings noch nicht. Entschieden wurde diese Frage noch nicht.

Erörtert wurde ferner die Frage eines gemeinsamen Aufrufs. Daß man eine Parole zum Motto machen müsse, die Atomkraftwerke und Atomraketen auf eine Stufe stellt, darauf wurde seitens der Grünen nicht bestanden. Daß man eine Losung aufnimmt, die sich ausdrücklich gegen Interventionen und Interventions*drohungen* gegen Polen wendet, war einstimmige Meinung. Auch, daß man sich direkt gegen die NATO-Nachrüstung aussprechen müsse. Welche Ausdehnung eine anzustrebende atomwaffenfreie Zone haben müsse, ob sie in Polen enden oder nicht bis an den Ural reichen müsse, diese Frage konnte nicht geklärt werden. Trotzdem, unüberbrückbare Differenzen über die Inhalte eines Aufrufs gab es nicht.

Das Treffen endete schließlich mit folgendem: Ein gemeinsamer Aufruf mit endgültigem Charakter kann nicht verabschiedet werden. Die Grünen werden sich bemühen, zusammen mit dem BBU, der Russell-Initiative, der Initiative für ein atomwaffenfreies Europa (dem Veranstalter des Kongresses in Berlin) einen Vorschlag auszuarbeiten, der dann in „taz" und „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht werden und auf dem Berliner Kongreß verteilt werden soll. Beraten soll darüber ein weiteres Treffen am 1. November, zu dem gesondert eingeladen wird (der Wortlaut lag bis Redaktionsschluß noch nicht vor; die Kontaktadresse der Grünen lautet: Landesgeschäftsstelle der Grünen NRW, Oberbilker Allee 17, 4000 Düsseldorf 1; F: 0211 /343021).

Tags zuvor hatte ein weiteres Treffen der „Göttinger" stattgefunden, also der Unterzeichner des Göttinger Aufrufs zur Bonner Demonstration (siehe KVZ 38). Vereinbarungen über gemeinsame Aktivitäten zum Breschnew-Besuch gab es dort nicht. Ein Hauptdiskussionspunkt war dort, wie man sich gegen Vereinnahmung und Bevormundung durch die etablierten Parteien und die sogenannte traditionelle Friedensbewegung (DFU, DKP, KoFAZ) schützt. Vereinbart wurde dort ein bundesweiter Kongreß aller „Basis-Friedensinitiativen" im Januar/Februar 1982, ein nächstes Treffen soll am 5.12.81 um 10.30 Uhr in der ESG Göttingen stattfinden, Kontaktadresse ist Dietmar Schlüter, Leerer Str. 42, 2800 Bremen 1.

Frankfurt. Abschlußkundgebung der Demonstration von 4000 Gegnern der Startbahn West auf der Frankfurter Buchmesse. Inzwischen unterstützen 200 Buchhändler und Verleger das Volksbegehren „Keine Startbahn West" durch ihre Unterschrift. An ebenso vielen Ständen liegen Unterschriftenlisten auf der Buchmesse aus. Anlaß der Demonstration war die Räumung eines Teils des Startbahngeländes durch Polizei- und Bundesgrenzschutzeinheiten letzte Woche sowie die einseitige polizei- und regierungsfreundliche Berichterstattung darüber in den Medien. Ausgangspunkt der Demonstration war der Hessische Rundfunk, der symbolisch besetzt wurde. Nach dem Marsch durch die Frankfurter Innenstadt wurde auf der Buchmesse die Zeitung der Bürgerinitiativen verteilt und wurden Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt. In einer kurzen Rede wurde die FAZ in Halle VI angegriffen. Erst am 15.10. hatte die IGM-Vertreterversammlung Frankfurt einen Antrag verabschiedet, in dem es heißt: „Die Ortsverwaltung wird aufgefordert, sich öffentlich gegen den Bau der Startbahn 18 West am Frankfurter Flughafen auszusprechen, das Volksbegehren als demokratisches Mittel zur Interessendurchsetzung anzuerkennen und zu unterstützen." Auch das hatte der Demonstration Auftrieb gegeben. – Fast die gesamte Frühschicht der Fluglotsen des Frankfurter Flughafens hat am Sonntag die Arbeit an den Radarschirmen zunächst nicht aufnehmen können. Grund war eine neue Regelung der Flughafen Aktiengesellschaft (FAG). Sie läßt sämtliche Eingänge und Zufahrten zum Betriebsgelände kontrollieren und selbst Beschäftigte dort ansässiger Firmen und Institutionen mit Anti-Startbahn-Aufklebern am Auto oder Ansteckknadeln werden nicht durchgelassen. Unbeirrt weigerten sich 20 Fluglotsen am Sonntag, ihre Plaketten abzunehmen. Erst nachdem ein Wachleiter auf mögliche Konsequenzen mit Verspätungen im Flugverkehr hingewiesen hatte und nach einem Telefonat des FAG-Sicherheitsdienstes wurden sie durchgelassen.

Richter gegen Demonstrationsverbotspraxis

gkr.Frankfurt. In Frankfurt gibt es mittlerweile fast keine Demonstration mehr, ohne daß das Demonstrationsrecht gegen die Stadt eingeklagt werden muß. Selbst als am vergangenen Samstag die Bürgerinitiative gegen die Startbahn West eine Demonstration hin zur Buchmesse durchführen wollte (vgl. S. 5), konnte sie erst vor dem Verwaltungsgericht einen Kundgebungsort in der Nähe der Buchmesse durchsetzen. Mittlerweile hat sich sogar der Richterrat des Verwaltungsgerichts Frankfurt gegen die Verbotspraxis von OB Wallmann gewandt. Die „zahlreichen Verbote" hätten, so schrieb er, „den falschen Eindruck erweckt, als seien Demonstrationen genehmigungsbedürftig, und zwar letztlich durch die Verwaltungsgerichte". Das Grundgesetz garantiere aber die Demonstrationsfreiheit, und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen könnten Demonstrationen untersagt werden. Bei 30 Verbotsverfügungen seit 1979, so der Richterrat, hätte in 24 Fällen das Verbot durch das Gericht aufgehoben werden müssen. In der Auseinandersetzung hat das Rechtsamt der Stadt den Verwaltungsrichtern mittlerweile Rechtsbeugung vorgeworfen, in einem Befangenheitsantrag gegen 2 Verwaltungsrichter heißt es: „Der vorstehende Sachverhalt begründet nicht nur den Verdacht einer Rechtsbeugung im Sinne des ..." OB Wallmann hat angekündigt, wie bisher mit Demonstrationsverboten zu verfahren.

Kommunalpolitischer Kongreß der Grünen und Alternativen im Hamburg

cld.Hamburg. Am letzten Wochenende, 17./18.10., fand in Hamburg ein kommunalpolitischer Kongreß statt, der der Erarbeitung einer kommunalpolitischen Programmatik für die Bürgerschaftswahlen im nächsten Frühjahr dienen sollte. Damit sollten gleichzeitig die Voraussetzungen für eine gemeinsame Kandidatur aller Grünen, Alternativen und Linken geklärt werden. Letzterem Ziel ist der Kongreß auch ein Stückchen näher gekommen. Die Positionen für ein kommunalpolitisches Programm blieben jedoch noch sehr offen und allgemein.

Vorbereitet worden war der Kongreß von Arbeitsgruppen, die von den Grünen im Frühjahr dieses Jahres eingerichtet worden waren. Sie waren offen für alle, die an einer kommunalpolitischen Alternative mitarbeiten wollten.

Die meisten Beiträge dieser Arbeitsgruppen stammen von den Grünen. Sie sind Ansätze für ein Programm, insoweit die konkreten Verhältnisse in Hamburg untersucht werden und im Ansatz Alternativen formuliert werden, z.B. in der Frage der Rüstungsproduktion bei Blohm und Voss, die leicht durch den Bau von Heizkraftwerksblöcken ersetzt werden könnte, ohne daß ein Arbeitsplatz verloren geht. Insgesamt sind die alternativen Vorstellungen aber noch recht schwach entwickelt. Das liegt zum Teil daran, daß die Verfasser sich nicht auf die Erfahrungen der BIs gestützt haben, was im Fall der Wohnungspolitik von den betreffenden Initiativen und vom Verein „Mieter helfen Mieter" auch kritisiert wurde. Entsprechend dürftig waren auch die Diskussionen zu den einzelnen Abschnitten, die noch dadurch erschwert wurden, daß sofort eine Redezeitbeschränkung eingeführt wurde. Die Inhalte des Readers geben aber die Möglichkeit der weiteren Auseinandersetzung, wie auch die Weiterarbeit der Gruppen. Es wäre falsch, hier nicht mitzuarbeiten und die Ansätze für ein kommunalpolitisches Programm nicht zu nutzen.

Hauptthema und Hauptereignis des Kongresses war aber die Abklärung der verschiedenen Möglichkeiten für Bündnisse und Zusammenschlüsse für die Wahl im nächsten Frühjahr. Die DKP, die hier einen Schwenk vollzogen hat, bemüht sich seit Beginn der Diskussion um eine mögliche gemeinsame Kandidatur um Aufnahme in das Spektrum der beteiligten Organisationen. Sie gibt dabei jedoch ihren Führungsanspruch als marxistische Arbeiterpartei mit sowjettreuem Programm nicht auf. Sie versucht, über Anbiederung und sehr weite Zugeständnisse in lokalen und die BRD betreffenden Fragen sich als Bündnispartner zu empfehlen. Dieser Versuch ist am Wochenende endgültig fehlgeschlagen. Der DKP muß geschwant haben, daß dieser Kongreß ihre letzte Chance war, in ein Wahlbündnis aufgenommen zu werden. Von Anfang an war sie mit einer großen Zahl ihrer Mitglieder (zeitweilig stellten sie die Hälfte der ca. 400 versammelten Teilnehmer) und entsprechender Vertretung auf der Rednerliste die Debatte mit Masse zu bestimmen. Das stieß schon gleich auf Ablehnung und machte nur deutlich, wie die DKP zu verfahren gedenkt, wenn sie erst mal in einem Bündnis drin ist: alles majorisieren!

Erfolg hatte sie natürlich nicht. In der Auseinandersetzung um die Frage von Kernkraftwerken und in der Friedenspolitik wurde ihr sklavisches Verhältnis zur imperialistischen Sowjetunion offengelegt. Obwohl keine der anderen relevanten Organisationen wie Grüne, Z, KB etc. von der Einschätzung der SU als einer imperialistischen Macht ausgingen, hielten sie doch am Selbstbestimmungsrecht der Völker fest und verurteilten den Einmarsch der SU in Afghanistan und ihre aggressive, den Einmarsch vorbereitende Politik gegenüber Polen. Sie erklärten übereinstimmend, daß ein alternatives Wahlbündnis, um glaubwürdig zu sein, 1. klar sagen muß, daß AKW's zum gegenwärtigen Zeitpunkt in allen Gesellschaftssystemen lebensgefährlich sind und 2. daß ein solches Wahlbündnis uneingeschränkt das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterstützen und für ein Verbot der Kernwaffen in *ganz* Europa eintreten muß.

Nebenbei fand die DKP die (sicher nicht gewünschte) Unterstützung vom BWK, der denjenigen, die im Kampf für den Frieden nicht nur die BRD-Regierung und die USA, sondern auch die SU als Gegner sehen, unterstellte, sie wollten sozialistische Positionen ausschließen.

Wie geht es weiter?

Die Grünen und die Z-Vertreter hielten ihren Vorschlag aufrecht, ein Wahlbündnis mit den Alternativen zu bilden auf Basis 50%iger Aufteilung der Posten und Kandidaturen.

Die Initiative für eine Alternative Liste und die Bunte-Liste-Initiativen bereiten sich auf die Gründung einer Alternativen Liste am 28./29.11.1981 vor. Sie schließen ein Zusammengehen mit den Grünen nicht aus, kritisieren aber deren 50%-Beschluß.

Veranstaltungen

Darmstadt

Friedenswoche, durchgeführt vom Abendgymnasium: *Montag, 2.11., 20.00 Uhr,* Aktuelle Probleme der Friedensforschung, mit Dr. Harald Müller, Hessisches Institut für Friedens- und Konfliktforschung. *Dienstag, 3.11., 20.00 Uhr,* „Ein Tag und eine Nacht", Film über die Bundeswehrschau im vergangenen Sommer und die Darmstädter Friedensdemonstration. *Freitag, 6.11., 19.00 Uhr,* Große Podiumsdiskussion zum Thema „Friedenssicherung". *Samstag, 7.11., ab 19.00 Uhr,* „Friedensfest".
Ort jeweils Merckschule/Martin-Buberstr. (Nähe Finanzamt)

Düsseldorf

Türkei – Geschichte des Widerstandes unter der Militärdiktatur. Autonomes Stadtteil-Zentrum, Neusser Str. 75/77
Samstag, 31.10., 19.00 Uhr

Frankfurt

Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf. Thema: Resolutionsentwurf des ZK des KBW zur Kritik von Programm und Geschichte des KBW, über die programmatischen und politischen Positionen, die der KBW jetzt für richtig hält und vertritt. Schwerpunkt: Kampf um Demokratie – Diktatur des Proletariats. Eingeladen sind: H.G. Schmierer, Bernhard Peters, Gerd Koenen (Mitglieder des ZK des KBW). Haus der Jugend
Freitag, 30.10.1981, 19.30 Uhr

Hamburg

Komitee „Solidarität mit Solidarność", Informationsveranstaltung mit Reisebericht, Themen: Aktuelle Wirtschaftskrise und mögliche Auswege; Arbeiterselbstverwaltung; Partei, Regierung und Solidarność; und zur Lage der Frauen in polnischen Betrieben. – HH 13, Grindelallee 9 (ESG), Großer Saal
Montag, 26.10., 19.00 Uhr

Die Redaktion bittet, die Terminangaben mit Angabe des Absenders so rechtzeitig abzuschicken, daß sie spätestens jeweils dienstags bei uns eingehen (Posteingang).

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Ein positives Arbeitsprogramm, aber auch Probleme in der Vorbereitung der 3. Sozialistischen Konferenz

thm.Düsseldorf. Es ist schon äußerst schwierig, Informationen über den Stand der Vorbereitungen zur III. Sozialistischen Konferenz (SK) in diesem Jahr zu erhalten. Insofern muß ich mich stützen auf unter der Hand weitergebene Papiere, die auf Sitzungen des Sozialistischen Plenums in Düsseldorf diskutiert wurden. Ende August hat die SK-Koordinationssitzung in Hannover Ort, Termin und Tagesordung für die nächste SK beschlossen. Sie soll vom 27.11. bis 29.11.1981 in Bochum stattfinden. Die Themenstellung ist brauchbar. Aus dem Chaos der Plenen der II. Sozialistischen Konferenz in Marburg, auf der sich jeweils verschiedene „Macher" in Szene setzten, den Teilnehmern aber eine intensive Diskussion fast unmöglich war, wurde die Konsequenz gezogen, in breiterem Maße auf der SK Arbeitsgruppen zu bilden und die Thematik genau zu umreißen. Positiv ist auch, daß andere Konzepte für die Zusammenstellung von Podiumsdiskussionen erörtert werden, z.B. daß nicht einfach nach den klangvollsten Namen gegangen wird, sondern unterschiedliche Strömungen zusammengestellt werden, wie: Exterminismustheorie, Imperialismustheorie, alternative Verteidigung, Pazifisten.

In Vorbereitung der SK hat es eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen gegeben. Zwischen den Sozialistischen Konferenzen soll die Diskussion geführt und sollte eigentlich auch die nächste SK vorbereitet werden durch örtliche oder regionale SK-Initiativen. Sie gibt es u.a. in Westberlin, Hamburg, Salzgitter/Braunschweig, Hannover, Münster, Dortmund, Düsseldorf, Kiel und Bielefeld. Z.T. sind sie hauptsächlich Vertreterkreise verschiedener linker Organisationen wie in Westberlin und Hamburg, oder es sind vor allem Diskussionsforen unorganisierter Linker, wie dies in Düsseldorf mit ca. 20 Teilnehmern der Fall ist. In der Vorbereitung der SK ist es nach meinem Überblick erneut kaum gelungen, diese Gruppen einzubeziehen in den Diskussions- und Entscheidungsprozeß für diese SK. Seit der letzten SK gibt es in diesen Gruppen nur schwer Fortschritte und es gibt Tendenzen, sich aufzulösen bzw. schrumpft die Teilnehmerzahl. Teilweise wird diskutiert, ob SK-Initiativen überhaupt sinnvoll sind, wenn es schon Aktions- oder Diskussionsbündnisse am Ort, vor allem in der Friedensbewegung, gibt.

In unserer Initiative hatten wir uns in letzter Zeit auseinandergesetzt mit Fragen von Krieg und Frieden, wie: Exterminismus oder Imperialismus als Ursachen des Krieges; Diskussion von Krefelder Appell und Russell-Aufruf. Überlegungen waren im Gange, selber eine Arbeitsgruppe auf der SK vorzubereiten und zu führen und somit zu etwas bereiterer Trägerschaft der Diskussion auf der SK zu kommen. Hieraus scheint jetzt nichts zu werden. Sowohl die Einbeziehung der örtlichen Gruppen in die Vorbereitung ist kaum erfolgt, wie auch insgesamt die Vorbereitung schleppend ist und von der SK-Koordinationssitzung kaum vorantreibende Impulse gekommen sind. Z.T. wird dies in unserer Initiative darauf zurückgeführt, daß sich einige wichtige Träger des Projekts Sozialistische Konferenz in der Zeitschrift „Moderne Zeiten" zusammengefunden haben und sich kaum noch um die Vorbereitung der III. SK gekümmert haben. Die Initiatoren der Zeitschrift schreiben: „Wir werden in den nächsten Monaten im Vorbereitungsprozeß der III. Sozialistischen Konferenz alles tun, um die aktive Trägerschaft anderer Gruppen und Strömungen am Projekt der ‚Sozialistischen Konferenz' zu stärken und zu erweitern – ohne deswegen dem Projekt unsere eigene aktive Unterstützung zu entziehen."

Ein weiteres Problem in der Vorbereitung der SK sind die Spaltungstendenzen. Von der Bremer Gruppe, unterstützt durch Bahro, war im Mai ein Vorschlag gekommen, die SK nicht als *Sozialistische* Konferenz, sondern als Konferenz aller Friedensinitiativen und friedenspolitischen Kräfte durchzuführen, weil es wichtiger sei, „die Friedensbewegung voranzubringen, als zu klären, wie die Sozialisten den Punkt ‚Frieden' in ihr Programm einbauen" und weil es sonst darauf hinausliefe, „die III. SK zu einem Schaukampf zu machen zwischen den Positionen der Russell-Friedensstiftung und der DKP als Vertreterin einer sozialistischen Imperialismustheorie". Alternativ dazu hatte ein Vorschlag vorgelegen, an dem Konzept einer Sozialistischen Konferenz festzuhalten und sozialistische Perspektiven zu entwickeln. Auf Grundlage dieses Alternativvorschlages wurde im weiteren diskutiert. Nach dieser Sitzung trat dann die Bremer SK-Gruppe aus dem Projekt SK aus.

Dann wurde ein Plan von Bahro, Gollwitzer, Flechtheim usw. bekannt, im Herbst oder Frühjahr eine Friedenspolitische Konferenz in Westberlin durchzuführen. In Westberlin findet nun vom 23. bis 25.10.1981 ein Kongreß „Alternativen Europäischer Friedenspolitik" statt. Damit hat sich Bahro und evtl. die Anhänger der Strömung, die er vertritt, von der Sozialistischen Konferenz abgekoppelt. Der Termin für diese Berliner Konferenz, gegen die prinzipiell nichts spricht, legt spalterische Absichten gegenüber der Sozialistischen Konferenz nahe. Somit wird aller Voraussicht nach diese SK von den politischen Strömungen her eingeschränkter sein, als die II. SK. Soll das Unternehmen SK nicht vollständig scheitern, muß die Konferenz im November positive Ergebnisse bringen. Mit der Tagesordnung, die verabschiedet wurde, wäre dies aber auch zu machen.

Tagesordnung für die 3. Sozialistische Konferenz

Freitagabend: Auf einer Podiumsdiskussion sollen geladene Referenten unterschiedlicher Richtungen die folgende übergreifende Fragestellung diskutieren: „Reicht es aus, daß die verschiedenen Kräfte der Friedensbewegung in der Bundesrepublik darin einig sind, die Stationierung der Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe zu bekämpfen? Was sind die Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr? Welche Positionen müssen die Sozialisten in der Friedensbewegung vertreten, um der gegenwärtig weltweit wachsenden Kriegsgefahr wirksam entgegenzutreten? Bilden die Konzepte der Atomwaffenfreien Zone, der Neutralität, der Blockfreiheit, des Pazifismus, der defensiven Verteidigung realistische Perspektiven für die Friedensbewegung?

Noch nicht entschieden ist die Besetzung des Podiums. Ein Vorschlag lautet: Kade (DKP), Harich, Maier (Komitee für Demokratie und Sozialismus bzw. „Moderne Zeiten"), Bischoff (Sozialistische Studiengruppen), Russell (Vertreter des Exterminismus), Knapp (Die Grünen), Gruppe Z, W. Biermann (SPD).

Samstagvormittag: Arbeitsgruppen, eingeleitet von Referat und Korefe-rat ab 9.00 Uhr: „Triebkräfte der Kriegsgefahr"

- AG 1: Politik der USA – Kurs auf den Dritten Weltkrieg? (Weltmarktkrise, Offensive des Imperialismus, Militärisch-industrieller Komplex, Exterminismus / Drohsysteme, Rivalität: USA-Westeuropa)
- AG 2: Sowjetunion – Friedensmacht, Kriegstreiber oder was sonst? Was ist von ihren Vorschlägen zur Abrüstung zu halten? (Realer Sozialismus, Verhältnis zur blockfreien Bewegung, Großmachtpolitik, Militärpolitik)
- AG 3: Weshalb gibt es im Bundestag eine „Allparteienkoalition" für die NATO und deren Militärstrategien? (eigene imperialistische Interessen der BRD, Übereinstimmung und Widerspruch zu den USA, BRD als Vasall der USA oder gleichberechtigter Alliierter?)
- AG 4: Militarisierung der Köpfe und des Alltagslebens (Massenkonsens und wachsende Ängste)
- AG 5: Soziale und ökologische Folgen der Hochrüstung

Samstagnachmittag: Arbeitsgruppen, eingeleitet von Referat und Koreferat ab 15.00 Uhr: „Aufgaben von Sozialisten in der Friedensbewegung"

- AG 1: Atomwaffenfreie Zone, Austritt aus der NATO, Neutralismus und Blockfreiheit: politische, ökonomische, soziale Voraussetzungen und Konsequenzen.
- AG 2: Wie kann sich die Friedensbewegung auf Widersprüche und friedenspolitische Ansätze von SPD und Gewerkschaften beziehen?
- AG 3: Braucht die Friedensbewegung alternative Verteidigungskonzepte, wenn ja, gegen wen? Ist der Pazifismus eine Alternative?
- AG 4: Wie kann die Friedensbewegung in der BRD auf staatliches Handeln Einfluß nehmen, ohne integriert zu werden? (Historische Erfahrungen, aktuelle Konzepte, keine Staatsdiskussion)

Kulturelle Veranstaltung ab 20.00 Uhr

Sonntagvormittag: zusammenfassendes Plenum ab 10 Uhr unter der Fragestellung: „Triebkräfte der Kriegsgefahr – Aufgaben der Sozialisten in der Friedensbewegung" (Berichte aus den Arbeitsgruppen, Strategien der Friedensbewegung, Russellaufruf/Krefelder Appell)

Siegener Hausbesetzerprozeß

Wie dem öffentlichen Druck entgehen? / Einstellung

dik.Siegen. Vor dem Landgericht Siegen hat ein Prozeß gegen 26 Angeklagte stattgefunden, denen zur Last gelegt war, zwei Häuser besetzt bzw. ein Plakat zur Unterstützung einer Hausbesetzung verklebt zu haben.

Das Siegener Stadtbild soll durch das Monstrum der sog. Hüttentalstraße zubetoniert werden. Der Widerstand gegen dieses Projekt geht quer durch alle Parteien und hat alle gesellschaftlichen Kräfte erfaßt. Verschiedene Bürgerinitiativen haben sich gegründet, die sich allesamt in der Ablehnung des Baus der Hüttentalstraße einig wissen, wenn auch aus verschiedener Betroffenheit: vom Erhalt humaner Städte bis hin zur Erhaltung des eigenen Grundstückseigentums. Das Bauprojekt ist in ersten Abschnitten angelaufen, jedoch steht weder die endgültige Konzeption mit allen Einzelheiten fest, noch herrscht Klarheit über den zeitlichen Rahmen, da die in Bürgerinitiativen zusammengeschlossenen Grundstückseigentümer die Ausschöpfung des Rechtswegs gegen die Beeinträchtigungen und Enteignungsmaßnahmen geschworen haben.

So kam es, daß gute Bausubstanz – im Eigentum des Bundes stehend – abgerissen werden sollte, obwohl an den betreffenden Stellen mit Sicherheit erst in drei Jahren oder später der Baubeginn anlaufen kann – wenn überhaupt! Und dies auf dem Hintergrund unbestrittener Wohnungsnot in Siegen, vor allem für sozial Schwache, Lehrlinge und Studenten. In dieser Situation waren die beiden Hausbesetzungen notwendig und aufgrund der allseitigen Unterstützung zum Teil erfolgreich, denn das ehemalige Hotel Klein wurde nicht mehr abgerissen, noch heute tagt dort regelmäßig der Jugoslawische Kulturverein.

Nachdem das Straßenbauamt als Bauträger Strafanzeige erstattet hatte, ermittelte die Staatsanwaltschaft und beantragte schließlich in 27 Fällen den Erlaß von Strafbefehlen wegen Hausfriedensbruchs und versuchter Nötigung, gegen eine Jugendliche erhob sie aus diesem Grund Anklage vor dem Jugendschöffengericht, weil der Erlaß von Strafbefehlen gegen Jugendliche gesetzlich ausgeschlossen ist, die Plakatierer sahen sich einer Anklage wegen Sachbeschädigung eines überklebten FDP-Plakats gegenüber. Die beantragten Strafbefehle wurden vom Amtsgericht erlassen, die Angeklagten legten Einspruch ein. Zwischenzeitlich lief in Siegen eine breite Protestwelle gegen die Strafverfahren an, die in ihren Reihen Pastoren, den Chef der Kinderklinik, eine Hotelchefin sah, die „Westfälische Rundschau" stellte schließlich fest: „Immer mehr Bürger fordern Straffreiheit für die Hausbesetzer."

In dieser Lage war für die Justiz klar, daß die Einzelverfahren mit jeweils zwei möglichen Tatsacheninstanzen zu einer wahren Prozeßflut führen würden, die bei dem wachsenden Öffentlichkeitsdruck das Gerichtsgebäude in einen permanenten Belagerungszustand versetzen würde, der letztlich im Justizapparat selbst zum Aufbrechen drastischer Widersprüche geführt hätte. Dies zu verhindern, sah sich plötzlich der Vorsitzende des Jugendschöffengerichts im vorher besprochenen Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der landgerichtlichen Jugendkammer mit der erhobenen Anklage gegen die Jugendliche überfordert und legte die Sache dem Landgericht zur Übernahme vor.

Die Jugendkammer, mit dem vorher konsultierten Vorsitzenden, verstand den prozeßwidrigen Wink und verband sofort alle Einzelverfahren zur einzig möglichen Tatsachenverhandlung vor dem Landgericht mit dem Verfahren gegen die Jugendliche. Der Prozeßordnung entsprechend erhielt sogleich jeder Angeklagte einen Pflichtverteidiger beigeordnet. So begann am 8. Oktober der Prozeß gegen die 26 Angeklagten mit 30 Verteidigern unter Anteilnahme des Regionalfernsehens, des Hörfunks und zahlreicher Pressevertreter. Angeklagte und die geschlossene Verteidigerriege verlangten sofort die Einstellung des Verfahrens. Nachdem am dritten Prozeßtag Verfahrenskosten (Kosten der bestellten Pflichtverteidiger u.a.) zu Lasten der Staatskasse in Höhe von über 40000 DM aufgelaufen waren, wurde dann das Verfahren auch gegen eine Bußzahlung eingestellt, ohne daß die Angeklagten die vom Gericht verlangte Distanzierung von Hausbesetzungen abgegeben hätten, im Gegenteil haben sie vor dem Einstellungsbeschluß nochmals in einer gemeinsamen Erklärung die Notwendigkeit der damaligen Hausbesetzungen verteidigt. Diese Erklärung ist von der Presse anderntags veröffentlicht worden.

Siegener Hausbesetzerprozeß

Wie dem öffentlichen Druck entgehen? / Einstellung

dik.Siegen. Vor dem Landgericht Siegen hat ein Prozeß gegen 26 Angeklagte stattgefunden, denen zur Last gelegt war, zwei Häuser besetzt bzw. ein Plakat zur Unterstützung einer Hausbesetzung verklebt zu haben.

Das Siegener Stadtbild soll durch das Monstrum der sog. Hüttentalstraße zubetoniert werden. Der Widerstand gegen dieses Projekt geht quer durch alle Parteien und hat alle gesellschaftlichen Kräfte erfaßt. Verschiedene Bürgerinitiativen haben sich gegründet, die sich allesamt in der Ablehnung des Baus der Hüttentalstraße einig wissen, wenn auch aus verschiedener Betroffenheit: vom Erhalt humaner Städte bis hin zur Erhaltung des eigenen Grundstückseigentums. Das Bauprojekt ist in ersten Abschnitten angelaufen, jedoch steht weder die endgültige Konzeption mit allen Einzelheiten fest, noch herrscht Klarheit über den zeitlichen Rahmen, da die in Bürgerinitiativen zusammengeschlossenen Grundstückseigentümer die Ausschöpfung des Rechtswegs gegen die Beeinträchtigungen und Enteignungsmaßnahmen geschworen haben.

So kam es, daß gute Bausubstanz – im Eigentum des Bundes stehend – abgerissen werden sollte, obwohl an den betreffenden Stellen mit Sicherheit erst in drei Jahren oder später der Baubeginn anlaufen kann – wenn überhaupt! Und dies auf dem Hintergrund unbestrittener Wohnungsnot in Siegen, vor allem für sozial Schwache, Lehrlinge und Studenten. In dieser Situation waren die beiden Hausbesetzungen notwendig und aufgrund der allseitigen Unterstützung zum Teil erfolgreich, denn das ehemalige Hotel Klein wurde nicht mehr abgerissen, noch heute tagt dort regelmäßig der Jugoslawische Kulturverein.

Nachdem das Straßenbauamt als Bauträger Strafanzeige erstattet hatte, ermittelte die Staatsanwaltschaft und beantragte schließlich in 27 Fällen den Erlaß von Strafbefehlen wegen Hausfriedensbruchs und versuchter Nötigung, gegen eine Jugendliche erhob sie aus diesem Grund Anklage vor dem Jugendschöffengericht, weil der Erlaß von Strafbefehlen gegen Jugendliche gesetzlich ausgeschlossen ist, die Plakatierer sahen sich einer Anklage wegen Sachbeschädigung eines überklebten FDP-Plakats gegenüber. Die beantragten Strafbefehle wurden vom Amtsgericht erlassen, die Angeklagten legten Einspruch ein. Zwischenzeitlich lief in Siegen eine breite Protestwelle gegen die Strafverfahren an, die in ihren Reihen Pastoren, den Chef der Kinderklinik, eine Hotelchefin sah, die „Westfälische Rundschau" stellte schließlich fest: „Immer mehr Bürger fordern Straffreiheit für die Hausbesetzer."

In dieser Lage war für die Justiz klar, daß die Einzelverfahren mit jeweils zwei möglichen Tatsacheninstanzen zu einer wahren Prozeßflut führen würden, die bei dem wachsenden Öffentlichkeitsdruck das Gerichtsgebäude in einen permanenten Belagerungszustand versetzen würde, der letztlich im Justizapparat selbst zum Aufbrechen drastischer Widersprüche geführt hätte. Dies zu verhindern, sah sich plötzlich der Vorsitzende des Jugendschöffengerichts im vorher besprochenen Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der landgerichtlichen Jugendkammer mit der erhobenen Anklage gegen die Jugendliche überfordert und legte die Sache dem Landgericht zur Übernahme vor.

Die Jugendkammer, mit dem vorher konsultierten Vorsitzenden, verstand den prozeßwidrigen Wink und verband sofort alle Einzelverfahren zur einzig möglichen Tatsachenverhandlung vor dem Landgericht mit dem Verfahren gegen die Jugendliche. Der Prozeßordnung entsprechend erhielt sogleich jeder Angeklagte einen Pflichtverteidiger beigeordnet. So begann am 8. Oktober der Prozeß gegen die 26 Angeklagten mit 30 Verteidigern unter Anteilnahme des Regionalfernsehens, des Hörfunks und zahlreicher Pressevertreter. Angeklagte und die geschlossene Verteidigerriege verlangten sofort die Einstellung des Verfahrens. Nachdem am dritten Prozeßtag Verfahrenskosten (Kosten der bestellten Pflichtverteidiger u.a.) zu Lasten der Staatskasse in Höhe von über 40000 DM aufgelaufen waren, wurde dann das Verfahren auch gegen eine Bußzahlung eingestellt, ohne daß die Angeklagten die vom Gericht verlangte Distanzierung von Hausbesetzungen abgegeben hätten, im Gegenteil haben sie vor dem Einstellungsbeschluß nochmals in einer gemeinsamen Erklärung die Notwendigkeit der damaligen Hausbesetzungen verteidigt. Diese Erklärung ist von der Presse anderntags veröffentlicht worden.

Schwierige Lage der Studentenwerke

Was ist die richtige Reaktion gegen Essenpreiserhöhung, höhere Sozialbeiträge?

chs/jöf.Mainz. Die Studenten an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz verspüren die Auswirkungen der Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte zu Beginn dieses Semesters in der Erhöhung der Preise in den Mensen und durch die Bedrohung einer Erhöhung der Sozialbeiträge insgesamt. Die CDU-Landesregierung hat die Landeszuschüsse an die örtlichen Studentenwerke rigoros gekürzt: Die Zuschüsse sind für die Jahre 1981 – 83 auf 80% des Finanzvolumens von 1980 eingefroren worden, was bei den Haushalten der Studentenwerke erhebliche Finanzierungslücken verursacht. Die Studentenwerke erfüllen eine Reihe wichtiger gesellschaftlicher Tätigkeiten, die der Reproduktion der Studenten dienen, so u.a. die Unterhaltung der Mensen, Cafeterien und Studentenwohnheime. Die Studentenwerke sind nicht in Selbstverwaltung der Studenten, sondern stehen in allen Bundesländern per Landesgesetz unter Kuratel der Wissenschafts- bzw Kultusministerien. Die Haushaltsplanung in den Studentenwerken wird durch die Verwaltungsräte vorgenommen und beschlossen, in denen 4 Studentenvertreter, der Hochschulkanzler, 4 Vertreter der Dozenten und der Öffentlichkeit (z.B. IHK-Präsidenten) sitzen.

Spontan wurden zu Semesterbeginn an vielen Hochschulen in Rheinland-Pfalz Boykotts der Mensen über ein oder mehrere Tage durchgeführt. In den letzten Wochen hat die Landesastenkonferenz mehrere Male getagt, um über Kampfschritte zu beschließen. Auseinandersetzungen hat es darum gegeben, ob Mensaboykott das richtige Mittel gegen die Preiserhöhungen ist.

Die Mehrheit der LAK hält „Mensaboykott" nicht für treffend, weil damit allenfalls die Studentenwerke getroffen werden, die aber gar nicht der Verursacher der Erhöhungen sind, sondern die Landesregierung. Die Studentenwerke bekommen nämlich nur einen Zuschuß von 3,80 DM pro verkauftem Essen, der somit bei Boykott erst recht nicht gezahlt wird. Die Lage der Studentenwerke würde noch verzwickter, und der CDU würde mit ihren Absichten zur Privatisierung solcher Sozialleistungen in die Hände gearbeitet. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der RCDS ganz entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten an vielen Hochschulen wortradikal zum Mensaboykott aufruft. So hat die Landesregierung letztlich den Verwaltungsräten diese Erhöhung „empfohlen", nachdem sie sie über die Kürzung der Landeszuschüsse in eine ausweglose Situation gebracht hat.

Nun droht zudem eine Erhöhung der Sozialbeiträge, die die Studenten bei der Rückmeldung zum Semester zahlen müssen und aus denen sich die Studentenwerke zum Teil finanzieren. Bis auf Koblenz haben alle Verwaltungsräte eine Beschlußfassung auf Erhöhung der Sozialbeiträge abgelehnt. Am 29.10. findet in Koblenz die entscheidende Verwaltungsratssitzung statt. Die beiden Koblenzer ASten machen zur Vorbereitung eine Aktionswoche gegen die Mittelkürzungspolitik gegenüber den Studentenwerken. Beide ASten rufen zum massenhaften Besuch der Sitzung auf, damit sich auch der Koblenzer Verwaltungsrat in die Ablehnungsfront einreiht. Dann kann aber der Fall eintreten, daß die Landesregierung per Verordnung die Sozialbeitragserhöhung durchsetzt. Für diesen Fall wird von der LAK durchaus ein Zahlungsboykott in Erwägung gezogen, d.h. die Erhöhung wird von den Studenten auf ein Sperrkonto gezahlt. Diese Vorgehensweise wird aber auch von einigen ASten mit Skepsis betrachtet, da sie als Reaktion der Landesregierung eine Massenexmatrikulation befürchten.

Ursprünglich war von der LAK gegen die Angriffe auf die Studentenwerke eine landesweite Aktionswoche an allen Hochschulen geplant, die in eine zentrale Aktion beim Kultusministerium in Mainz münden sollte. Doch auf der darauffolgenden LAK-Sitzung vom 14.10. wurde von den MSB-Vertretern aus den ASten Kaiserslautern und Mainz für die Absetzung der landesweiten Aktionen plädiert, weil diese die Vorbereitung des „bundesweiten Streiks" für Anfang Dezember gefährden würden, den MSB und SHB derzeit in den vds als das entscheidende Kampfmittel gegen die Tendenzwende in der Hochschulpolitik propagieren. Nach heftigen Auseinandersetzungen ist es schließlich bei der Durchführung der zentralen Aktionswoche geblieben, deren zentrale Themenstellung gegen die Politik der Landesregierung, die Sozialleistungen der Studentenwerke zu beschneiden, aber auf der Strecke blieb, ebenso wie eine zentrale Aktion in Mainz. Bzgl. der Durchführung eines bundesweiten Streiks ist die Haltung vieler ASten unentschlossen, einige lehnen das ab. Die ASten von einigen kleineren Hochschulen, wie EWH, FH Koblenz oder FH Trier, wollen sich nur dann beteiligen, wenn an den großen Hochschulen gestreikt wird. Fraglich ist, ob sich überhaupt bundesweit Mehrheiten unter den Studenten für Vorlesungsboykott finden werden. Denn für die sich noch sehr unterschiedlich entwickelnde Bewegung unter den Studenten stellen sich die Probleme in den bereits stattfindenden Kämpfen ganz anders, als daß sie durch einen ohne konkretes Ziel geführten Streik zu lösen wären.

Schwierige Lage der Studentenwerke

Was ist die richtige Reaktion gegen Essenpreiserhöhung, höhere Sozialbeiträge?

chs/jöf.Mainz. Die Studenten an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz verspüren die Auswirkungen der Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte zu Beginn dieses Semesters in der Erhöhung der Preise in den Mensen und durch die Bedrohung einer Erhöhung der Sozialbeiträge insgesamt. Die CDU-Landesregierung hat die Landeszuschüsse an die örtlichen Studentenwerke rigoros gekürzt: Die Zuschüsse sind für die Jahre 1981 – 83 auf 80% des Finanzvolumens von 1980 eingefroren worden, was bei den Haushalten der Studentenwerke erhebliche Finanzierungslücken verursacht. Die Studentenwerke erfüllen eine Reihe wichtiger gesellschaftlicher Tätigkeiten, die der Reproduktion der Studenten dienen, so u.a. die Unterhaltung der Mensen, Cafeterien und Studentenwohnheime. Die Studentenwerke sind nicht in Selbstverwaltung der Studenten, sondern stehen in allen Bundesländern per Landesgesetz unter Kuratel der Wissenschafts- bzw Kultusministerien. Die Haushaltsplanung in den Studentenwerken wird durch die Verwaltungsräte vorgenommen und beschlossen, in denen 4 Studentenvertreter, der Hochschulkanzler, 4 Vertreter der Dozenten und der Öffentlichkeit (z.B. IHK-Präsidenten) sitzen.

Spontan wurden zu Semesterbeginn an vielen Hochschulen in Rheinland-Pfalz Boykotts der Mensen über ein oder mehrere Tage durchgeführt. In den letzten Wochen hat die Landesastenkonferenz mehrere Male getagt, um über Kampfschritte zu beschließen. Auseinandersetzungen hat es darum gegeben, ob Mensaboykott das richtige Mittel gegen die Preiserhöhungen ist.

Die Mehrheit der LAK hält „Mensaboykott" nicht für treffend, weil damit allenfalls die Studentenwerke getroffen werden, die aber gar nicht der Verursacher der Erhöhungen sind, sondern die Landesregierung. Die Studentenwerke bekommen nämlich nur einen Zuschuß von 3,80 DM pro verkauftem Essen, der somit bei Boykott erst recht nicht gezahlt wird. Die Lage der Studentenwerke würde noch verzwickter, und der CDU würde mit ihren Absichten zur Privatisierung solcher Sozialleistungen in die Hände gearbeitet. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der RCDS ganz entgegen seinen sonstigen Gepflogenheiten an vielen Hochschulen wortradikal zum Mensaboykott aufruft. So hat die Landesregierung letztlich den Verwaltungsräten diese Erhöhung „empfohlen", nachdem sie sie über die Kürzung der Landeszuschüsse in eine ausweglose Situation gebracht hat.

Nun droht zudem eine Erhöhung der Sozialbeiträge, die die Studenten bei der Rückmeldung zum Semester zahlen müssen und aus denen sich die Studentenwerke zum Teil finanzieren. Bis auf Koblenz haben alle Verwaltungsräte eine Beschlußfassung auf Erhöhung der Sozialbeiträge abgelehnt. Am 29.10. findet in Koblenz die entscheidende Verwaltungsratssitzung statt. Die beiden Koblenzer ASten machen zur Vorbereitung eine Aktionswoche gegen die Mittelkürzungspolitik gegenüber den Studentenwerken. Beide ASten rufen zum massenhaften Besuch der Sitzung auf, damit sich auch der Koblenzer Verwaltungsrat in die Ablehnungsfront einreiht. Dann kann aber der Fall eintreten, daß die Landesregierung per Verordnung die Sozialbeitragserhöhung durchsetzt. Für diesen Fall wird von der LAK durchaus ein Zahlungsboykott in Erwägung gezogen, d.h. die Erhöhung wird von den Studenten auf ein Sperrkonto gezahlt. Diese Vorgehensweise wird aber auch von einigen ASten mit Skepsis betrachtet, da sie als Reaktion der Landesregierung eine Massenexmatrikulation befürchten.

Ursprünglich war von der LAK gegen die Angriffe auf die Studentenwerke eine landesweite Aktionswoche an allen Hochschulen geplant, die in eine zentrale Aktion beim Kultusministerium in Mainz münden sollte. Doch auf der darauffolgenden LAK-Sitzung vom 14.10. wurde von den MSB-Vertretern aus den ASten Kaiserslautern und Mainz für die Absetzung der landesweiten Aktionen plädiert, weil diese die Vorbereitung des „bundesweiten Streiks" für Anfang Dezember gefährden würden, den MSB und SHB derzeit in den vds als das entscheidende Kampfmittel gegen die Tendenzwende in der Hochschulpolitik propagieren. Nach heftigen Auseinandersetzungen ist es schließlich bei der Durchführung der zentralen Aktionswoche geblieben, deren zentrale Themenstellung gegen die Politik der Landesregierung, die Sozialleistungen der Studentenwerke zu beschneiden, aber auf der Strecke blieb, ebenso wie eine zentrale Aktion in Mainz. Bzgl. der Durchführung eines bundesweiten Streiks ist die Haltung vieler ASten unentschlossen, einige lehnen das ab. Die ASten von einigen kleineren Hochschulen, wie EWH, FH Koblenz oder FH Trier, wollen sich nur dann beteiligen, wenn an den großen Hochschulen gestreikt wird. Fraglich ist, ob sich überhaupt bundesweit Mehrheiten unter den Studenten für Vorlesungsboykott finden werden. Denn für die sich noch sehr unterschiedlich entwickelnde Bewegung unter den Studenten stellen sich die Probleme in den bereits stattfindenden Kämpfen ganz anders, als daß sie durch einen ohne konkretes Ziel geführten Streik zu lösen wären.

Neue Initiativen der dänischen Friedensbewegung

bag.Aarhus. Unter der Parole „Der Norden als atomwaffenfreie Zone" hatte die dänische Gewerkschafts- und Friedensbewegung im Mai dieses Jahres einen ersten gemeinsamen Kongreß organisiert. Seitdem haben weitere Initiativen dieser Art stattgefunden. Sie sind im wesentlichen gegen beide Supermächte gerichtet, wobei jedoch führende Sozialdemokraten das weitere Bündnis mit den USA für notwendig halten und die DKP die Anlehnung an die „friedliebende" Sowjetunion propagiert. Vom 23. bis 25. September hat die größte Industriegewerkschaft, SID, zu einer Konferenz unter dem Thema „Internationale Entspannung und Frieden" aufgerufen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft sagte in seiner Rede, daß man politische Fragen von so lebenswichtiger Art nicht mehr Politikern und Experten überlassen dürfe:

„Ich bin überzeugt, daß wir mit unseren 325 000 Mitgliedern dazu beitragen können, der drohenden Entwicklung eine andere Richtung zu geben." Als Gäste waren der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky und der dänische Ministerpräsident Anker Jörgensen eingeladen. Jörgensen verurteilte sowohl die sowjetische Invasion in Afghanistan als auch die Unterstützung der reaktionären Regimes in Chile und El Salvador durch die USA. Am 11.10. berieten skandinavische Friedensforscher und Politiker in Kopenhagen alternative Verteidigungskonzepte, wobei u.a. die Einrichtung von Volksmilizen diskutiert wurde.

DDR: Kirche unterstützt „Sozialen Friedensdienst"

gek. Mit einer Reihe brisanter Probleme befassen sich gegenwärtig die Synoden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirchen in der DDR, insbesondere mit der wachsenden Zahl von Anträgen, anstelle des Wehrdienstes einen „Sozialen Friedensdienst" leisten zu können. Nach einer ersten Übersicht gibt es bisher 783 derartige Eingaben, die von 2200 weiteren Personen unterstützt werden. Die Kirchenleitung hat bereits beschlossen, dieses Anliegen erneut bei den staatlichen Behörden vorzutragen – trotz der kategorischen Warnung des DDR-Kultusministers Gysi, ein solches Beharren müsse als Konfliktfall gelten. Den Dienst als „Bausoldaten", den Gysi als „eine der fortschrittlichsten Regelungen in der Welt" bezeichnet hatte, (tatsächlich handelt es sich um regulären Militärdienst ohne Waffenausbildung), leisten momentan in der DDR nur 400 – 450 Jugendliche ab. – Auf der sächsischen Landessynode wurde in vielen Redebeiträgen das Anliegen der Wehrdienstverweigerer unterstützt und allgemein die zunehmende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens kritisiert, vor allem was den Wehrkundeunterricht in den Schulen und die vormilitärische Erziehung angeht.

Parteien in der Türkei verboten

kvz. Die türkische Militärregierung hat die Auflösung aller politischen Parteien beschlossen. Die Tätigkeit der Parteien ist seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 praktisch verboten, die meisten Parteivorsitzenden entweder verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Jetzt hat der Prozeß gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei und ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit begonnen. Er wird beschuldigt, das Ansehen der Militärregierung verunglimpft zu haben. Die Haftstrafe kann zwischen 1 und 6 Jahren ausfallen. Der Prozeß gegen den Vorsitzenden der faschistischen MHP, Türkesch, ist dagegen geplatzt. Die Richter hatten ihr Amt niedergelegt mit dem Argument, eine ordnungsgemäße Verhandlung sei nicht mehr möglich. Die Rechtsanwälte hatten ihre Verteidigungsschrift vor ihrer Verlesung vor Gericht an die Presse gegeben.

VR China greift USA wegen Dritter Welt an

kvz. Zum ersten Mal nimmt die VR China an der Nord-Süd-Konferenz teil. Wenige Tage vor Beginn der Konferenz griff ein Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua die Politik der USA gegenüber den Ländern der Dritten Welt an, Reagans „Ratschläge", sie mögen ein liberales Wirtschaftssystem einführen, um die ökonomischen Probleme zu lösen. Hsinhua schrieb, daß der Umfang der amerikanischen Entwicklungshilfe dürftig sei im Vergleich zu dem der anderen Industriestaaten. Für die VR China ist die noch fortdauernde wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den kapitalistischen Ländern der eigentliche Grund für ihre Armut und Rückständigkeit. Angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion kann die Höhe des Rüstungsetats nicht zum Maßstab für die benötigte Wirtschaftshilfe gemacht werden. Besondere Unterstützung für die Forderungen der Dritten Welt erwartet die VR China von den EG-Ländern.

Über 10 000 im Sudan verhaftet

kvz. Nach letzten Berichten hat die Zahl der Verhafteten im Sudan die 10 000 überschritten. Unter ihnen sind viele Gewerkschafter, Studenten und Bauern. In den letzten Monaten hatten sich die Streiks und Demonstrationen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage gehäuft. Von daher mutet die Begründung der sudanesischen Regierung für die Verhaftungen etwas abenteuerlich an: Alle Verhafteten stünden unter der Anklage, Agenten Gaddafis zu sein. Der Sudan hat wiederholt erklärt, daß er eine Invasion Libyens an seiner Westgrenze und vom Tschad aus befürchte. Die USA haben eine Militärhilfe von vorerst 200 Mio. $ für den Sudan beschlossen. Gemeinsame Manöver mit den USA und Ägypten sind für November beschlossen.

DDR: Kirche unterstützt „Sozialen Friedensdienst"

gek. Mit einer Reihe brisanter Probleme befassen sich gegenwärtig die Synoden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirchen in der DDR, insbesondere mit der wachsenden Zahl von Anträgen, anstelle des Wehrdienstes einen „Sozialen Friedensdienst" leisten zu können. Nach einer ersten Übersicht gibt es bisher 783 derartige Eingaben, die von 2200 weiteren Personen unterstützt werden. Die Kirchenleitung hat bereits beschlossen, dieses Anliegen erneut bei den staatlichen Behörden vorzutragen – trotz der kategorischen Warnung des DDR-Kultusministers Gysi, ein solches Beharren müsse als Konfliktfall gelten. Den Dienst als „Bausoldaten", den Gysi als „eine der fortschrittlichsten Regelungen in der Welt" bezeichnet hatte, (tatsächlich handelt es sich um regulären Militärdienst ohne Waffenausbildung), leisten momentan in der DDR nur 400 – 450 Jugendliche ab. – Auf der sächsischen Landessynode wurde in vielen Redebeiträgen das Anliegen der Wehrdienstverweigerer unterstützt und allgemein die zunehmende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens kritisiert, vor allem was den Wehrkundeunterricht in den Schulen und die vormilitärische Erziehung angeht.

Über 10 000 im Sudan verhaftet

kvz. Nach letzten Berichten hat die Zahl der Verhafteten im Sudan die 10 000 überschritten. Unter ihnen sind viele Gewerkschafter, Studenten und Bauern. In den letzten Monaten hatten sich die Streiks und Demonstrationen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage gehäuft. Von daher mutet die Begründung der sudanesischen Regierung für die Verhaftungen etwas abenteuerlich an: Alle Verhafteten stünden unter der Anklage, Agenten Gaddafis zu sein. Der Sudan hat wiederholt erklärt, daß er eine Invasion Libyens an seiner Westgrenze und vom Tschad aus befürchte. Die USA haben eine Militärhilfe von vorerst 200 Mio. $ für den Sudan beschlossen. Gemeinsame Manöver mit den USA und Ägypten sind für November beschlossen.

Die Armee als Rettungsanker der Partei?

Gegensätzliche Erwartungen an Jaruzelski als Parteivorsitzenden

Gerd Koenen

Wie und warum ist Kania gestürzt? Über das ZK-Plenum vom letzten Wochenende sind, anders als bei den letzten Sitzungen, die Informationen äußerst bruchstückhaft.

Sicher ist, daß zum erneuten Mal die Parteirechten, in Abstimmung mit den Bruderparteien, die für Kanias Sturz schon vorbereitete Erklärungen bereit liegen hatten, seinen Rücktritt gefordert haben. Insbesondere das „Aktiv" der Warschauer Parteisektion hatte öffentlich zum Vorgehen gegen die unabhängige Gewerkschaft aufgefordert und die Parteiführung der Laschheit beschuldigt.

Kania selbst war es wohl, der versucht hat, sich auf der ZK-Tagung an die Spitze dieser Strömung zu setzen. Er soll vorgeschlagen haben, für den Lauf des Herbstes und Winters ein Streikverbot, d.h. den Ausnahmezustand, zu verhängen. Weiter erklärte er in seinem Eingangsreferat, durch ihren Kongreß habe sich die „Solidarität" als Teil einer „anderen Welt" als der des Sozialismus, nämlich des Westens, dargestellt; die Partei müsse daher ihre eigenen Reihen jetzt vom Einfluß der Gewerkschaft säubern. Die 1 Mio. Doppelmitglieder müßten sich entscheiden: entweder Partei oder Gewerkschaft. Die Gewerkschaft ihrerseits müsse gezwungen werden, sich Regierung und Partei zu unterwerfen, als Bedingung für eine nationale Verständigung.

Diese Vorschläge sind offenbar auf der Sitzung von rechts wie von links unter Beschuß geraten. Ein Teil der Redner forderte die unverzügliche Verhängung des Kriegsrechts – der Warschauer Parteivorsitzende Kociolek sprach von 2 oder 3 Jahren Dauer. Das Mitglied des Politbüros und der „Solidarität" Sofia Grzyb erklärte ihren Austritt aus der Gewerkschaft und forderte ultimativ dasselbe von den anderen 40 ZK-Mitgliedern, die Mitglied sind. Eine Reihe spektakulärer Parteiausschlüsse wurde getätigt: so der Vorsitzende des Journalistenverbandes, Bratkowski, der beim Kongreß von „Solidarność" anwesend war; so das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft, der Danziger Streikführer Bogdan Lis; und so der Chefredakteur der Jugendzeitung der Partei, der ein Interview mit Jacek Kuron veröffentlicht hatte.

Aber es waren offenbar ganz unterschiedliche Motive, aus denen heraus die 108 Stimmen für den Rücktritt Kanias zustandekamen. Und ganz gegensätzliche Erwartungen dürften sich erst recht in der Stimmabgabe für die Wahl des Generals Jaruzelski zum Parteivorsitzenden ausgedrückt haben. Er wird sich wohl in absehbarer Zeit für den einen oder den andern Kurs entscheiden müssen. Die Resolution, die das ZK verabschiedete, ließ beides offen. Der Staatsrat und Sejm werden aufgefordert, sobald sich dies als notwendig erweise, den Ausnahmezustand zu verhängen (genauer gesagt, den „Kriegszustand", den die polnische Verfassung einzig vorsieht). Die Arbeiter werden aufgefordert, von allen Streiks Abstand zu nehmen, bis auf weiteres überall da, wo Rohstoffe etc. vorhanden sind, an den freien Samstagen zu arbeiten. „Diese Maßnahmen müssen von Schritten begleitet sein, die den Boykott oder genauer gesagt die Sabotage der Kohleförderung an freien Sonnabenden ausschließen."

Jaruzelski selbst erklärte in seiner Rede: „Wir haben niemals die Konfrontation gesucht ... Auch heute streben wir nicht danach. Eines ist jedoch sicher: Die Möglichkeiten für ein Zurückweichen wurden schon ausgeschöpft ... Auf diesem Weg zur Überwindung der Krise muß die Beseitiung der Spannungen und der Blockade, die die dem Sozialismus feindlichen Kräfte, die sich vor allem in vielen führenden Stellen der ‚Solidarität' befinden, der erste Schritt sein ... Wir wollen glauben, daß die angefangenen Arbeitsgespräche über Wirtschaftsthemen mit den Vertretern von ‚Solidarität' den erwarteten Nutzen bringen." Weiter kündigte Jaruzelski die Bildung eier Koalitionsregierung an, in die Vertreter der andern beiden Blockparteien sowie „katholische Laien, die auf sozialistischem Boden stehen", eintreten sollen. Diese Regierungsumbildung soll allerdings auch „außerordentliche Mittel" sein, um die ganze riesige gesellschaftliche Bewegung zurückzudrängen und zu zerschlagen. Die von Jaruzelski kommandierte Armee, die weder 1970 noch 1976 auf die Arbeiter geschossen hat, wäre dafür wohl nicht das geeignete Organ.

wie eine neue ZK-Tagung, die weitere Beschlüsse fassen soll, wurden für die nächsten Tage schon angekündigt.

Diese Pläne sind eine Absage an die von verschiedenen Seiten vorgetragenen Forderungen, eine wirklich überparteiliche, aus allen gesellschaftlichen Kräften gebildete Regierung aufzustellen; wie auch an die Forderung des Kongresses von „Solidarność", zumindest einen überparteilichen „Obersten Volkswirtschaftsrat" aus Fachleuten zu bilden, die das Vertrauen der Gesellschaft haben und konkrete Schritte zur Überwindung der Krise wie zur Reform des Wirtschaftssystems vorschlagen könnten. Das Gegenkonzept der Parteiführung, wonach sowohl die Gewerkschaft wie die Kirche sich in den Rahmen der von der Partei geführten „Nationalen Front" eingliedern sollten, hat sowohl die Gewerkschaft wie dieser Tage auch der Primas der Katholischen Kirche von Polen, Glemp, abgelehnt. Glemp wird in Kürze erneut nach Rom fahren und sich mit seinem Landsmann dort beraten, von dem im übrigen gesagt wird, daß er resolute Verhandlungen mit der sowjetischen Führung aufgenommen habe.

Das komplizierte Kräftespiel in Polen wird also weitergehen. Es müßten allerdings auch „außerordentliche Mittel" sein, um die ganze riesige gesellschaftliche Bewegung zurückzudrängen und zu zerschlagen. Die von Jaruzelski kommandierte Armee, die weder 1970 noch 1976 auf die Arbeiter geschossen hat, wäre dafür wohl nicht das geeignete Organ.

„Dummköpfe von der Staatssicherheit – Ihr fürchtet die Wahrheit über eure dunklen Machenschaften". Straßenparole in Danzig.

Auch Mubarak in tödlicher Umarmung der USA?

chm. Das Ergebnis des Referendums zur Wahl des neuen ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak war zu erwarten. Es konnte sich nur darum handeln, ob er mit 98,.. oder mit 99,99% gewählt wird. Sehr ernst werden solche Referenda, die Nasser als erster zur scheinbaren Bestätigung seiner Politik eingeführt hat, nicht. Geradezu inflationären Gebrauch davon machte Sadat. Es konnte geschehen, daß bis zu drei solcher Veranstaltungen in einem Jahr stattfanden. In Ägypten besteht, zumindest für die Männer, Wahlpflicht. Die Frauen werden ermutigt, zur Wahl zu gehen. Das führt dazu, daß knapp die Hälfte der 43 Millionen Ägypter wahlpflichtig sind. In den Wahllisten eingetragen sind 12 Mio.! Von diesen 12 Mio. sollen jetzt über 9,5 Mio. Mubarak zum Staatspräsidenten gewählt haben. Eine der Frauen, die unmittelbar vor dem Referendum nach ihrer Stimmabgabe befragt wurde, sagte im Fernsehen, sie werde für Mubarak stimmen: „Sadat hat uns (durch das Camp-David-Abkommen, d. Red.) unsere Männer und unsere Söhne wiedergegeben. Von Mubarak erwarten wir, daß er uns Brot gibt."

Zur Wahl Mubaraks hatten von der Opposition her gesehen, die Sozialistische Partei der Arbeit, mit 12 Abgeordneten im Parlament vertreten, aufgerufen. Seit Februar liegt diese „konstruktive" Opposition wie sie von Sadat klassifiziert worden ist als Begründung für ihre Zulassung, mit der Regierung in Fehde. Sie hatte sich zunehmend in die Reihen derjenigen Kräfte begeben, die das Camp-David-Abkommen ablehnen. Mehrere ihrer Mitglieder wurden Anfang September verhaftet und die Parteizeitung „al-'amal" verboten.

Die größte Sammlungsbewegung der Linken „Tagamu' – die nationale und demokratische Sammlungsbewegung", die durch Wahlfälschung die Wahlen zum letzten Parlament verloren hatte, rief in einem Flugblatt die Bevölkerung auf, mit „nein" zu stimmen. Die Führungskader der Tagamu' gehören ebenfalls zu den Opfern der Verhaftungswelle von Anfang September. Sie fordert Mubarak auf, „eine neue politische Linie auf innenpolitischer, arabischer und internationaler Ebene" einzuschlagen.

Die Reaktionen der Bevölkerung scheinen der Sozialistischen Partei der Arbeit recht zu geben. Ruhig und diszipliniert beobachtet sie Mubaraks erste Schritte – die Verhängung des Ausnahmezustandes spielt gewiß eine Rolle, aber wichtiger ist, daß Mubarak seine Zusage, Stabilität und Ruhe wiederherzustellen gegen die Moslembrüder und den mit ihnen verbundenen Organisationen wahrmacht. Die Zahl der Verhafteten soll jetzt nach mündlichen Aussagen 13 000 erreicht haben, von denen nur einige hundert linken Organisationen angehören. In seiner ersten Rede nach der Wahl zum Staatspräsidenten bekräftigte Mubarak diesen Kurs – „mit eiserner Hand werden wir gegen die zuschlagen, die mit dem Feuer spielen" und bot den nicht-religiösen opponionellen Kräften die Zusammenarbeit an. Die Probe aufs Exempel für dieses Angebot kann jedoch nur die Freilassung der linken Gefangenen sein, die einen integralen Bestandteil dieser Opposition bilden.

Wie sich die Außenpolitik Ägyptens unter einem Präsidenten Mubarak entwickeln wird, ist noch unklar. Das, was er bisher gesagt hat, kann man so und so interpretieren – wobei die Hauptseite immer noch ist, daß er an Camp-David festhalten und die „Friedenspolitik" seines Vorgängers fortsetzen will. In Nuancen kann man eventuelle Veränderungen sehen: So hat er bei seiner ersten Rede nach der Wahl alle Angriffe auf die arabischen Staaten, die PLO und die SU unterlassen – alles feste Bestandteile der Reden Sadats zumindest bis vergangenen Juni, als er die USA aufforderte, mit der PLO zu verhandeln.

Einzig handfestes Indiz für eventuelle Änderungen sind die Erklärungen des französischen Außenministers Cheyssons, daß mit Sadats Tod der Weg für eine Wiederherstellung der arabischen Einheit und eine umfassende Lösung im Nahen Osten – nach der Grablegung von Camp-David, möglich sei. Die EG überlegt sich jetzt erneut, ob es nicht an der Zeit sei, wieder eigene Initiativen dort zu entwickeln, was es Ägypten erleichtern würde, die Abhängigkeit von den USA etwas zu lockern ohne zugleich in den Schoß der SU zurückzufallen.

Ein weiteres, allerdings etwas fragwürdiges Indiz ist die Politik – oder Nichtpolitik, die die USA jetzt macht: Sie gehen offensichtlich davon aus – Kissinger sagt es auch offen – daß dieser Mubarak ein unsicherer Kantonist sei. Um so mehr lassen sie ihre Muskeln spielen: Haig beeilte sich zu erklären, daß Ägypten „unser wichtigster Alliierter im Nahen Osten" sei. Pressesprecher Dean Fischer fügte hinzu, kaum daß Reagan Haigs Äußerung dementiert hatte, daß die beiden AWACS-Flugzeuge nun auf Dauer in Ägypten stationiert würden. Gemeinsame Manöver sollen auch allenthalben durchgeführt werden. Die neue ägyptische Regierung wird es schwer haben, diesen US-Druck abzuwehren, auch deswegen weil die Klasse, die sie repräsentiert, mit den USA engverschlungene ökonomische Interessen hat.

Überschwemmungen in China

Klimatische und Bodenbedingungen machen einen ständigen Kampf gegen Wasser und Dürre notwendig

Von Jochen Noth, Beijing

Die Meldungen über die Flutwelle, die den Gelben Fluß hinunterwälzte, beherrschten noch die Schlagzeilen der chinesischen Presse, als das Fernsehen Bilder von neuen Überschwemmungen zeigte, die dieses Mal von Taifunen an der ostchinesischen Küste ausgelöst wurden. Mehrere Jahre lang hatte vor allem Nordchina unter größer Dürre gelitten. In diesem Jahr nun wird das Land von einer Serie von Hochwasserkatastrophen heimgesucht, die in diesem Jahrhundert kaum ein Vorbild hat.

Die Überflutungen in diesem Jahr

Im Juli und August treten nach sintflutartigen Regenfällen der größte Strom Asiens, der Yangtze, an seinem Oberlauf und seine Zubringer über die Ufer und setzen fast die gesamte zentrale Ebene der südwestchinesischen Provinz Sichuan mehrfach unter Wasser. Die Beijing Rundschau faßt die Auswirkungen so zusammen: „135 Städte und Kreise sowie ausgedehnte ländliche Gebiete mit 11,8 Mio. Einwohnern wurden vom Hochwasser bedroht. 53 Städte, von der Kreisebene aufwärts, mehr als 2600 Betriebe und über 830000 ha Ackerland standen unter Wasser, 920 Menschen kamen ums Leben. 1,6 Mio. Häuser stürzten ein, fast alle Eisenbahnstrecken und Landstraßen in diesem Gebiet waren zeitweilig unterbrochen und über 38000 Wasserbauprojekte wurden beschädigt. Der unmittelbare Sachschaden beläuft sich auf zwei Milliarden Yuan."

Durch umfangreiche Sicherungsmaßnahmen gelingt es, in der folgenden Zeit zu verhindern, daß die Yangtzeflut das Staudammprojekt bei Gezhouba, das größte in China überhaupt, zerstört und am Mittel- und Unterlauf weiteren Schaden anrichtet. Anfang Oktober kommt es aber wiederum in Sichuan als Folge der vorherigen Überflutungen zu Erdlawinen und Bodenbewegungen, die noch einmal 2600 ha Land verwüsten, 38000 Häuser zerstören und 240 Menschenleben fordern.

Fast gleichzeitig wird der an Sichuan nördlich angrenzende Süden der Provinz Shaanxi von Hochwasser heimgesucht, das 764 Tote fordert und 200000 Menschen obdachlos macht. 200000 ha Ackerland und 126 Fabriken stehen unter Wasser.

Nach Regen in der ganzen zweiten Hälfte des August ereignet sich dann am Oberlauf des Gelben Flusses, des zweitlängsten Flusses Chinas, ein Hochwasser, das höher ist als alle aus der Geschichte bekannten. Es gefährdet vor allem die zahlreichen großen Wasserkraftwerke und Staudammprojekte, die in den Schluchten des Oberlaufes entstanden sind. Dank des Einsatzes hunderttausender ziviler und militärischer Arbeitskräfte gelingt es aber, die Staudämme so zu festigen, daß sie den Fluten standhalten. Täler und kleinere Ebenen werden in höchster Eile abgeerntet und evakuiert und die Deichanlagen am Mittellauf und Unterlauf so gesichtert, daß sich das Hochwasser am 8. Oktober, ohne größeren Schaden anzurichten und auch nur ein Menschenleben zu fordern, in das Meer ergießen kann.

Ebenfalls Anfang September setzen starke Regenfälle in der Nordostchinesischen Provinz Heilongjiang 1,7 Mio. ha landwirtschaftliche Nutzfläche unter Wasser.

In der chinesischen Presse wurden vor allem die Siege hervorgehoben, die im Kampf gegen die Auswirkungen der Hochwasser errungen wurden. In der alten Gesellschaft hätten diese Überflutungen in der Tat Hunderttausende, wenn nicht Millionen, das Leben gekostet. Gleichzeitig wird in der Presse aber betont, daß die diesjährigen Hochwasser in Sichuan und Shaanxi in diesem Ausmaß nur eintreten konnten, weil in den dreißig Jahren seit der Befreiung Chinas die Waldbestände in den betroffenen Gebieten weitgehend vernichtet wurden. Dadurch fließen die Regenmassen schneller ab und nehmen gleichzeitig große Mengen fruchtbaren Bodens mit.

Die Verantwortung dafür wird dabei der Ausdehnung der Getreideanbaufläche um jeden Preis in den 50er und 60er Jahren gegeben. So schrumpfte z.B. im Kreis Wusheng in Sichuan, der am meisten unter dem Hochwasser zu leiden hatte, die Waldfläche von rund 10000 ha in den 50er Jahren auf heute nur 56 ha.

Diese Landgewinnungspolitik ist aber nur die (wenn auch beschleunigte) Fortsetzung einer Entwicklung, die die ganze chinesische Geschichte geprägt hat. Fortgesetzte Abholzung hat das früher weitgehend mit Wald bedeckte chinesische Festland heute fast waldlos gemacht. Dadurch wurden aber die Auswirkungen klimatischer Bedingungen verstärkt, die den chinesischen Bauern und den chinesischen Staat von Anfang an zu einem ununterbrochenen Kampf sowohl um das Wasser als auch gegen das Wasser zwangen.

Kampf um das Wasser und Kampf gegen das Wasser

Im größten Teil Chinas herrscht Monsunklima. Während des Winters wehen kalte, trockene Winde aus dem Norden und Nordwesten, im Sommer feuchte und warme Winde aus dem Süden und Südosten. Fast im ganzen Land fällt daher Regen vor allem im Sommer, allerdings in wechselnder und nach Norden und Nordwesten abnehmender Stärke. Ganz Nordchina, d.h. das Gebiet nördlich des Yangtze, leidet also dreiviertel des Jahres unter Trockenheit. 80% der jährlichen Regenmenge fallen in Beijing in der Regel in den Monaten Juni bis August. „Ungünstig für die Landwirtschaft Nordchinas wirkt sich neben den im Vergleich zum Süden geringeren Niederschlagsmengen weiterhin die nach Norden zunehmende Unbeständigkeit der Niederschläge aus, besonders im Frühsommer und am ausgeprägtesten in den Lößbergländern des Nordwestens. Und gerade dort liegen die landwirtschaftlich wertvollsten Böden." (China, hrsg. von Brunhild Staiger, Tübingen, Basel 1980, S. 6) In Guangzhou im Süden schwankt die gemessene jährliche Niederschlagsmenge zwischen 71,7 und 441 mm bei einem Durchschnitt von 267 mm, in Shanghai an der Yangtzemündung zwischen 17,8 und 492,7 mm (Durchschnitt 178 mm) und in Tianjin im Norden zwischen 0,0 und 218,4 mm, bei einem Durchschnitt von nur 61 mm.

Der Lößboden ist fruchtbar, aber nur, wenn er ausreichend bewässert wird. In den Lößgebieten, die unter anderem den Mittellauf des Gelben Flusses begleiten und die die Ursprungslande der chinesischen Kultur sind, aber auch in den meisten anderen Teilen Nordchinas, ist entwickelte Landwirtschaft nur mit Hilfe von Bewässerung möglich. Das Ausbleiben des Regens auch in den kurzen Sommermonaten führt rasch zu Dürre und Hunger, wie in den letzten beiden Jahren unter anderem in der Provinz Hebei, wo die Dürre übrigens teilweise immer noch anhält. Umgekehrt begünstigt das Fehlen einer natürlichen Vegetationsdecke in den Lößgebieten das Entstehen von Hochwasser, wenn der Sommerregen einmal zu reichlich fällt. Die Vegetationsarmut des Lößgebiets verursacht aber noch eine weitere Erscheinung, die sich vor allem für die Gebiete am Unterlauf des Gelben Flusses seit Jahrtausenden verheerend ausgewirkt hat.

In den Lößgebieten findet eine ständige, bei Niederschlägen aber natürlich gesteigerte Erosion größten Ausmaßes statt. Der Gelbe Fluß ist der Strom auf der Welt, der die größten Erdmassen mit sich führt. Er transportiert jährlich rund 1 Mrd. m³ Schwebestoffe, von denen noch ca. 600 Mio. m³ ins Meer gelangen. Vor allem die schwereren Elemente, unfruchtbarer Sand, lagern sich im langsamer fließenden Unterlauf ab, während der feine, fruchtbare Löß ins Meer geschwemmt wird. Der Fluß schüttet sich daher sein Bett auf, das dadurch ständig über seine Umgebung hinauswächst und durch hohe Deiche in seiner Bahn gehalten werden muß. Der Deichbau konnte aber in der Vergangenheit mit der Anhebung des Flußbettes nur zeitweise Schritt halten, und der Gelbe Fluß hat sich in der Zeit zwischen 602 v.u.Z bis 1949 an seinem Unterlauf mindesten 26 mal in unvorstellbaren Katastrophen einen neuen Weg zum Meer gesucht. Seine Deiche sind mindestens 1500 mal gebrochen. 1855 verlagerte er seine Mündung vom Süden in den Norden der Halbinsel Shandong. Zum letzten Mal suchte sich der Gelbe Fluß 1938 ein neues Bett, als die Guomindang die Deiche sprengte um den Vormarsch der Japaner aufzuhalten, stattdessen aber einigen hunderttausend Menschen damit das Leben nahm.

Wittvogel schreibt: „Der Rhein, der aufhören würde über Köln und Holland sich ins Meer zu ergießen, und der statt dessen durch die Flußläufe der Weser, Elbe und Oder in der Gegend der Weichselmündung in die Ostsee flösse, gäbe ein Bild von den Möglichkeiten der Flußbettverlagerung des Gelben Flusses." (Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, Leipzig 1931 (Nachdruck), S. 261) Aus dem gleichen Buch stammen die Angaben für die folgende Tabelle, die einen Eindruck davon vermitteln, wie wichtig der Kampf sowohl um das Wasser und gegen die Dürre als auch gegen das Wasser und gegen Hochwasser für den chinesischen Bauern ist.

Durchschnittliche Häufigkeit von Dürren und Überschwemmungen pro hundert Jahre in der Zeit der Qing-Dynastie (1644 – 1847, 1861 – 1900)

Provinz	Dürren	Überschw.
Henan	12,4	26,0
Hebei	26,9	43,7
Shaanxi	9,5	11,6
Shanxi	7,3	12,3
Shandong	19,0	27,7
Gansu	7,0	8,3
Zhejiang	13,9	22,7
Jiangsu	15,7	43,8
Hubei	11,2	26,2
Sichuan	0,4	2,9
Anhui	14,5	36,3
Jiangxi	13,6	21,8
Hunan	8,7	20,6
Fujian	3,7	6,5
Guangxi	2,1	1,6
Yunnan	0,8	2,5
Guizhuo	–	2,5
Guandong	0,8	7,0

(Quelle: a.a.O., S. 234, 254)

In gewissen Zeiten gab es demnach für die Bauern bestimmter Gebiete z.B. der Provinz Hebei kein Jahr, in dem nicht entweder Dürre oder Überschwemmungen herrschten.

Am Yangtze und in den meisten Teilen Südchinas mit ihrem feuchteren Klima ist die Bewässerungswirtschaft zwar nicht die Bedingung landwirtschaftlicher Tätigkeit überhaupt, wohl aber des Reisbaus, der weitaus wichtigsten Getreidekultur in diesen Gebieten. Während reichliche Regenfälle, in Künstennähe oft verstärkt durch Taifune, häufige Überschwemmungen hervorrufen, ist wenigstens die Gefahr von Dürren geringer.

Der Yangtze führt zehnmal so viel Wasser wie der Gelbe Fluß. Die normalen Schwankungen zwischen Hoch- und Niedrigwasserstand liegen in Chongqing in Sichuan bei 30 m, in den Schluchten zwischen Ober- und Mittellauf sogar zwischen 50 und 80 m und in der Ebene bei Wuhan noch bei 10 bis 15 m. Er muß also ebenfalls von gewaltigen Deichbauten von insgesamt 3200 km Länge im Zaum gehalten werden. Da aber die Vegetation an seinem Oberlauf bisher dichter war, und damit die Gefahr der Flußbetterhöhung nicht in gleichem ausmaß bestand, außerdem die Sommerhochwasser am Mittellauf von einem natürlichen Seenbecken aufgefangen werden, ist die Gefahr großer Überflutungen geringer. Allerdings kamen 1931 rund drei Millionen Menschen (!) ums Leben, als bei Wuhan die Dämme brachen. Zuletzt sind im vorigen Jahr kleinere Deichabschnitte am Mittellauf gebrochen und haben große Überschwemmungen verursacht.

Die diesjährige Flut war bei Wuhan mit 45 m um zwei Meter höher als die Flut 1931. Sie hat aber den gesamten Mittel- und Unterlauf des Yangtze passiert, ohne Schaden anzurichten.

Es ist eine nicht zu unterschätzende Leistung der Volksrepublik China, daß seit der Befreiung 1949 die großen Flußsysteme des Landes und insbesondere der Gelbe im großen und ganzen unter Kontrolle gebracht wurden. Die Deiche des Gelben Flusses, von denen man früher sagte, daß sie in drei Jahren zweimal brechen, halten heute. Durch große Pumpenanlagen werden Schwebstoffe aus dem Wasser gesaugt, die dazu dienen, die Deiche zu erhöhen und den Boden in den sandigen ehemaligen Strombetten des Gelben Flusses zu meliorieren.

Die Überschwemmungen am Oberlauf des Yangtze und in Shaanxi in diesem Jahr zeigen aber, daß heute von den Flüssen neue Gefahren drohen, weil die schützende Vegetationsdecke durch eine jetzt als „links"-radikal angesehene Politik der Ausdehnung der Weizenproduktion um jeden Preis zerstört wurde.

Trotz ihres gewaltigen Ausmaßes waren die Auswirkungen der diesjährigen Hochwasser allerdings auch in den direkt betroffenen Gebieten im Vergleich zu früheren Hochwasserkatastrophen gering. Durch umfangreiche Evakuierungsmaßnahmen gelang es, die Zahl der Todesopfer wie auch der Verluste z.B. an Maschinen zu begrenzen. Inzwischen sollen die meisten Fabriken in den Überschwemmungsgebieten ihre Produktion wieder aufgenommen haben. Auf dem Lande konnte die Reisernte durch Reinigen und Wiederaufrichten der Pflanzen zum Teil gerettet werden, zum Teil wurde neu ausgesät. Das kollektiveigene Land wurde bis zur nächsten Frühjahrsaussaat vollständig unter die Bauernfamilien aufgeteilt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die eigene Ernährung zu sichern.

ROTE ROBE

Aus dem Inhalt: **Heft 4/81**

Späth: Schaffe, schaffe, Lager baue. Rechtsschutz gegen die Internierung der Flüchtlinge

Das Millionending – BGS als Bundesgeldsammler

Baums Entwurf des neuen Asylgesetzes. Das Grundrecht auf Asyl wird rücksichtslos verteidigt, auch gegen politische Flüchtlinge

Der Fall Dr. Härdle. Ladung zum Strafantritt trotz wachsendem Protest

Bundesgerichtshof: Gewalt und Ver‚gewalt'igung ist zweierlei

Sheriffs ohne Stern. Bürgerwehr in Bremen

Vom Abfindungsgesetz zu einem Kündigungsschutzgesetz

Vom Wandel der Legitimität der Gewalt gegenüber Ländern der Dritten Welt

Diyarbakir / Türkei: Militärgerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt Serafettin Kaya – Anklage und Verteidigungsschrift

Erscheint 2monatlich. 48 Seiten, DIN A4 geheftet.
Einzelheft 5 DM
Sendler Verlag · Frankfurt

Das „Fenster der Verwundbarkeit" weiterhin offen

Zur Entscheidung Reagans über das strategische Nachrüstungsprogramm (I)

Von Dieter Wismann

Seit 1974 ist das Tempo absehbar, mit dem die sowjetische Raketenwaffe entwickelt wird. Einige Jahre früher als allgemein erwartet, lösten sowjetische Techniker die Aufgabe, die Treffsicherheit ihrer Raketen erheblich zu steigern. 1980 wurde geschätzt, daß 1985 so mit einem Schlag 85% der verbunkerten ICBM-Silos der USA geknackt werden könnten. Wie bereits vor 20 Jahren suchte man die Antowrt darin, die US-Raketen mobil und damit nahezu unauffindbar zu machen. Diesmal aber sollte es nicht nur bei Plänen bleiben. Die Minuteman war im Prinzip dafür geeignet. Da sie aber in ihren rund 20 Jahren Einsatz laufend und z.T. erheblich verbessert worden war und neueste technische Fortschritte besser in einem rundum neuen System verwirklicht werden konnten, wurde das Projekt MX entworfen. Entscheidendes Systemmerkmal war allerdings die Mobilität.

Unter verschiedenen Konzepten wurde von Carter die Vorentscheidung für die sog. „Rennbahnlösung" getroffen. Damit sollte das MX-System das Rückgrat der strategischen Atomstreitmacht der USA werden – und zugleich das größte Bauprojekt aller Zeiten: 200 in Granit gesprengte horizontale Tunnels mit einem Röhrendurchmesser von 4 Metern und einem Durchmesser von 50 km für jedes der 200 Systeme; mit 4600 MX-Unterständen, zwischen denen die Raketen in den Tunnels ständig bewegt werden, um von dort durch Aufrichtung die Erdoberfläche zu durchbrechen und dann starten zu können. Auch ohne daß eine MX zum Einsatz kommt, allein schon durch die Erdarbeiten: der bisher rücksichtsloseste Eingriff in die Natur.

In der 2. Hälfte der 70er Jahre gingen der Antrieb, die Lenkung und die Wiedereintrittsgeräte in die Erprobung. Anfang 1980 beschloß die Carter-Administration die beschleunigte Fortsetzung des MX-Programms. Im Februar wurde das gigantische Transportfahrzeug erprobt. Erfolgreich verlief auch der Test, einen horizontal beförderten Flugkörper hydraulisch aufzurichten und dabei die Erdoberfläche zu durchstoßen. Im März wurden die Herstellerfirmen bekanntgegeben und im Juli die Kosten: 35 Mrd. $. An den Tunnels gebaut wurde angeblich auch schon. 1986 sollte die MX dann in Dienst gestellt werden. Die „Rennbahnlösung" hatte sich also so gut wie durchgesetzt. Verfochten wurde sie ja auch von einer selten breiten Phalanx: von den Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte, den höchsten Militärs also, der Führung der US-Air-Force (die MX kommt unter ihr Kommando), dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber und jetzigen Außenminister Haig und einem „neutralen Wissenschaftlerteam", das in einer Studie diese MX-Version als wirkungsvollste eingeschätzt hatte.

Für den August war die Entscheidung Reagans angekündigt. Tatsächlich tagte damals der nationale Sicherheitsrat in einer Sondersitzung – ohne jedoch die angekündigte Entscheidung zu treffen, denn kurz zuvor hatte Verteidigungsminister Weinberger für eine Überraschung gesorgt. Er erklärte sich plötzlich für die luftgestützte MX. Ungläubiges Staunen in sog. Fachkreisen. Zwar war Jahre zuvor eine ausgemusterte Minuteman I von einem „Galaxy"-Transportflugzeug abgeworfen und erfolgreich gezündet worden – aber die Nachteile dieser mobilen Lösung waren nach wie vor beträchtlich. Die Luftwaffe erklärte, daß die erforderlichen Transportflugzeuge nicht rechtzeitig bereitstünden. Außerdem sei die Zielsicherheit bei dieser Methode unbefriedigend. Und schließlich die astronomischen laufenden Kosten für die ständig in der Luft patrouillierenden Einheiten! Weinberger, der monatelang auf eine zügige Entscheidung in Sachen MX gedrängt hatte, trat jetzt für die Verschiebung der Entscheidung ein.

Die Verwirrung war also schon komplett, als Reagan Ende September zugunsten der Dislozierung in den alten Titan-II-Silos entschied. In der öffentlichen Erörterung zumindest war diese Version nicht gehandelt worden. Sie fällt noch hinter das von Carter als unzureichend verworfene Alternativprojekt zurück, 100 MX in wenigstens 1000 verbunkerten senkrechten Silos zu dislozieren.

Gründe dafür wurden nicht genannt – außer daß die „Rennbahnlösung" als „Versteckspiel" abqualifiziert wurde. Allerdings waren dieser Entscheidung einige Entwicklungen vorausgegangen, die wohl nicht ohne Auswirkung geblieben sind.

So hatte Reagan ja, ähnlich wie 1960/61 Kennedy, im Wahlkampf mit einer scharfen Kritik an Carters schwächlicher Sicherheitspolitik Punkte gesammelt. Daß Reagan diese Frage ganz anders anpacken würde, gehört seitdem zum festen Bestand an Erwartungen an ihn. Carters strategische Entscheidungen womöglich noch in gestutzter Form absegnen, das wäre bereits die halbe Selbstaufgabe.

Dringlicher noch als bei den strategischen Waffen mußten die Defizite bei den konventionellen Streitkräften beseitigt werden. Reagan hatte denn auch grünes Licht für größere Stückzahlen und beschleunigte Produktion bei fast allen laufenden Rüstungsprogrammen gegeben, die noch unter Nixon und Carter beschlossen worden waren. Diese Projekte hatten den Verteidigungshaushalt bereits in Rekordhöhe getrieben. Statt der anfänglich geplanten 35 Mrd. $ kursierten aber jüngst Kostenanschläge über 70 oder gar 100 Mrd. $ für das „Rennbahn"-Projekt, also rund die Hälfte der Kosten für das von Reagan beschlossene Programm für alle strategischen Waffensysteme zusammen. Nun ist aber die Realisierungschance dieser Hochrüstung in riskanter Weise an die Reaganse Wirtschaftspolitik gekoppelt: Einen entscheidenden Punkt seines Wirtschaftsprogramms bildet die Senkung der Steuersätze um 25% bis Mitte 1983 – in der Erwartung, daß dadurch das Wirtschaftswachstum deutlich zunimmt und damit sogar noch mehr Steuern als bisher in die Staatskasse schwemmt, das Budget-Defizit abtragen hilft und die Rüstung finanziert. Daß Reagan scheitern wird, wenn nicht bald wirtschaftliches Wachstum einsetzt, ist eine weit verbreitete Auffassung in der amerikanschen Öffentlichkeit. Ebenso die Einschätzung, daß die Umstände für rasche Erfolge nicht günstig sind und – im Gegenteil – die US-Wirtschaft derzeit in der Rezession steckt.

Druck aber auch selbst von politischen Freunden. Die drohende beispiellose Umweltzerstörung durch den „Rennbahn"-Bau in den „Felsengebirgsstaaten" Utah und Nevada hatte dort die bisher größte Massenbewegung dieser Art in den USA auf den Plan gerufen. Unter ihnen die Mormonen; selbst „Falken" aus dem Regierungslager, politische und persönliche Freunde Reagans, wie der Senator Laxalt aus Nevada, sahen sich genötigt, gegen dieses Projekt ins Feld zu ziehen. Und gerade hier, in Utah und Nevada, hatte Reagan bei der Präsidentenwahl die größten Stimmenvorsprünge gegenüber Carter erzielen können.

Sollte nun aber die landgestützte Raketenstreitmacht in den USA selbst nicht deutlich verstärkt werden, prophezeit die US-Außenpolitik einen unüberwindlichen Widerstand in den europäischen NATO-Staaten gegen die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa.

Welche Kalküle auch immer den Ausschlag gegeben haben mögen, die MX-Entscheidung Reagans fällt unbestreitbar hinter Carters Entscheidung zurück. Die danach um sich greifende Kritik am ganzen Programm zielt vor allem auf das MX-Projekt.

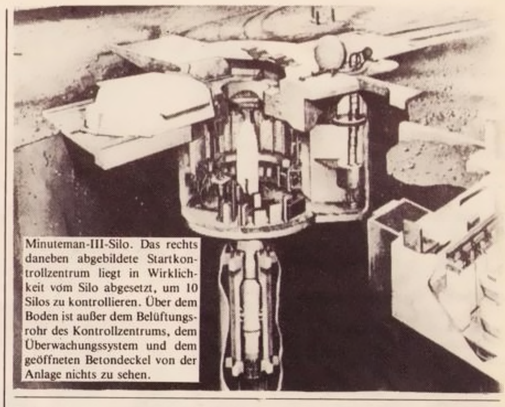
Ob sich damit Reagans Sicherheitspolitik als eine Politik der Stärke im Kontrast zu einem „schlappen Amerika" unter Carter und zur Beeindruckung der sowjetischen Führung profilieren kann, bleibt abzuwarten. Vieles spricht vorerst dagegen.

Zweifellos stellt der Flugkörper samt Sprengkopf eine nennenswerte Verbesserung gegenüber der Minuteman dar. Auch sind einige Systeme der MX technologisch fortgeschrittener als sowjetische. Aber abgesehen davon, daß ja die sowjetische Raketentechnik seit über einem halben Jahrzehnt nicht die Hände in den Schoß gelegt hat, ist zu bezweifeln, daß mit den 100 MX-Raketen allein ein Durchbruch erzielt werden konnte. Denn das Waffensystem eröffnet keine neuen strategischen Möglichkeiten. Die reduzierte MX-Lösung bestätigt vielmehr, daß der US-Imperialismus im entwaffnenden Erstschlag gegen die SU weder ein in nächster Zukunft erreichbares, noch ein überhaupt lohnendes strategisches Ziel sieht.

Aber all das war ja auch zur Mitte der 70er Jahre bereits klar und beileibe nicht der Stein des Anstoßes, der zum MX-Projekt führte. Der rasch gewachsenen Verwundbarkeit der Titan-II- und Minuteman-Silos sollte begegnet werden. Nun ist aber aus dem ehrgeizigen Carter-Programm eine Verkürzung um das Wesentliche geworden. Die Betondecken der für die MX geräumten Titan-Silos sollen eine 25%ige Verstärkung erhalten und damit einen Schutz gegenüber Punkttreffern unterhalb der Megatonnengrenze. Die sowjetischen ICBMs können aber Einfachsprengköpfe in der Größenordnung von 5 bis 25 MT befördern.

Bei allen Vorbehalten gegen eine exakte Berechnung der Verwundbarkeit, läßt sich mit einiger Sicherheit feststellen, daß der Vorteil der MX-Lösung gegenüber der bisherigen Verbunkerung in keinem Verhältnis steht zu den wachsenden Möglichkeiten, diesen zu neutralisieren und darüberhinaus den Vorsprung der sowjetischen Killerfähigkeit auszubauen. Ein Tropfen auf den heißen Stein also. Das „Fenster der Verwundbarkeit" geschlossen? Durch die Aufgabe des „Rennbahn"-Projekts wird im Gegenteil die Gefahr eines sowjetischen Erstschlags gegen die MX geradezu herausgefordert. Jeder Silotreffer zerstört 10 Sprengköpfe. Und diese noch im Silo auszuschalten, ist allemal erfolgversprechender als durch die Raketenabwehr.

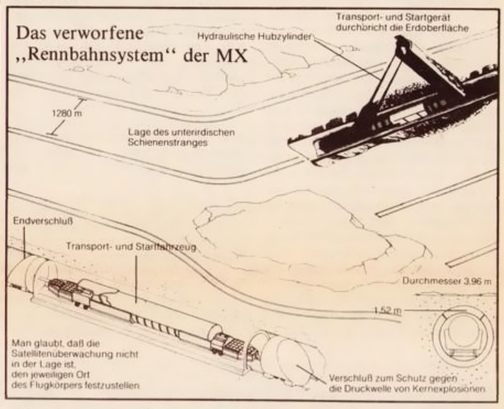
*) s. auch Kommunismus und Klassenkampf 10/81, Gerd Birke: Die strategischen Kernwaffenpotentiale der Supermächte



Minuteman-III-Silo. Das rechts daneben abgebildete Startkontrollzentrum liegt in Wirklichkeit vom Silo abgesetzt, um 10 Silos zu kontrollieren. Über dem Boden ist außer dem Belüftungsrohr des Kontrollzentrums, dem Überwachungssystem und dem geöffneten Betondeckel von der Anlage nichts zu sehen.

Trägersystem	Zahl	Zahl d. Sprengköpfe pro Einh.	SSKP (%)	Sprengkraft pro Sprengk. (MT)	Indienststellung
Titan II	54	1	20	9	1962
Minuteman II	450	1	24	1 – 2	1966
Minuteman III (a)	250	3	42	0,17	1970
Minuteman III (b)	300	3	57	0,34	ab 1980
MX	100	8 (10)	80	0,3	ab 1986

Eigenschaften der strategischen Interkontinentalraketen (ICBM) der USA.
SSKP: Single Shot Kill Probability (%), Zerstörungswahrscheinlichkeit für gehärtete Ziele (bis 4000 lb/sqin). Diese Killerfähigkeit hängt ab von der Sprengkraft der Raketen, ihrer Zielgenauigkeit und der Härtung der angegriffenen Bunker. Der angegebene Wert von 4000 lb/sqin entspricht ungefähr dem, was die Sozialimperialisten bis 1990 an Härtung ihrer Bunker erreichen können. (a) Die Zielgenauigkeit der Minuteman-III-Raketensprengköpfe ist seit 1970 laufend verbessert worden. Der in der Tabelle genannte SSKP-Wert gilt für die moderne Version und liegt höher als der in Kommunismus und Klassenkampf 10/1981 genannte Wert. (b) Minuteman-III-Raketen, die mit dem neuen Mark 12-A-Sprengkopf ausgerüstet sind.



Das verworfene „Rennbahnsystem" der MX
Transport- und Startgerät durchbricht die Erdoberfläche
Hydraulische Hubzylinder
1280 m
Lage des unterirdischen Schienenstranges
Endverschluß
Transport- und Startfahrzeug
Durchmesser 3,96 m
1,52 m
Man glaubt, daß die Satellitenüberwachung nicht in der Lage ist, den jeweiligen Ort des Flugkörpers festzustellen
Verschluß zum Schutz gegen die Druckwelle von Kernexplosionen

Die Elemente des US-Rüstungsprogramms:

Landgestützte Interkontinentalraketen (ICBMs): ab 1986 soll zunächst die Titan II durch die neue Rakete MX ersetzt werden. Diese Rakete hat einen Mehrfachsprengkopf und durch die große Treffgenauigkeit soll die „Killerfähigkeit" (Möglichkeit, gegnerische Raketenbunker zu knacken) entscheidend verbessert werden. 100 Raketen sind geplant, d.h. 800 (1000?) Sprengköpfe. Die ursprünglich geplante Dislozierung in riesigen unterirdischen Bunkersystemen oder in der Luft (Flugzeuge) wird jedoch *nicht* verwirklicht. Stattdessen werden die Raketen in den Titan-II-Bunkern, die etwas besser gehärtet werden, disloziert. 1984 will Reagan entscheiden, ob die Bunker durch ABM-Systeme (ABM: Antiballistic missile, Rakete zur Abwehr von Interkontinantalraketen) geschützt werden sollen oder wenigstens teilweise in Flugzeugen disloziert werden. Die bestehenden Minuteman werden mit neuen Sprengköpfen ausgerüstet.

Seegestützte Raketen (SLBMs): ab 1981 laufen die Boote der Ohio-Klasse vom Stapel, jedes Jahr soll dann ein neues folgen. Diese Schiffe können je 24 SLBMs vom Typ Trident I aufnehmen; ab 1989 soll die Rakete Trident II einsatzbereit sein. Die Trident I werden dann die älteren Poseidon-Raketen ersetzen. Die Trident I unterscheidet sich von der Poseidon vor allem durch die Reichweite.

Strategische Bomber: 100 der Schwenkflügelbomber B1 werden ab 1985 in Dienst gestellt; ihr Vorzug gegenüber der B52 liegt vor allem darin, daß sie high-low-high-Flugprofile (hoch-niedrig-hoch) fliegen und damit das gegnerische Radar unterlaufen können. Die Durchbruchsfähigkeit der Bomber wird ab 1981 durch die Einführung der ALCM (luftgestützte Cruise missiles), die gegenüber den vorhandenen Sram eine wesentlich größere Reichweite haben, verbessert. Der „Stealth"-Bomber, der sich dadurch auszeichnet, daß er vom Radar fast nicht geortet werden kann, wird beschleunigt entwickelt und soll in den neunziger Jahren in Dienst gehen.

Radar- und Kommandoeinrichtungen: das weltweite Radarnetz der US-Imperialisten, vor allem aber die Kommandobunker und Nachrichtenlinien der strategischen Waffen werden verbessert, erheblich erweitert und ausfallsicher ausgelegt.

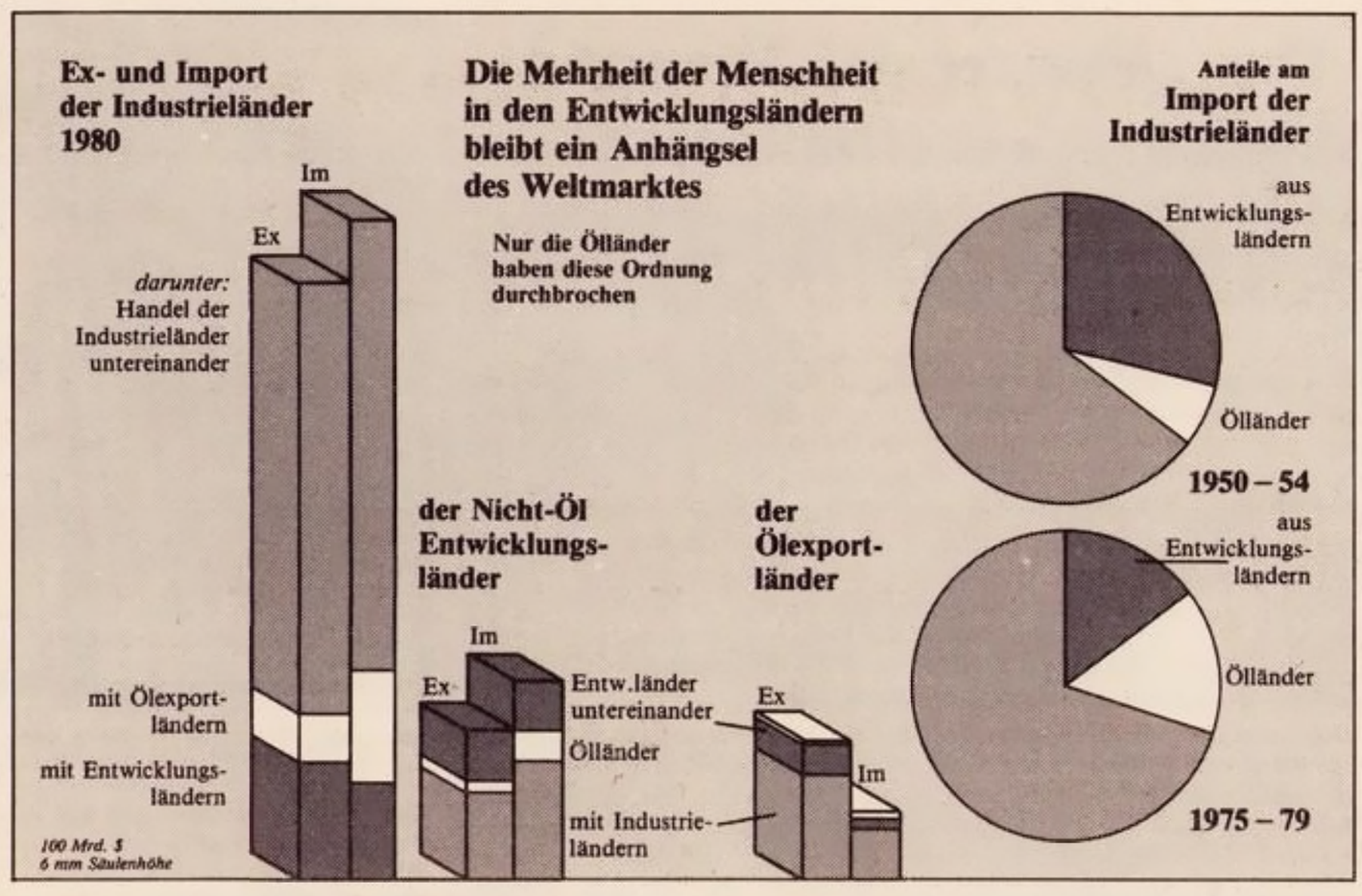
Lambsdorff doch noch ins Ziel?

frb. Wieder muß der Wirtschaftsgraf seine geschönten Konjunkturprognosen nach unten korrigieren. Seine Schätzung für das Wachstum des Sozialprodukts im kommenden Jahr liegen nunmehr zwischen 1 und 2% – also wohl bei 1%. Bis vor vier Wochen war noch von 2 bis 2,5% die Rede. Nicht daß sich die Einschätzung für 1982 geändert habe, nein, nur ist der für die zweite Hälfte dieses Jahres geweissagte Aufschwung ferngeblieben.

Die korrigierte Konjunkturprognose schlägt auf den Bundeshaushalt durch, die Planung für 1982 muß geändert werden. Erstens werden die *Steuereinnahmen niedriger* als bisher angenommen ausfallen. Matthöfer wie Lambsdorff haben übereinstimmend erklärt, daß diese Steuerausfälle durch Erhöhung der Kreditaufnahme ausgeglichen werden sollen.

Anders die *Mehrausgaben*, die auf 3 Mrd. DM über der bisherigen Haushaltsplanung geschätzt werden. Obwohl ein erheblicher Anteil hiervon auf weitere Subventionen an die Stahlkonzerne entfällt, hält der Wirtschaftsminister an seiner bekannten Linie fest: „Eine zusätzliche Belastung der Unternehmen wird dabei unter keinen Umständen stattfinden dürfen." Zusätzliche Belastung also bei denen, die ihr Geld durch eigene Arbeit verdienen.

Zwei der geschätzten drei Milliarden Mehrausgaben sollen durch höhere Arbeitslosenzahlen fällig werden. Im Haushaltsentwurf wurde mit 1,4 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt gerechnet, jetzt verlautet amtlich, selbst 1,5 Millionen sei noch zu niedrig geschätzt. Lambsdorff: Hinsichtlich der Positionen, wo jetzt der Rotstift angesetzt werden müsse, habe sich die Meinung der Freidemokraten nicht verändert. Also wird nun noch mehr in die ohnehin am wenigsten gefüllten Taschen der Arbeitslosen gegriffen. Als Vorschlag steht bereits die Zahlung der Rentenbeiträge für Arbeitslose nur entsprechend dem Arbeitslosengeld, nicht mehr entsprechend dem vorigen Lohn. Dies bringt später eine niedrigere Renten. Jetzt würde es den Bonner Finanzmaklern mit 4,5 Mrd. aus der Patsche helfen – die allerdings zu Lasten der Rücklagen der Rentenversicherung gingen. Der Raubzug wird fortgesetzt werden.



Die Entwicklungsländer haben am Weltmarkt weiterhin das Nachsehen. Die Industrieländer leben zwar von den Rohstofflieferungen, mengenmäßig ist ihr Handel mit den Entwicklungsländern aber von untergeordneter Bedeutung im Rahmen ihres Gesamthandels. Dagegen ist der Handel des „Südens" weiterhin eindeutig auf den „Norden" ausgerichtet. Ein weit größerer Anteil des Handels der Entwicklungsländer geschieht mit Industrieländern als mit anderen Entwicklungsländern. (Quelle: IMF-Survey v. 23.2. und 3.8.1981; Industrieländer ohne UdSSR, Entwicklungsländer ohne China; Importe jeweils einschließlich Frachtkosten cif.)

Die Exporterfolge der westdeutschen Industrie werden nicht auf die Konjunktur insgesamt überspringen. Diese Auffassung vertritt der dem DGB nahestehende Professor Glastetter. Er hält zwei Millionen Arbeitslose für möglich. – **Die westdeutsche Hochseeflotte liegt immer noch fest.** Nach dem Kompromiß in der EG hat nun Kanada neue Verhandlungen über den von der EG bisher nicht unterzeichneten Vertrag über die Nutzung seiner Fanggründe gefordert. Vor allem westdeutsche Fangfabrikschiffe, denen das EG-Meer viel zu eng ist, wollen vor Kanadas Küste auf Fang gehen. Im November beginnt dort die zweimonatige Saison. – **Die EG-Kommission scheint beim Welttextilabkommen nun eher zu einem Kompromiß bereit.** Wie einer ihrer Generaldirektoren ausführte, wird sie doch einer Verlängerung des bisherigen Abkommens zustimmen. Ihre von der Dritten Welt kritisierten Forderungen will sie in zweiseitigen Verträgen durchsetzen. – **China hat erstmals seit langem wieder den Startschuß für einige Großprojekte gegeben.** Darunter befindet sich die Anlage einer riesigen Kohlengrube im Nordwesten und die Erneuerung eines Automobilwerkes bei Shanghai durch VW. Auch an der ersten Baustufe des Stahlwerks von Baoshan wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Regierungsvertreter erklärten, die Einschränkungen bei der Schwerindustrie seien übertrieben gewesen. Der Volkskongreß wird demnächst erneut über den Fünfjahrplan beraten. – **Das neue Zinnabkommen wird von den USA boykottiert.** Die restlichen Länder – Produzenten und Verbraucher – haben sich in Kuala Lumpur auf eine Preiserhöhung von 6,9% geeinigt. Die Produzenten hatten 12,5% gefordert. – **Der US-Senat** hat neue Hürden für ausländische Investitionen in den USA beschlossen. Das Gesetz richtet sich in erster Linie gegen einige kanadische Firmenkäufe in USA. Kanadas Regierung hatte versucht, den Zufluß von Auslandskapital einzudämmen. 40% der kanadischen Industrie ist in US-Besitz. – **Die 3. Fortschreibung des Energieprogramms** will die Bundesregierung am 4.11. verabschieden. Auszüge der Vorlage wurden im „Blick durch die Wirtschaft" vom 16.10. veröffentlicht. – **In den USA mehren sich die Zeichen einer neuen Krise.** In den beiden letzten Monaten ist die industrielle Produktion zurückgegangen. Im September war der Rückgang nicht mehr auf die Automobil- und Bau-Industrie beschränkt. – **Der westdeutsche Anteil am OPEC-Markt** ist von 1976 bis 1980 von 12,7% auf 10,2% gesunken. Nur in Libyen erhöhte sich der Marktanteil. Insgesamt zugelegt haben Frankreich, Großbritannien sowie vor allem Japan.

Die Woche im Rückblick

Doch Erpresserbedingungen des IWF an Indien

kvz. Den bisher gehandelten angeblich laxen Bedingungen für einen Großkredit des Währungsfonds an Indien widerspricht ein Dokument, das jetzt unter den Exekutivdirektoren des Fonds zirkuliert. Auszüge wurden von der „Financial Times" verbreitet. Das Blatt schreibt, Indien habe nicht nur einer entscheidenden Änderung seiner Politik, sondern auch engen Konsultationen für drei Jahre zugestimmt. Jede bedeutendere Amtshandlung muß danach zuerst vom IWF abgesegnet werden. Die erzwungenen Änderungen betreffen vor allem die Regelungen zur Kontrolle privater Unternehmen. Davon sollen auch ausländische Investoren profitieren. Die Beschränkung ausländischer Kapitalanteile auf 40% wird gelockert, der Gewinntransfer erleichtert.

Rascher Anstieg der Auslandsinvestitionen der BRD

gkr. Von Ende 1976 bis Ende 1979 sind die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland von 43,1 Mrd. DM auf 60,4 Mrd. DM gestiegen, also um etwa 40%. Auch 1980 und 1981 dürfte diese rasche Steigerung anhalten. Dies geht aus einer Untersuchung, veröffentlicht in dem Oktoberheft der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, hervor. Im Gegensatz dazu stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD in denselben drei Jahren nur um etwa 10% auf 70,3 Mrd. DM. Werden die unmittelbaren und mittelbaren Investitionen zusammengefaßt, so besitzen westdeutsche Unternehmen mittlerweile 69,1 Mrd. DM im Ausland. Mit 11,06 Mrd. DM liegt der größte Anteil in den USA. Gerade dorthin war auch die Steigerung der Direktinvestitionen am stärksten, innerhalb des Jahres 1979 um 33%. Diese Steigerung übertraf noch deutlich die Zunahme von 26% der insgesamt in den USA getätigten Auslandsinvestitionen. – Gegenüber den Investoren des Auslandes in der BRD müssen die BRD-Kapitalisten aber einen deutlichen Nachteil feststellen: Während die Auslandsinvestitionen in der BRD 1979 zu mehr als ⅔ durch reinvestierte Gewinne finanziert wurden, betrugen die reinvestierten Gewinne bundesdeutscher Kapitalisten nur 1 Mrd. DM, ein Achtel der Zunahme der Direktinvestitionen.

Kommunen klagen über 2 Mrd. DM Mehrbelastungen durch Haushaltsbeschlüsse

Sinkender Steueranteil bei wachsenden Aufgaben der Kommunen

Mehrausgaben sollen durch höhere Arbeitslosenzahlen fällig werden. Im Haushaltsentwurf wurde mit 1,4 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt gerechnet, jetzt verlautet amtlich, selbst 1,5 Millionen sei noch zu niedrig geschätzt. Lambsdorff: Hinsichtlich der Positionen, wo jetzt der Rotstift angesetzt werden müsse, habe sich die Meinung der Freidemokraten nicht verändert. Also wird nun noch mehr in die ohnehin am wenigsten gefüllten Taschen der Arbeitslosen gegriffen. Als Vorschlag steht bereits die Zahlung der Rentenbeiträge für Arbeitslose nur entsprechend dem Arbeitslosengeld, nicht mehr entsprechend dem vorigen Lohn. Dies bringt später eine niedrigere Renten. Jetzt würde es den Bonner Finanzmaklern mit 4,5 Mrd. aus der Patsche helfen – die allerdings zu Lasten der Rücklagen der Rentenversicherung gingen. Der Raubzug wird fortgesetzt werden.

Die Exporterfolge der westdeutschen Industrie werden nicht auf die Konjunktur insgesamt überspringen. Diese Auffassung vertritt der dem DGB nahestehende Professor Glastetter. Er hält zwei Millionen Arbeitslose für möglich. – **Die westdeutsche Hochseeflotte liegt immer noch fest.** Nach dem Kompromiß in der EG hat nun Kanada neue Verhandlungen über den von der EG bisher nicht unterzeichneten Vertrag über die Nutzung seiner Fanggründe gefordert. Vor allem westdeutsche Fangfabrikschiffe, denen das EG-Meer viel zu eng ist, wollen vor Kanadas Küste auf Fang gehen. Im November beginnt dort die zweimonatige Saison. – **Die EG-Kommission scheint beim Welttextilabkommen nun eher zu einem Kompromiß bereit.** Wie einer ihrer Generaldirektoren ausführte, wird sie doch einer Verlängerung des bisherigen Abkommens zustimmen. Ihre von der Dritten Welt kritisierten Forderungen will sie in zweiseitigen Verträgen durchsetzen. – **China hat erstmals seit langem wieder den Startschuß für einige Großprojekte gegeben.** Darunter befindet sich die Anlage einer riesigen Kohlengrube im Nordwesten und die Erneuerung eines Automobilwerkes bei Shanghai durch VW. Auch an der ersten Baustufe des Stahlwerks von Baoshan wurde die Arbeit wieder auf-

Die Woche im Rückblick

genommen. Regierungsvertreter erklärten, die Einschränkungen bei der Schwerindustrie seien übertrieben gewesen. Der Volkskongreß wird demnächst erneut über den Fünfjahrplan beraten. – **Das neue Zinnabkommen wird von den USA boykottiert.** Die restlichen Länder – Produzenten und Verbraucher – haben sich in Kuala Lumpur auf eine Preiserhöhung von 6,9% geeinigt. Die Produzenten hatten 12,5% gefordert. – **Der US-Senat** hat neue Hürden für ausländische Investitionen in den USA beschlossen. Das Gesetz richtet sich in erster Linie gegen einige kanadische Firmenkäufe in USA. Kanadas Regierung hatte versucht, den Zufluß von Auslandskapital einzudämmen. 40% der kanadischen Industrie ist in US-Besitz. – **Die 3. Fortschreibung des Energieprogramms** will die Bundesregierung am 4.11. verabschieden. Auszüge der Vorlage wurden im „Blick durch die Wirtschaft" vom 16.10. veröffentlicht. – **In den USA mehren sich die Zeichen einer neuen Krise.** In den beiden letzten Monaten ist die industrielle Produktion zurückgegangen. Im September war der Rückgang nicht mehr auf die Automobil- und Bau-Industrie beschränkt. – **Der westdeutsche Anteil am OPEC-Markt** ist von 1976 bis 1980 von 12,7% auf 10,2% gesunken. Nur in Libyen erhöhte sich der Marktanteil. Insgesamt zugelegt haben Frankreich, Großbritannien sowie vor allem Japan.

Im Gegensatz dazu stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD in denselben drei Jahren nur um etwa 10% auf 70,3 Mrd. DM. Werden die unmittelbaren und mittelbaren Investitionen zusammengefaßt, so besitzen westdeutsche Unternehmen mittlerweile 69,1 Mrd. DM im Ausland. Mit 11,06 Mrd. DM liegt der größte Anteil in den USA. Gerade dorthin war auch die Steigerung der Direktinvestitionen am stärksten, innerhalb des Jahres 1979 um 33%. Diese Steigerung übertraf noch deutlich die Zunahme von 26% der insgesamt in den USA getätigten Auslandsinvestitionen. – Gegenüber den Investoren des Auslandes in der BRD müssen die BRD-Kapitalisten aber einen deutlichen Nachteil feststellen: Während die Auslandsinvestitionen in der BRD 1979 zu mehr als ⅔ durch reinvestierte Gewinne finanziert wurden, betrugen die reinvestierten Gewinne bundesdeutscher Kapitalisten nur 1 Mrd. DM, ein Achtel der Zunahme der Direktinvestitionen.

Kommunen klagen über 2 Mrd. DM Mehrbelastungen durch Haushaltsbeschlüsse

Sinkender Steueranteil bei wachsenden Aufgaben der Kommunen

rik. Düsseldorf. Anfang des Monats haben die Spitzenverbände der Städte, Gemeinden und Landkreise mit einer gemeinsamen Erklärung die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung kritisiert. Unter dem Motto „Sparen ja, Verschieben nein!" protestierten sie dagegen, daß die notwendigen Sparmaßnahmen auf den Rücken der kommunalen Verwaltung abgewälzt würden; es geht ihnen um gerechte Verteilung der Lasten. Diese Kritik ist nicht neu, man hört sie jedes Jahr von neuem. Heißt das aber auch, daß man sich nicht weiter um diese Rangelei kümmern soll?

Die Zahlen, die von den Spitzenverbänden vorgelegt wurden, beruhen auf Schätzungen über die Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung – die ja noch nicht endgültig beschlossen sind –; man mag sie im einzelnen für übertrieben halten, das ändert jedoch nichts daran, daß die Städte, Kreise und Gemeinden in den kommenden Jahren noch erheblich mehr als bisher in ihrem selbständigen Handlungsspielraum eingeschränkt sein werden. Im einzelnen rechnen die kommunalen Verbände damit, daß per Saldo ihre Steuereinnahmen, nur aufgrund der Abschreibungsverbesserungen 1985, um 500 Mio. DM unter den jetzigen liegen. Dies in einer Lage, wo wegen der wirtschaftlichen Krise die Steuereinnahmen eh fallen. Ferner werden sich die Zuweisungen der Länder an die kommunalen Haushalte im kommenden Jahr erheblich reduzieren, wahrscheinlich um rund 2 Mrd. DM. Auf der Ausgabenseite rechnen die Verbände mit Mehrbelastungen von über 2 Mrd. DM durch den neuen Bundeshaushalt; davon 1 Mrd. bei der Sozialhilfe und mehr als 1 Mrd. DM bei den Betriebskosten der kommunalen Krankenhäuser. Alles in allem würden die kommunalen Haushalte im kommenden Jahr durch Mindereinnahmen und Mehrausgaben also mit mehr als 4 Mrd. DM belastet.

Allein die Sozialhilfeleistungen, die aus dem kommunalen Haushalt gezahlt werden müssen, haben sich im letzten Jahrzehnt fast verdreifacht und werden 1981 rund 15 Mrd. DM betragen. Damit sind sie schneller als die gesamten Haushaltsausgaben gestiegen. Die Spitzenverbände erklären diese Steigerung hauptsächlich aus den relativ hohen Sozialhilfesätzen, die in Einzelfällen sogar höher als ein Facharbeiterlohn lägen. „Die kommunalen Spitzenverbände halten es darüber hinaus für geboten, auch die in den zurückliegenden Jahren vom Gesetzgeber ständig verbesserten Sozialhilfeleistungen kritisch zu überprüfen, um die Sozialhilfe als *unterstes Netz der sozialen Sicherheit* leistungsfähig zu erhalten und den wirklich Bedürftigen die erforderliche Hilfe gewähren zu können." Dies müßte zu Opfern auch bei den Sozialhilfeempfängern führen, zumal ja von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ebenfalls solche Opfer verlangt würden. Die Sozialhilfe ist einer jener Bereiche, in denen die Kommunen bloß zahlen können, während die Leistungsgesetze und die jeweilige Höhe der Sozialhilfesätze ausschließlich von Bund und Ländern beschlossen werden. Das macht zwar den Standpunkt der Spitzenverbände in dieser Frage nicht besser, macht aber die Bedingungen deutlich, unter denen sie agieren.

Ähnliches gilt für das Asylrecht; hier wird Verweigerung der Arbeitserlaubnis für den Zeitraum von zwei Jahren ebenfalls zu erheblich höheren Sozialhilfeausgaben der Kommunen führen. Diese reagieren darauf mit der Aufforderung nach weiter Unterhöhlung des Asylrechts durch Verkürzung des Instanzenweges und Beschneidung der Rechte der Asylanten.

Eine wesentlich größere Wirkung auf die Höhe der Sozialhilfezahlungen dürfte indes die Arbeitslosigkeit und die Gesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung haben. Von rund 200000 auf über 1,2 Mio. ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den letzten zehn Jahren gestiegen. Mit ihr auch die Zahl derer, die überhaupt nicht registriert sind, aber Arbeit suchen. Alle zusammen genommen, kann man von mindestens 2,1 Mio. ausgehen. Von diesen erhalten rund 600000 Arbeitslosengeld. Der Rest, diejenigen, die noch Arbeitslosenhilfe erhalten, und die anderen, sind zum größten Teil von Sozialhilfe und Wohngeld abhängig. Durch die Unterhöhlung der Arbeitslosenversicherung mag zwar die Kasse der Bundesanstalt und des Bundes zum Teil saniert worden sein, dies aber zu Lasten der Arbeitslosen selber und auch zu Lasten der kommunalen Haushalte, die jetzt einen Teil der Versicherungsleistungen in Form von Sozialhilfe zu zahlen haben. Durch die geplanten Leistungsstreichungen der Arbeitslosenversicherung wird diese Verschiebung von Ausgaben auf die Kommunen fortgesetzt, ohne daß diese dafür einen finanziellen Ausgleich erhalten. Durch die Reduzierung des Empfängerkreises von Arbeitslosenhilfe, die Verlängerung der Sperrfristen beim Arbeitslosengeld, die Verschärfung der Folgen bei Meldeversäumnissen, durch die Kürzung von Unterhalts- und Übergangsgeld und schließlich durch Streichungen bei der Förderung von Behinderten in Werkstätten kommen erhebliche Belastungen auf die Haushalte der Gemeinden zu.

Belastungen in ähnlicher Höhe werden sich auch aus den Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen ergeben.

Die kommunalen Spitzenverbände haben auf diese Maßnahmen mit der Ankündigung weiterer Leistungsstreichungen reagiert: Insbesondere die freiwilligen Leistungen sollen drastisch gekürzt werden; Bäder, Büchereien und Kindergärten sollen, wenn irgend möglich, geschlossen werden, jedenfalls sollen Öffnungszeiten gekürzt werden.

Die Stadtverwaltung Düsseldorf will die Temperaturen in den Schulen senken, um Heizkosten zu sparen; die Gebühren für einen Kindergartenplatz sollen von 20 auf 40 DM verdoppelt werden. Um bis zu 50% sollen im Sozialbereich die Ansätze gekürzt werden. Wenn man dazu noch die Auswirkungen der Sparmaßnahmen der nordrhein-westfälischen Landesregierung nimmt, dann wird der Umfang dieser sozialen Demontage erst deutlich: Alle Oberschüler sollen keine Fahrkostenerstattung mehr erhalten. Die Eltern der jüngeren Schüler sollen für das erste und zweite Kind 20 DM Elternanteil an den Fahrtkosten tragen.

Um auf die anfangs gestellte Frage zurückzukommen, ob man sich um diese Rangeleien zwischen Bund und Kommunen kümmern solle, ist es nützlich, sich einige Tendenzen aus den letzten Jahren anzusehen: Während die Städte und Gemeinden heute ⅓ aller öffentlichen Investitionen durchführen, während sie Träger solcher wichtigen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Nahverkehr- und Energieversorgungsunternehmen, Krankenhäusern sind, steht ihnen ein – wenn auch langsam – sinkender Anteil an dem gesamten Steueraufkommen zur Verfügung. 1981 beträgt dieser Anteil schätzungswesie 13,6%, während Bundesregierung und Landesregierungen mit 48,7 bzw. 34,8% beteiligt sind. Der Gemeindeanteil lag in den letzten Jahren bis auf 1979 immer höher. Dieser Anteil droht in den kommenden Jahren noch weiter zu sinken: 1. weil, wie etwa die Landesregierung NRW dies tut, der Gemeindeanteil am Steuerverbund gesenkt werden soll, 2. weil ab 1984 der Spitzenausgleich für die Städte, die bis 1980 Lohnsummensteuer erhoben haben, wegfällt und dafür kein Ausgleich in Sicht ist. Die Kommunen versuchen, sich schadlos zu halten durch Anhebung der Gebührensätze, wozu sie auch etwa durch das Gemeindefinanzierungsgesetz NRW verpflichtet sind – da heißt es sogar, daß zunächst alle Möglichkeiten der Gebührenerhöhungen ausgeschöpft werden müssen, bevor an Steuererhöhungen gedacht werden kann. Tatsächlich liegen auch die Steigerungsraten bei den Gebühren in den letzten Jahren erheblich über denen der übrigen Einnahmequellen. Im laufenden Jahr bei durchschnittlich 8,9%. Die einzige bedeutende Steuer, über deren Hebesatz die Gemeinde entscheiden kann, die Gewerbesteuer, bietet mittlerweile mit einem Anteil von rund 10% an allen Gemeindeeinnahmen auch nicht mehr die Möglichkeit, die Gemeindehaushalte zu finanzieren und zu entschulden, auch wenn die Verwaltungen dies so wollten. Folglich werden alle Kämpfe gegen die soziale Demontage auf Ebene der Stadt die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden von Bund und Land und ihre Verschuldung und damit ihre Abhängigkeit von den Banken eher verstärken, wenn es nicht gelingt, verbunden mit diesen Kämpfen auch um einen zumindest höheren Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen einzutreten.

Bloß ein Besitzwechsel wäre zu wenig

Ob Frankreichs Verstaatlichungen den Arbeitern mehr Macht bringen, ist noch ganz offen
35 Mrd. Francs zahlt die Regierung für den Aufkauf

Von Friedemann Bleicher

Die Verstaatlichungen gehören ganz sicherlich zu den einschneidendsten Maßnahmen der Sozialistischen Regierung in Frankreich. Auch hierzulande sind damit Hoffnungen verknüpft, jedenfalls unter Arbeitern. Man erwartet Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und mehr Rechte für die Arbeiter. Ob diese Hoffnungen erfüllt werden, muß bezweifelt werden. Aber auch die teils schroffe Kritik von linker Seite ist in falscher Weise einseitig. So schillernd die Einschätzungen bislang sind, so schillernd ist die Maßnahme selbst.

Banken und Stützpfeiler der Industrie in Staatsbesitz

Nationalisiert werden alle Banken mit mehr als 1 Mrd. FF Einlagen, ausgenommen aber bleiben die Tochtergesellschaften ausländischer Banken. Bislang bereits waren die drei größten Banken, die Banque Nationale de Paris, Crédit Lyonnais und Société Générale in Staatsbesitz, ohne daß sich ihre Tätigkeit deshalb von anderen Banken unterschieden hätte.

Die Banken sind an der Mehrwertauspressung nicht unmittelbar beteiligt. Ihr Profit ist ein Teil des bereits produzierten Mehrwerts, in den sie sich mit ihren industriellen Gläubigern teilen. Einerseits also bleibt das Fabrikgeschehen von Umwälzungen im Banksektor unbeeinflußt, läßt jedenfalls die Ausbeutung des Lohnarbeiters durch das Kapital unberührt. Andererseits haben die Banken erhebliche Macht über die Produktion und Gesellschaft. Bei ihnen konzentriert sich alles Leihkapital, und damit die Macht des Geldes; sie teilen das Kapital auf, das die Produktion beständig ausschwitzt, an Industriezweige, an Regionen oder einzelne Unternehmen. Auch ein großer Teil aller Zahlungen läuft über ihre Konten. In der BRD etwa erreichen die bargeldlosen Zahlungen durch die Banken mehr als das 7fache des Bruttosozialprodukts. Sie sind längst die Buchhalter der Nation geworden.

Ein nationalisierter Bankensektor kann tief in die Wirtschaft und in die Anarchie der einzeln entscheidenden Unternehmen und Kapitalisten eingreifen, ohne die Grundlage des Kapitalismus selbst schon zu sprengen. Allerdings bleibt die entscheidende Frage, wer über diese neue Macht verfügt.

Frankreichs Premierminister Mauroy jedenfalls hat den Patrons versichert: „Das Bankwesen wird pluralistisch bleiben. Es geht uns nicht darum, ein Kreditmonopol zu errichten. Jeder Unternehmer bleibt frei in der Wahl seines Bankiers." Letzteres, zumal ja ausländische Filialen unberührt bleiben und auch Geld-Anlage oder -Entleihung im Ausland weitgehend frei bleibt. Schlupflöcher bleiben also genug, die auch die nationalisierten Banken unter ständigem Druck halten.

Zusammen mit der Bankennationalisierung soll die Enteignung von fünf entscheidenden Industriegruppen der sozialistischen Wirtschaftspolitik den Weg freimachen. „Es wäre rundweg unsinnig, zu regieren und den Feind Nummer eins des Sozialismus, das Großkapital, an den Schalthebeln unserer Gesellschaft sitzen zu lassen", schrieb Mitterrand in seinem 1980 erschienenen Buch. Wichtig sei, daß das Eigentum in andere Hände kommt.

Ab 1. Januar sollen in Staatseigentum übergehen:

- St. Gobain, dem Umsatz nach fünftgrößter Industriekonzern, 160000 Beschäftigte. Haupttätigkeit Flachglas, Verpackungen, Baumaterial, Röhren.
- Compagnie Générale d'Electricité (CGE), sechstgrößter Umsatz, 150000 Beschäftigte. Hauptbereiche: Elektrobau, Fernmeldewesen.
- Pechiney Ugine Kuhlmann (PUK), an 7. Stelle der Rangliste, 90000 Beschäftigte. Hauptbereiche: Aluminium, NE-Metalle, Chemie.
- Thomson-Brandt, an 8. Stelle der Umsatzliste, 126000 Beschäftigte. Hauptbereiche: Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte.
- Rhône Poulenc, 10. Stelle der Rangliste, 197000 Beschäftigte. Tätig in Chemie und Textil.

Von diesen fünf Gruppen werden allerdings nur die Muttergesellschaften verstaatlicht, dies, obwohl gerade in den letzten Jahren die Tätigkeiten der Tochtergesellschaften erheblich erweitert wurden.

Vollendet wurde auch die Verstaatlichung der beiden großen Stahlkonzerne, die schon unter Giscard eingeleitet worden war. Marcel Dassault soll dem Staat, der zuvor schon 20% an seinem Flugzeugkonzern hielt, weitere 26% „geschenkt" haben, wodurch die angestrebte Mehrheitsbeteiligung fast erreicht wäre. Mit dem Mischkonzern Matra wird wegen der Mehrheitsbeteiligung am Rüstungsbereich verhandelt.

Das Ergebnis bleibt offen

Zweierlei ist es, was vor allem kritisiert wird. Erstens die fehlende wirtschaftspolitische Strategie, in die sich die Politik der einzelnen Unternehmen einordnen und der sie zu folgen hätte. Zweitens die fortdauernde Rechtlosigkeit der Arbeiter.

In Artikel 7 des Gesetzentwurfes heißt es: „Die Mandate der Präsidenten der Verwaltungsräte, der Aufsichtsräte, der Generaldirektoren, der alleinigen Generaldirektoren, der Mitglieder der Vorstände oder der Aufsichtsräte der betroffenen Gesellschaften enden am Tage der Verkündigung dieses Gesetzes." Rund tausend Kapitalmanager werden ihren Posten an von der Regierung ernannte Personen verlieren, und die „Frankfurter Allgemeine" erschaudert: „Frankreich köpft damit buchstäblich die Führungsspitze der französischen Wirtschaft." Andere, auch in der Bourgeoisie, gehen eher davon aus, daß sich durch den Wechsel der Personen nicht viel ändern wird. Immerhin werden bereits jetzt 10% des Sozialprodukts unter Staatsregie erwirtschaftet, künftig etwa 16%.

Die Kompetenz der neuen Verwaltungsräte ist im Gesetz nicht näher umschrieben. Sie werden sich aus 7 Vertretern des Staates, 6 Vertretern der Belegschaft und 5 „kompetenten Persönlichkeiten" zusammensetzen. Über die teilweise von den Gewerkschaften geforderte „Mitbestimmung" wird erst ein Sondergesetz im kommenden Jahr befinden.

Auch hier hat sich die Regierung beeilt, die volle Handlungsfreiheit der Generaldirektoren zu garantieren. Ausdrücklich erwähnte Ziele sind die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine neue Industriepolitik (wobei kein Mensch weiß, wie diese aussieht) und (aufgepaßt!) die Festigung der Position Frankreichs im internationalen Wettbewerb. Mauroy sicherte gar in seiner Regierungserklärung zu, die unternehmerische Autonomie werde nicht durch „die neuen Rechte der Belegschaften" beeinträchtigt werden.

Verständlich also, daß der Generalsekretär der CFDT, Maire, das Verstaatlichungsprogramm jüngst als banale staatskapitalistische Maßnahme abtat. Und bekanntlich fiel ja die Beratung des Nationalisierungsgesetzes in der Nationalversammlung mit einem Warnstreik beim seit Kriegsende verstaatlichten Aushängeschild Renault (230000 Beschäftigte) zusammen.

Verpflichtung auf die Konkurrenzschlacht des Weltmarktes, Rückeroberung des inneren Marktes und internationale Konkurrenz auch im Bankenbereich sind die Garantie dafür, daß die kapitalistische Ökonomie auch fortan das Sagen hat. Es bleibt Hoffnung, wenn es etwa in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" des DGB heißt: „Auftrieb wird auch die innergewerkschaftliche Debatte über die Demokratisierung der Wirtschaft erhalten. Ausgangspunkt könnten dabei die Überlegungen der CFDT zur Selbstverwaltung sein." Zu diesen Überlegungen gehört z.B. die Einführung von gewählten Werkräten, die alles zu regeln hätten, was die Arbeitsorganisation betrifft. Die Unternehmen sollten durch einen Unternehmensrat geleitet werden, der ebenfalls von den Arbeitern direkt zu wählen wäre. Doch noch findet sich davon nichts im Gesetz.

Das ganze Nationalisierungsgesetz krankt daran, daß es nicht aufgrund einer Masseninitiative zustande kam. Man kann dies nicht der Sozialistischen Regierung anlasten, denn es macht das Paradoxe ihres Regierungsantritts aus, daß er in einer Zeit kam, in der nach übereinstimmender Aussage nicht nur die Einheit der französischen Linken wie nie zuvor gestört war, sondern auch die Kämpfe der Massen in relativ ruhigen Bahnen verliefen. Aber die PS hat die Verstaatlichung auch als reine Parlamentsaktion angelegt. So wie sie ja auch nicht an eine Änderung des politischen Systems, die über die sanfte Dezentralisierung hinausgehen würde, denkt. Bleibt es bei den jetzt beschlossenen Maßnahmen, so wird am Ende nur mehr Macht für einige Dutzend Staatsfunktionäre herauskommen. Es kann aber auch der Spielraum, der sich in der politischen Kontrolle über das Kreditwesen und die paar bedeutenden Konzerne eröffnet, positiv genutzt werden.

Die Wirtschaft der UdSSR in der Systemkrise

Die dritte Mißernte hintereinander zeichnet sich ab

Gerd Koenen

Man muß schon die Wirklichkeit selbst als eine bloße Trübung der eigenen, kindlich reinen Vorstellungswelt ansehen, um die gegenwärtige Krise in der Sowjetunion für eine bloße Propagandaerfindung der westlichen Bourgeois zu halten – wie es kürzlich ein ungenannter Autor in den „Politischen Berichten" des BWK fertigbrachte. Aber das ist ein Kapitel für sich.

Die Krise ist inzwischen offen zutage liegendes Faktum, und wir wollen in diesem und nachfolgenden Artikeln (in Ergänzung zu den Ausführungen des Genossen Schmierer in Kommunismus und Klassenkampf 9/81) belegen, daß ihre wesentlichen Elemente Systemcharakter tragen.

Zu den Tatsachen: Bereits in den Jahren 1979 und 1980 hat sich das Wirtschaftswachstum in der Sowjetunion auf real 1,0 bis 1,5% abgeschwächt, und wenn auch das erste Halbjahr 1981 in einigen Industriezweigen eine gewisse Belebung gebracht hat, so wird dies weit überschattet davon, daß ein erneuter, womöglich noch gravierenderer Einbruch in der Landwirtschaft sich abzeichnet – die dritte schwere Mißernte hintereinander.

– Statt der geplanten – und das heißt auch: notwendigen – 236 Mio. t Brot- und Futtergetreide werden es wiederum kaum mehr als 170–185 Mio. t werden. Einige Schätzungen gehen sogar bis schlimmstenfalls 155 Mio. t herunter – was ein Rückschlag um ein volles Jahrzehnt wäre. Nimmt man den Fehlbedarf der letzten drei Jahre zusammen, kommt man auf 130–150 Mio. t Getreide. Nur ein Teil davon, aber auch das heißt: an die 100 Mio. t, mußten bzw. müssen über Einkäufe auf dem Weltmarkt gedeckt werden. Die Sowjetunion kann es aus ihrem Goldschatz und aus den aus Öl- und Gasexporten gewonnenen Devisen bezahlen. Für die Ernährungsbilanz der ganzen Weltbevölkerung aber stellt dies eine drückende Hypothek dar.

– Die Hauptknappheit liegt nicht beim Brot-, sondern beim Futtergetreide. In den letzten beiden Jahren ist das Vieh mit knapperen Rationen durchgefüttert und so der Bestand im großen und ganzen gehalten worden; allerdings um den Preis, daß die Schlachtergiebigkeit bzw. Milchleistung noch weiter gesunken ist. Darin aber liegen die Hauptursachen der dauernden Versorgungsmängel an Fleisch- und Milchprodukten – weniger im Viehbestand selbst. Ein Sowjetschwein, um es anschaulich darzustellen, braucht im Schnitt doppelt soviel Futter pro Kilo Schlachtgewicht wie sein beim westeuropäischen Bauern aufgefütterter Artgenosse. Ähnlich steht es mit der Milchleistung der Kühe, die im übrigen seit zehn Jahren stagniert.

– Zu den erwähnten Produktionseinbrüchen kommen jetzt Mängel in der Versorgung mit anderen elementaren Lebensmitteln hinzu, insbesondere was Kartoffeln und Gemüse angeht. Schon im letzten Herbst und dann in diesem Sommer ist die Versorgungslage in einigen großen Städten als die schlechteste seit dem Krieg bezeichnet worden.

Verantwortlich gemacht wurde – neben der zu späten Aussaat, die allerdings selbst schon ein Resultat der Ernterückstände vom letzten Jahr war – das Wetter: eine lange Trockenheitsperiode in Zentralrußland, Stürme und Überschwemmungen in anderen Teilen des Sowjetimperiums. Nur, wie kommt es, daß die Landwirtschaft in der Sowjetunion auch heute noch in solchem Umfang vom Wetter abhängig ist? Ein Bündel eingewurzelter Fehler des Agrar- und Wirtschaftssystems insgesamt sind verantwortlich.

Kalenderjahr	Erntemenge	Import-Exp.-Saldo in Bunkergew.	Verfügbare Getreidemenge
1977	195,7	7–8	203–204
1978	237,4	23–26	260–263
1979	179,2	23–25	202–204
1980	189,2	36–40	223–229
1981*	155–170	42–46	197–216

* Schätzung – aus: Neue Zürcher Zeitung, 12.9.1981

– Die sowjetische Landwirtschaft ist, trotz hoher Mechanisierung, verhältnismäßig unproduktiv. 27 Mio. Arbeitskräfte, d.h. fast 20% aller Beschäftigten, müssen in der Landwirtschaft arbeiten. Sie erzeugen weniger als die 2,3 Mio. Farmer und vielleicht noch einmal soviel Land- und Saisonarbeiter in den USA. Etwa halb so hoch sind auch die Hektarerträge bei den Getreidekulturen (16,3 dz pro ha).

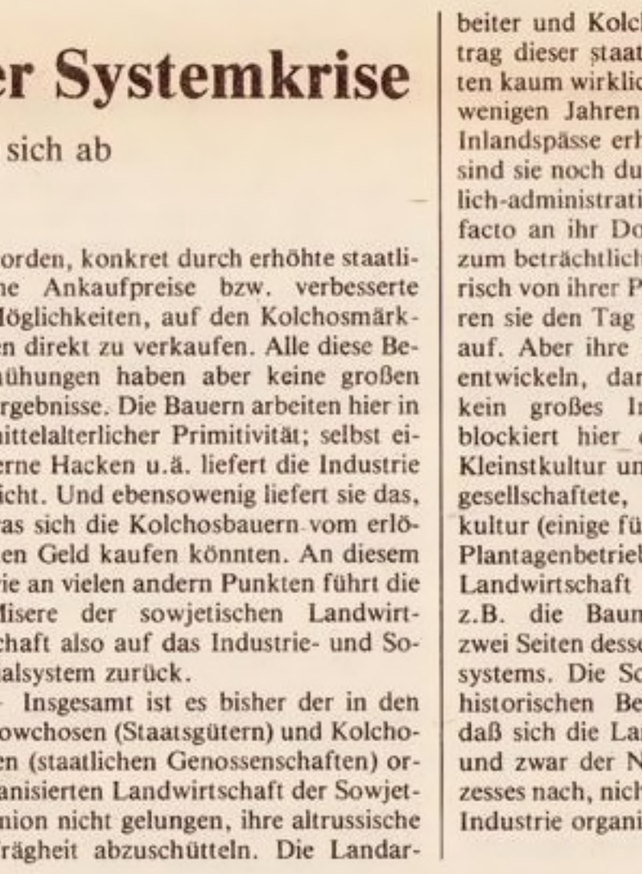
– Eine wesentliche Ursache der niedrigen Produktivität liegt in der niedrigen Qualität der Landmaschinen und im ewigen Mangel an Ersatzteilen. Das hat hier wie in allen Bereichen System (darüber später). Nur einige Fakten: Zur Frühjahrsaussaat 1980 war ein Drittel der schweren Traktoren k-700, einem der meist verbreiteten Typen, nicht einsatzbereit, weil Akkumulatoren, Keilriemen oder andere Ersatzteile fehlten. Das ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Die neuen Maschinentypen gelten als noch schlechter als die älteren – und mehr als die Hälfte aller Maschinen ist über 20 Jahre alt. Der Grund liegt im absoluten Monopol der wenigen Maschinenbaubetriebe und erst recht der einen und einzigen Vertriebsgesellschaft „Sojusseltechnika". Je mehr Schund geliefert wird, umso besser für die „Planerfüllung". Reklamationen sind praktisch unmöglich.

– Ähnliche Desorganisation schafft die bürokratisch-zentralistische Wirtschaft auf dem Gebiet der Lagerhaltung und des Transports. Die „Literaturnaja Gaseta" errechnete vor zwei Jahren, daß wahrscheinlich von 100 geernteten Kartoffeln ganze 36 zum Verzehr kommen. Der Rest wird auf dem Transport so mißhandelt, daß er entweder ganz verfault oder notgedrungen als Viehfutter verwendet wird. Die aktuelle Kartoffelknappheit besteht darin, daß in einigen Gebieten die Kartoffeln verfaulen, die in andern Gebieten gebraucht werden.

– 12–15% der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, aber 25% der Nahrungsmittel, darunter 60% der Kartoffeln und ca. ein Drittel der Milchprodukte, Eier und des Fleischs kommt von den Kleinstparzellen der Bauern und Landarbeiter, die 2% der Fläche ausmachen. Durch einen Erlaß vom Januar dieses Jahres ist diese Privatproduktion ausdrücklich ermutigt worden, konkret durch erhöhte staatliche Ankaufpreise bzw. verbesserte Möglichkeiten, auf den Kolchosmärkten direkt zu verkaufen. Alle diese Bemühungen haben aber keine großen Ergebnisse. Die Bauern arbeiten hier in mittelalterlicher Primitivität; selbst eiserne Hacken u.ä. liefert die Industrie nicht. Und ebensowenig liefert sie das, was sich die Kolchosbauern vom erlösten Geld kaufen könnten. An diesem wie an vielen andern Punkten führt die Misere der sowjetischen Landwirtschaft also auf das Industrie- und Sozialsystem zurück.

– Insgesamt ist es bisher der in den Sowchosen (Staatsgütern) und Kolchosen (staatlichen Genossenschaften) organisierten Landwirtschaft der Sowjetunion nicht gelungen, ihre altrussische Trägheit abzuschütteln. Die Landarbeiter und Kolchosniki haben am Ertrag dieser staatlichen Großwirtschaften kaum wirkliches Interesse. Erst vor wenigen Jahren haben sie überhaupt Inlandspässe erhalten, aber auch jetzt sind sie noch durch eine Reihe polizeilich-administrativer Maßnahmen de facto an ihr Dorf gefesselt. Sie leben zum beträchtlichen Teil selbstversorgerisch von ihrer Parzelle, und dafür sparen sie den Tag über ihre Arbeitskraft auf. Aber ihre Parzellenwirtschaft zu entwickeln, daran können sie auch kein großes Interesse haben. Eins blockiert hier das andere; primitive Kleinstkultur und auf rohe Weise vergesellschaftete, unproduktive Großkultur (einige für den ausgesprochenen Plantagenbetrieb geeignete Zweige der Landwirtschaft ausgenommen, wie z.B. die Baumwollkulturen) bilden zwei Seiten desselben verfehlten Agrarsystems. Die Sowjetunion dürfte den historischen Beweis geliefert haben, daß sich die Landwirtschaft großteils, und zwar der Natur ihres Arbeitsprozesses nach, nicht einfach wie die große Industrie organisieren läßt.

wird fortgesetzt



„Mechaniker, wohin reitest du?"

„In die Stadt, Ersatzteile holen!"

(Sowjetische Karikatur von 1980)

Der Enka-Vorstandsvorsitzende hat erklärt, er gehe weiterhin von der Stillegung des Kasseler Werks aus und messe den Gutachten kaum Bedeutung zu. Die Gewerkschaft wirft ihm daraufhin vor, Vereinbarungen mit ihr zu mißachten und, daß er gar nicht beabsichtige den Gutachtern die Chance einer objektiven Prüfung einzuräumen.

Dänische Post: Aktionen gegen Rationalisierungspläne

bag.Aarhus. Die dänische Regierung ist mit ihren Sparplänen für den Bereich der Post in schwere Bedrängnis geraten. Die vorgesehene Stillegung mehrerer Postämter in Kopenhagen und die angekündigte Entlassung von ca. 400 Beschäftigten haben zu einem solchen Widerstand der Postarbeiter- und Angestellten geführt, daß die Verteilung der Post in den letzten Monaten immer wieder zum Erliegen kam. Der Generaldirektor der Post wurde geschaßt, weil er die Sache nicht in den Griff bekam; jetzt ist der Postminister zurückgetreten und zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Mitglieder von Finanz- und Verkehrsausschüssen, wurden abgesetzt. Das ist für dänische Verhältnisse so drastisch, daß die Presse von einem „Blutbad" spricht. Das Verhalten der Postarbeiter ist dagegen wenig dramatisch: Sie sagen, daß die Briefverteiler-Zentrale schon jetzt unterbemannt ist und, daß sie nicht mehr bereit sind, das mit Überstunden auszugleichen, und vor ein paar Tagen legten die Angestellten und Beamten mehrerer Postämter zur Unterstützung der Kopenhagener Kollegen für einige Stunden die Arbeit nieder.

Thyssen-Konzern plant Kahlschlag

kvz. Die Schließungspläne von Thyssen bedeuten für Geisenkirchen: Verlust von 1150 Arbeitsplätzen beim Schalker Verein und 600 beim Gußstahlwerk. Dazu kommen 250 durch die Schließung des Gußstahlwerkes in Oberkassel und 240 im Thyssen-Werk Hilden. Bereits heute ist in Gelsenkirchen jeder zehnte arbeitslos, das wird dann auf 11 bis 12% steigen. Schon aus dem Grund bahnt sich größerer Widerstand der Beschäftigten und der Bevölkerung gegen die Pläne von Thyssen an. Zu Beginn des Jahres wurden Betriebsrat, Vertrauensleuten und den Verantwortlichen der Stadt noch Pläne vorgelegt, die Investitionen von rund 250 Mio. DM vorsahen. Voraussetzung dafür war, daß Gelsenkirchen in das Förderprogramm von Bund und Land aufgenommen wird. Als dies nicht geschah, änderte Thyssen rasch seine Pläne. Das in den Gewinnzahlen arbeitende Gußstahlwerk soll an die Hinrichshütte in Hattingen verpachtet werden. „Den Profiten des Konzerns soll ein gesunder Betrieb in Gelsenkirchen geopfert werden", erklärt der IG-Metall Bevollmächtigte.

Beseitigung der Arbeitslosigkeit von 20000 Lehrern gefordert

vol. Der Vorsitzende der GEW, Wunder, hat in einer Presseerklärung darauf hingewiesen, daß bei Durchführung der 40-Stunden-Woche auch bei den Lehrern die jetzt existierende Arbeitslosigkeit leicht abgebaut werden könnte. Anlaß für die Presseerklärung war die Einreichung von knapp 60000 Klagen von Mitgliedern der GEW bei den Verwaltungsgerichten gegen die Nichtdurchführung der 40-Stunden-Woche in den Schulen. Dieser Einreichung von Klagen war vorhergegangen eine Sammlung der Klagevollmachten durch die GEW Ortsverbände, begleitet von einer Mobilisierung unter den Lehrern für den Kampf für die 40-Stunden-Woche und die Anforderung von kultusministeriellen Bescheiden zur Arbeitszeit der Lehrer. Diese Bescheide der Kultusminister sind inzwischen eingetroffen, in denen einheitlich festgehalten wird, daß a) die Arbeitszeit der Lehrer nur von Fall zu Fall zu klären sei, b) der Durchschnitt wahrscheinlich 40 Stunden nicht überschreite und c) auf ein Regierungsabkommen zur Harmonisierung der Lehrerarbeitszeit für 1982 hingewiesen wird.

Britisch-Leyland-Arbeiter haben Streik beschlossen

mfl. Mit einer Zweidrittelmehrheit stimmte die Belegschaft in allen Britisch-Leyland-Werken dem Streikaufruf zu. Wenig Eindruck machte die Drohung des BL-Vorstandes, im Falle eines Streiks Konkurs anzumelden. In den letzten drei Jahren hatte die Belegschaft zur Erhaltung des verschuldeten Betriebs große Reallohnverluste hingenommen. Bessere Zeiten wurden den Beschäftigten in Aussicht gestellt, sobald sich der Kleinwagen „Austin Metro" auf dem Markt behaupten könne. Das ist jetzt zwar der Fall, aber Verluste in anderen Betriebszweigen fressen den Gewinn durch den Kleinwagen wieder auf. Bei einer zweistelligen Inflationsrate bezeichnen die BL-Arbeiter das Lohnangebot von 3,8% nicht als *bessere Zeiten*. Ihre Forderung bleibt bei 17% und wenn die Geschäftsleitung kein anderes Angebot macht, wird ab dem 1. November dafür gestreikt.

Kurzmeldungen:

Die Vertreter des Brauereigewerbes haben jetzt die Schlichtung beantragt, um die Tarifauseinandersetzung über einen neuen Manteltarifvertrag für die rund 10000 Beschäftigten der Brauindustrie zu beenden. Besonders strittig ist die von der NGG geforderte Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeiter.

Über 3500 chilenische Minenarbeiter der Kohlenbergwerke streiken für höhere Löhne. Das Angebot der staatlichen Kohlegesellschaft von 3% wird als unzureichend abgelehnt.

In Uruguay sind nach acht Jahren Verbot wieder demokratisch gewählte Gewerkschaften zugelassen. Die Organisation von Streiks und politische Betätigung sind den Gewerkschaften allerdings untersagt. Laut Gesetz dürfen sich keine Kandidaten zur Wahl stellen, die 1973 bei Verbot der Gewerkschaften durch die Militärregierung einen Posten in der Gewerkschaft hatten.

Der norwegische Gewerkschaftsbund (LO) hat beschlossen, ein eigenes Institut für Forschung und Untersuchung zu eröffnen. Begründet wird dieser Beschluß mit dem Bedarf für eine strategische Planung auf lange Sicht innerhalb der Gewerkschaftsbewegung im In- und Ausland.

Prozesse vor Arbeitsgerichten der DDR nehmen in den letzten Jahren zu. Bei der größten Gruppe der Streitfälle geht es um Lohn- und Prämienzahlungen.

Die Gewerkschaft DAG hat die Beschlußfassung über eine Urabstimmung beim fliegenden Personal von Lufthansa und Condor ausgesetzt. Erzwungen werden sollte die Aufnahme von Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsplatzbedingungen für das Personal in Cockpit und Kabine. Zuerst will sich der DAG-Bundesvorstand Klarheit über einen vom Lufthansa-Vorstand vorgelegten Kompromißvorschlag verschaffen.

Der geplante Streik der Lokführer der staatlichen britischen Eisenbahn, der sich gegen Sparmaßnahmen der Verwaltung richten sollte, ist abgesagt worden. Die Gewerkschaft verzichtete auf den Streik, nachdem die Bahnverwaltung eine gewerkschaftliche Beteiligung an den Beratungen über die künftige Politik des Unternehmens zugesagt hatte.

Lohnempfängerfonds als Einstieg in die Mitbestimmung

Schwedischer Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratie für diese Strategie / Kapitalisten vehement dagegen

coi.Stockholm. Sollte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) die kommenden Reichtagswahlen 1982 gewinnen, so wird die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit die gesetzliche Einrichtung von Lohnempfängerfonds beschließen. Die Kongresse des Gewerkschaftsbundes LO und der SAP im September haben die Einrichtung der Lohnempfängerfonds als entscheidendes Instrument zur Durchsetzung von „ökonomischer Demokratie" und als wichtigen Hebel zur Sanierung der krisengeschüttelten Industrie mit sehr großer Mehrheit beschlossen.

Obwohl die Kongreßbeschlüsse selber mehr prinzipiellen Charakter haben und „technische Detailfragen" auf Bitten der Parteiführung mit Palme an der Spitze offengelassen blieben, um breitere Mehrheiten, vor allem die Gewerkschaften der Angestellten, gewinnen zu können, so läuft der Vorschlag im Grobem auf folgendes hinaus: In den 24 Regierungsbezirken Schwedens werden Lohnempfängerfonds eingerichtet, deren Aufgabe es ist, durch den Kauf von Aktien der Industrie risikowilliges Kapital zuzuführen und über diese Aktienbeteiligungen ein Mitbestimmungsrecht zu erwerben. Finanziert werden sollen die Fonds durch eine jährliche Abgabe der Kapitalisten in Höhe von 1% der gesamten Lohnsumme sowie durch eine Abschöpfung von 20% der „Übergewinne", die 15–20% des Gewinns bezogen auf das unternehmenseigene Kapital (Kapitalrendite) übersteigen. Die Leitungsorgane der Fonds sollen innerhalb einer Übergangsperiode von Gewerkschaftsvertretern sowie Vertretern der Bezirke und Gemeinden gestellt werden. Danach sollen die Leitungsmitglieder entweder von allen Lohnabhängigen, ausschlaggebend ist der Erwerb von Rentenanspruchspunkten, oder von der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung gewählt werden. Die Hälfte des Aktienstimmrechts der Fonds in einer Gesellschaft fällt der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe zu. Ihr Anteil soll jedoch 20% nicht übersteigen dürfen. Die Fonds sollen ihre Investitionen so tätigen, daß ein „guter Gewinn" erzielt wird, der in die Fonds der allgemeinen Zusatzrentenversicherung fließen soll.

Die noch endgültig festzulegenden Einzelheiten betreffen den Wahlmodus zu den Verwaltungsorganen der Fonds, die Höhe der Abschöpfung der Unternehmensgewinne, eine genaue Definition eines „guten Gewinns" der Fondsinvestitionen, und nicht zuletzt die Verwendung dieser Gewinne. Die Mehrzahl der Angestelltengewerkschaften befürwortet eine indivivuelle Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen. Die Zurückhaltung der Sozialdemokratien bei den Detailfragen ist auch eine Geste an die Kapitalistenklasse. Deren Zustimmung erhofft man sich unter anderem mit dem Versprechen zu erwerben, die Zahlungen an die Fonds bei den Lohnabschlüssen zu berücksichtigen. Angesichts der Krise sei sich die schwedische Arbeiterbewegung der Notwendigkeit zur Lohnzurückhaltung durchaus bewußt; dafür wolle man jedoch ein Mitspracherecht bei der Verwendung dieser Gelder. Man wolle so sicherstellen, daß sie für produktive Investitionen zur Wiederherstellung der internationalen Konkurrenzkraft der schwedischen Industrie und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze verwendet werden, und nicht für Spekulationen etc.

1% der diesjährigen Lohnsumme entspricht knapp 1,2 Mrd. DM, während die Gewinnabschöpfung 1980 den Fonds lediglich 15–20 Mio. DM zugeführt hätte. Solch eine Investitionssumme, ins Verhältnis gesetzt zum gegenwärtigen Börsenwert der schwedischen Aktiengesellschaften von ca. 32 Mrd. DM, gibt einen Eindruck vom beschränkten Einfluß, den die Fonds auf den gesamten schwedischen Kapitalmarkt überhaupt gewinnen können (die Banken sollen überhaupt nicht angetastet werden). Dies schließt nicht aus, daß die Fonds auf längere Sicht in bestimmten Unternehmen entscheidenden Einfluß gewinnen können. Und die Frage, die in der schwedischen Linken diskutiert wird, ist, ob dies ein Fortschritt für die Arbeiterbewegung in Richtung Sozialismus ist („Fonds-Sozialismus") oder ob nur ein „besserer Superkapitalist" geschaffen wird und die Gewerkschaftsführung mit der Kapitalistenklasse und dem Staat zum Wohle der Kapitalverwertung immer enger verschmilzt („Korporativismus").

Der Kapitalistenverband SAF spuckt Gift und Galle über den Vorschlag. Es ist weniger das konzentrierte Kapital der Fonds, das sie fürchten. Schweden hat heute die höchste Kapitalkonzentration aller westlichen Länder. Es ist auch nicht die Anwesenheit sozialdemokratischer Fondsvertreter in den Aufsichtsräten, die sie bekümmert, solche sitzen bereits im Rahmen der Mitbestimmung drin. Was ihnen Bauchschmerzen bereitet, ist der Kampf der Arbeiter selber und ihr Einfluß auf die gewählten Fondsvertreter. Wer garantiere denn, daß die Arbeiter wirklich Lohnsenkungen hinnähmen, wer könne sicherstellen, daß unrentable Fabriken stillgelegt und Strukturrationalisierungen auch gegen den Willen der Belegschaften durchgeführt würden? In sozialdemokratischen Pressekommentaren werden „gute Gewinne" der Fonds dahingehend interpretiert, daß zur langfristigen Entwicklung eines Industriezweiges oder eines Unternehmens die Fonds durchaus unterdurchschnittliche Gewinne in Kauf nehmen können. SAF und die „bürgerlichen" Parteien treten dagegen für die Ausweitung der steuerbegünstigten Aktien-Sparfonds nach klassischem Modell der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" ein.

Zwar deuten die Äußerungen von führenden Sozialdemokraten und die Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie darauf hin, daß die Arbeiterklasse durch den formellen Mitbesitz auf die Mitverantwortung für das Gemeinwohl verpflichtet werden soll, wozu der Lohnverzicht der erste Beitrag wäre. Doch zeigen die Befürchtungen der Kapitalisten das fortschrittliche Element des Vorschlag auf. Die Arbeiterklasse als Produzentin des gesellschaftlichen Reichtums kann mit zusätzlichem moralischen Gewicht als kollektive Miteigentümerin auf bürgerlicher Rechtsgrundlage gegenüber den Kapitalisten auftreten. Bedingung dafür ist allerdings, daß sie die Finanzierung der Fonds aus ihren Lohngeldern ablehnt.

Thyssen-Konzern plant Kahlschlag

kvz. Die Schließungspläne von Thyssen bedeuten für Geisenkirchen: Verlust von 1150 Arbeitsplätzen beim Schalker Verein und 600 beim Gußstahlwerk. Dazu kommen 250 durch die Schließung des Gußstahlwerkes in Oberkassel und 240 im Thyssen-Werk Hilden. Bereits heute ist in Gelsenkirchen jeder zehnte arbeitslos, das wird dann auf 11 bis 12% steigen. Schon aus dem Grund bahnt sich größerer Widerstand der Beschäftigten und der Bevölkerung gegen die Pläne von Thyssen an. Zu Beginn des Jahres wurden Betriebsrat, Vertrauensleuten und den Verantwortlichen der Stadt noch Pläne vorgelegt, die Investitionen von rund 250 Mio. DM vorsahen. Voraussetzung dafür war, daß Gelsenkirchen in das Förderprogramm von Bund und Land aufgenommen wird. Als dies nicht geschah, änderte Thyssen rasch seine Pläne. Das in den Gewinnzahlen arbeitende Gußstahlwerk soll an die Hinrichshütte in Hattingen verpachtet werden. „Den Profiten des Konzerns soll ein gesunder Betrieb in Gelsenkirchen geopfert werden", erklärt der IG-Metall Bevollmächtigte.

Kurzmeldungen:

Die Vertreter des Brauereigewerbes haben jetzt die Schlichtung beantragt, um die Tarifauseinandersetzung über einen neuen Manteltarifvertrag für die rund 10000 Beschäftigten der Brauindustrie zu beenden. Besonders strittig ist die von der NGG geforderte Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeiter.

Über 3500 chilenische Minenarbeiter der Kohlenbergwerke streiken für höhere Löhne. Das Angebot der staatlichen Kohlegesellschaft von 3% wird als unzureichend abgelehnt.

In Uruguay sind nach acht Jahren Verbot wieder demokratisch gewählte Gewerkschaften zugelassen. Die Organisation von Streiks und politische Betätigung sind den Gewerkschaften allerdings untersagt. Laut Gesetz dürfen sich keine Kandidaten zur Wahl stellen, die 1973 bei Verbot der Gewerkschaften durch die Militärregierung einen Posten in der Gewerkschaft hatten.

Aktivitäten gegen Entlassungen und Stillegungen bei Adler und VDM

IGM-Vertreterversammlung beschließt auch gegen Startbahn West

jot. Frankfurt. Auf dem Sonderparteitag der SPD Frankfurt zur Schließungsabsicht bei VDM und Schrumpfung der Adler-Werke hat es heftige Kritik von Gewerkschaftern, insbesondere von Mitgliedern der IG Metall, an der Politik der SPD gegeben. Daß von Seiten der Partei sich etwas ändert – Rückbesinnung der SPD-Mitglieder in Regierungsämtern auf die Gewerkschaften –, wurde keine Hoffnung gemacht. Der Betriebsratsvorsitzende der Adlerwerke zur SPD: „Spätestens jetzt, wo die Kirchen aufgrund ihres Engagements Zielscheibe unternehmerischer Attacken sind, stünde es auch den Sozialdemokraten gut an, mit in der ersten Reihe zu kämpfen, statt sich hinter Sachzwängen zu verstecken."

Konkreter ging es da am Donnerstag der vergangenen Woche auf der vorgezogenen Vertreterversammlung der IG Metall Frankfurt zu. Für jeden, der dieses Gremium kennt, war es eine große Überraschung zu hören, daß der 2. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Frankfurt, G. Otto, gegen den Vorschlag der Antragsberatungskommission auf Nichtbefassung einen Antrag von IGM-Mitgliedern bei VDO gegen den Bau der Startbahn West und für das Volksbegehren unterstützte und dazu erklärte: „Ihr wißt alle, bisher war ich für diese Startbahn, wegen Arbeitsplätzen und so. Ich habe mich noch einmal mit dem Problem befaßt, ich bin gegen die Startbahn und für den Antrag von VDO." Eine runde ⅔-Mehrheit fand der Antrag in der Abstimmung. „Das hat es seit 1951 nicht mehr gegeben", meinte ein Kollege, bezogen auf die Kampfabstimmung in einer solch brisanten Frage. Bisher war es gerade die IGM-Vertreterversammlung, die in solchen Angelegenheiten konservativ blieb.

Die Ortsverwaltung legte einen Antrag vor, der verschiedene Anträge zusammenfaßte, die auf der letzten Versammlung nicht behandelt wurden. Das war einige Tage vor der Demonstration gegen Entlassungen und Stillegungen bei Adler und VDM auf dem Römerberg. Die jüngsten Erfahrungen im Kampf gegen Entlassungen haben den Antrag gegen den Bau der Startbahn West bewirkt, aber vor allem die Möglichkeiten verbessert, den Kampf in der Metallindustrie selbst zu führen.

Antrag der Ortsverwaltung Frankfurt zur Arbeitsmarktsituation

Die Schließung von VDM und die Teilschließung der Triumph-Adler-Werke sind nur die Spitze eines Eisbergs. In einer Reihe von weiteren Frankfurter Metallbetrieben stehen Entlassungen und Kurzarbeit an. Die Anzahl der gewerblichen Arbeitsplätze in der Metallindustrie ist zudem in den letzten Jahren erschreckend zurückgegangen.

Deshalb wird die Ortsverwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. In allen Frankfurter Metallbetrieben werden Vertrauensleutesitzungen durchgeführt, die sich mit dem Kampf um die Arbeitsplätze befassen, um Solidarität und Aktionsbereitschaft der Kollegen zu verstärken.

2. Die derzeitige Arbeitsmarktsituation im Raum Frankfurt und die Auswirkungen auf die Metallbetriebe soll auf allen stattfindenden Betriebs- und Jugendversammlungen angesprochen und diskutiert werden.

3. Auf Vertrauensleuteversammlungen in den Stadtteilen sollen die derzeitige Arbeitsmarktsituation und die daraus zu ziehenden gewerkschaftlichen Konsequenzen beraten werden.

4. Die Ortsverwaltung schlägt dem Kreisvorstand des DGB die Durchführung einer Funktionärskonferenz vor, die sich ausschließlich mit den Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze in Frankfurt befaßt (Arbeitsmarktkonferenz).

5. Die Aktivitäten zur Aufklärung der Frankfurter Bevölkerung müssen weitergeführt und verstärkt werden.

6. Die Ortsverwaltung fordert die Bezirksleitung der IG Metall auf, überregional geeignete Maßnahmen gegen die gegenwärtig in vielen Verwaltungsstellen stattfindende Arbeitsplatzvernichtung zu ergreifen.

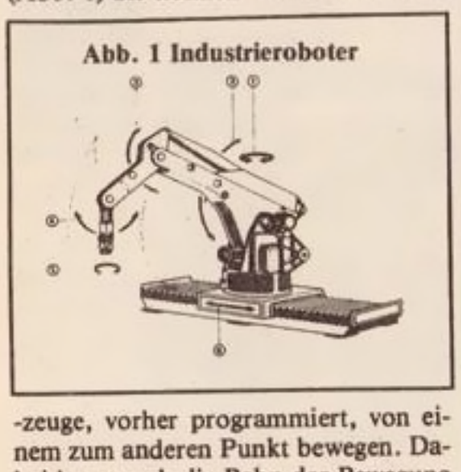
Wie eine Armee aus dem Nichts tauchten die Roboter im letzten Jahr in der Presse auf. Im „Handelsblatt" wird seit Monaten in einer Serie die Notwendigkeit des Einsatzes der Industrieroboter gefordert, ohne die man nicht den – insbesondere fernöstlichen – Konkurrenten beikommen könne. Vom „nimmermüden Kollegen Ralph" und „Maschinen statt Menschen" sprach der „Gewerkschafter". Über Auswirkungen und Entwicklungstendenzen. Besteht eine gewerkschaftliche Strategie?

Die Roboter kommen

Gerd Heinemann

Industrieroboter ähneln in ihrem mechanischen Aufbau den menschlichen Armen, Händen und Fingern. Sie sind in mindestens 3 Freiheitsgraden (Achsen) beweglich, bis zu 7 sind üblich. (Abb. 1) Sie können Werkstücke oder

Abb. 1 Industrieroboter



-zeuge, vorher programmiert, von einem zum anderen Punkt bewegen. Dabei kann auch die Bahn der Bewegung festgelegt sein. So können sie eine Punktschweißzange führen und an genau vorbestimmten Punkten Schweißungen ausführen oder eine Karosserie nach einem bestimmten Schema spritzlackieren. Ebenso können sie Maschinen beschicken oder einfach Montagen ausführen.

„Gehirn" dieser Maschine ist ein Mikrocomputer und ein Speicher. Nur kurze Zeit, z.B. 20 Minuten, dauert eine Programmierung z.B. dadurch, daß mittels eines Programmiergestells die Bewegungen festgelegt und abgespeichert werden, die dann mit hoher Präzision mittels der eingebauten Servo-Antriebe beliebig oft wiederholt werden können. Möglich sind auch Alternativprogramme für einen Roboter.

bei kann auch die Bahn der Bewegung festgelegt sein. So können sie eine Punktschweißzange führen und an genau vorbestimmten Punkten Schweißungen ausführen oder eine Karosserie nach einem bestimmten Schema spritzlackieren. Ebenso können sie Maschinen beschicken oder einfach Montagen ausführen.

„Gehirn" dieser Maschine ist ein Mikrocomputer und ein Speicher. Nur kurze Zeit, z.B. 20 Minuten, dauert eine Programmierung z.B. dadurch, daß mittels eines Programmiergestells die Bewegungen festgelegt und abgespeichert werden, die dann mit hoher Präzision mittels der eingebauten Servo-Antriebe beliebig oft wiederholt werden können. Möglich sind auch Alternativprogramme für einen Roboter.

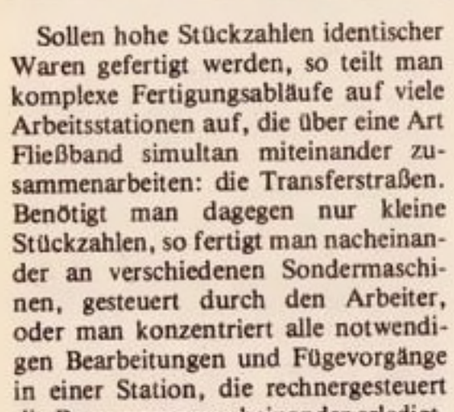


Abb. 2 Programmieren

Sollen hohe Stückzahlen identischer Waren gefertigt werden, so teilt man komplexe Fertigungsabläufe auf viele Arbeitsstationen auf, die über eine Art Fließband simultan miteinander zusammenarbeiten: die Transferstraßen. Benötigt man dagegen nur kleine Stückzahlen, so fertigt man nacheinander an verschiedenen Sondermaschinen, gesteuert durch den Arbeiter, oder man konzentriert alle notwendigen Bearbeitungen und Fügevorgänge in einer Station, die rechnergesteuert die Bewegungen nacheinander erledigt. Das sind die flexiblen Fertigungszentren. Diese Bewegungen zwischen den verschiedenen Arbeitsgängen können von Industrieobotern ausgeführt werden. Bei mittleren Serien kann die Bewegung der Werkstücke zwischen den einzelnen Sondermaschinen von Industrieobotern ausgeführt werden, oder die unterschiedlichen Arbeitsgänge werden am feststehenden Werkstück vom gleichen Industrieroboter mit verschiedenen Werkzeugen ausgeführt.

In zehn Jahren die zwanzigfache Anzahl

Der Einsatz der Industrieroboter steht noch am Anfang. Man geht davon aus, daß heute weltweit rund 15000 eingesetzt sind, 4000 allein in Japan, fast 4000 in den USA, 1300 in der BRD und ebensoviel in Schweden. Für 1985 gehen Prognosen von 45 – 50000 Geräten weltweit aus. 12 – 15000 werden danach in Europa installiert sein. Anzunehmen ist, daß die Zahlen nach oben korrigiert werden müssen. Allein 1981 wollen die 22 westdeutschen Hersteller 900 – 1000 Industrieroboter ausliefern. Dazu kommen nochmal 250 bis 300 importierte Geräte, was insgesamt fast eine Verdoppelung bedeutete. Die IG Metall geht von 25000 – 30000 Geräten in der BRD im Jahr 1990 aus.

Anfang der 70er Jahre wurden die ersten Industrieroboter in Pressenstraßen der Automobilindustrie eingesetzt. Heute fällt dies reine „Packen und Placieren" schon nicht mehr unter die Funktionen von Industrierobotern. Die folgenden Tabellen zeigen die Verteilung nach Branchen sowie Einsatzzweck. Besonders in der Montage – und deshalb in der Elektroindustrie – wird mit einer starken Zunahme der Roboter gerechnet.

Einsatz nach Branchen (%)

Europa	1979	1984
Auto/Maschbau	60	30
Elektro/Feinm.		
Optik	10	30
Kunstst./Chemie	10	20
Sonstige	20	20

Anwendungsgebiete, BRD	(%)
Bearbeitungsoperationen	57,0
davon: Punktschweißen	27,0
Beschichten	12,4
Lichtbogenschw.	11,0
Montage	4,1
Entgraten	0,4
Sonstiges	2,7
Teilehandhabungsoperationen	38,3
davon: Be- und Entladen von Werkzeugm. von Druck- und Spritzgießmasch.	15,3 11,0
von Pressen/Stanz.	6,2
v. Schmiedepressen	1,9
Sonstiges	3,9

Neben der Entwicklung der Servo-Antriebe war vor allem die Miniaturisierung und Verbilligung der Rechner und Speicher technologische Voraussetzung für den Bau der Roboter. Noch Mitte der 60er Jahre hätte allein der Rechner 1,5 Mio. DM gekostet, abgsehen davon, daß er den Platz der halben Halle eingenommen hätte und wegen Temperaturempfindlichkeit nie funktioniert hätte. 1970 kostete der Rechner allein 20000 DM und heute nur knapp 1000 DM und ist zuverlässig. Heute liegen die Preise zwischen 60000 und 30000 DM je nach Anwendungszweck. Vielfach sind die Geräte im Baukastensystem aufgebaut und können kombiniert werden. Letzteres wird weitere Möglichkeiten der Verbilligung bieten. Die elektronische Steuerung, die heute 30% der Kosten ausmacht, wird 1990 wohl nur noch ein Fünftel kosten. Bei VW wird kalkuliert, daß ein Roboter nach 6 Jahren verschlissen ist. Bereits nach 2 – 3 Jahren soll er seine Kosten wieder hereinbringen, d.h. soviel an Lohnkosten eingespart haben.

Die Entwicklung der Industrieroboter geht dahin, mittels optischer oder anderer Fühler Gegenstände erfassen, unterscheiden und auswählen zu können. Dies ist heute erst bei einfachen geometrischen Formen oder Farben möglich. Um den Programmieraufwand zu verringern, werden zwei Richtungen verfolgt: Einmal soll die „Intelligenz" des Rechners gesteigert werden, was z.B. heißt, daß er sich den Arbeitsort selbst suchen soll. Zum andern soll die Verbindung zwischen Konstruktion und Fertigung so hergestellt werden, daß die Daten, die beim computerunterstützten Konstruieren anfallen, zur gleichzeitigen Programmierung der Fertigungseinrichtungen dienen sollen. Es müßten nur einmal die Rahmendaten der Fertigungseinrichtung eingegeben werden.

500000 – 600000 Arbeitsplätze werden in den nächsten 10 Jahren beseitigt

Der Einsatz der Industrieroboter hat Auswirkungen auf den Umfang des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft, auf die Struktur der Qualifikation des benötigten Arbeitskörpers ebenso wie auf die Arbeitsbelastung und Leistungsintensität der jeweiligen Arbeiten.

Eine Studie von Mackintosh und Prognos geht von 30000 bis 1985 und 300000 bis 1990 durch Roboter wegfallenden Arbeitsplätzen aus. Genauere Untersuchungen liegen kaum vor. Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse einer Studie der Uni Bremen über den Industrierobotereinsatz bei VW enthalten. (Ausführlich werden die Ergebnisse im „Materialheft 10/81 Industrie und Gewerkschaft" dargestellt)

1. Industrieroboter wirken im Gegensatz zur Umwälzung durch Fotosatz in der Druckindustrie und zur Einführung der NC-Werkzeugmaschinen nicht auf den Bereich der traditionellen Facharbeit ein, sondern auf die einfache Arbeit.

2. Mit Industrierobotern können Plätze mit monotoner, einfacher Arbeit beseitigt werden. Für die Automaten werden Arbeitsplätze mit kompolizierter Arbeit geschaffen.

3. Pro Industrieroboter entfallen 4 Arbeitsplätze einfacher Qualifikation. Dafür werden 0,3 Arbeitsplätze für Instandhaltung und Wartung und 0,5 Arbeitsplätze für Bau, Installierung und Anlauf des Gerätes benötigt. Die Anzahl der Arbeiter nimmt zumindest relativ ab. In anderen Fällen sind die wegfallenden Arbeitsplätze einfacher Qualifikation zahlreicher. Nach W. Opalka, Betriebsrätin bei Graetz, Bochum, ersetzt jeder Automat 22 – 25 Arbeitsplätze pro Schicht, bei 3 Schichten also 66 – 75 Arbeitsplätze. Wenn überhaupt, werden diese Arbeiter an ebenso schlechten Arbeitsplätzen eingesetzt.

4. Diese Verhältnisse sind nur vorläufig so. Bei massenhaftem Einsatz wird der Bedarf an komplizierter Arbeit relativ sinken. Die Überflüssigmachung einfacher Arbeit wird sich eher noch potenzieren.

5. Im Gegensatz zur konventionellen Einzweckmechanisierung der Produktion, bei der bei Umrüstungen 70 – 85% der Betriebsmittel ersetzt werden müssen, liegt der Anteil bei der flexiblen Umrüstung bei Industrieobotern nur bei 15%. Wiederverwendete Betriebsmittel und verringerte Rüstzeiten erfordern in diesem Bereich ebenfalls weniger komplizierte Arbeit.

6. Tatsächlich können die Roboter an Arbeitsplätzen mit besonders belastenden Umweltbedingungen oder schweren körperlichen Belastungen eingesetzt werden. Zu einer Entlastung führt dies allerdings nur, insoweit alle Funktionen von den Robotern übernommen werden. Oft muß die Arbeit an der Peripherie der Roboter unter den gleichen Umweltbelastungen stattfinden.

7. Obowohl die Kapitalisten von einer „Entkoppelung von Mensch und Maschine" sprechen und sogar von einer „mannleeren" 3. Schicht, der „Geisterschicht", oder gar von der „automatisierten Fabrik", stellt die Untersuchung der Uni Bremen im Gegenteil eine noch stärkere Taktbindung der Arbeiter an die Maschine fest. Die Monotonie ist vielfach noch größer geworden.

8. Durch zunehmenden Einsatz der „eisernen Kollegen" ergibt sich zunehmende „soziale Isolation" der Arbeiter in der Fabrik.

Eine gewerkschaftliche Strategie besteht noch nicht

Zwar steht die IG Metall diesem Problem nicht so gänzlich unvorbereitet gegenüber wie vor ca. 15 Jahren dem NC-Werkzeugmaschinen-Problem. Aber vorbereitet ist sie dennoch nicht. Die Entschließung „Rationalisierung und Technischer Wandel" ist keine konkrete Strategie. Zwar gibt es ein Rationalisierungsschutzabkommen. Es schützt nur kaum. Der Gewerkschaftstag hat beschlossen, nach einer bundesweiten Bestandsaufnahme eine Gegenstrategie zu erarbeiten. Der erste Teil sollte im November 1981 abgeschlossen sein.

Meines Erachtens müßten folgende Punkte beachtet werden:
– Den Einsatz der Industrieroboter nicht prinzipiell ablehnen. Ideologisch wäre es kaum haltbar, gegen eine solche unzweifelhafte Produktivkraftentwicklung, die noch dazu in manchen Fällen tatsächlich unzumutbare Arbeitsplätze ersetzt, anzugehen. Stattdessen sollte man den Betriebsräten das Recht geben, den Einsatz an bestimmten Arbeitsplätzen durchzusetzen.
– Erweiterung der gesetzlichen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Planung technischer Einrichtungen (§90 BVG) und der Gestaltung der Arbeitsplätze (§91) sowie des Einsatzes von Arbeitskräften (§92) und deren Entlohnung.
– Bei Einsatz von Industrierobotern sollte festgelegt werden, daß keine Entlassungen erfolgen dürfen.
– Bei Versetzungen sollte der Lohn mindestens 2, besser 3 Jahre garantiert sein, bei entsprechender Erhöhung.
– Obligatorische Umschulung von erheblichem Umfang, deren Ziel vom Beschäftigten bestimmt werden kann, also auch außerbetrieblich.
– An Industrieroboter angrenzende Arbeitsplätze dürfen sich nicht in ihrem Arbeitsumfang und ihrer Intensität verschlechtern.

Diese Punkte könnten tarifvertraglich abgesichert werden.

Entschließung Rationalisierung und Technischer Wandel

Die IG Metall fordert deshalb:

1. Die vorhandene Arbeit ist auf alle Arbeitnehmer zu verteilen. Die Arbeitslosigkeit ist durch Arbeitszeitverkürzungen zu bekämpfen.

2. Die Arbeitsbedingungen sind menschengerecht zu gestalten. Mit jeder Rationalisierungsmaßnahme muß eine belegbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden sein. Dazu sind Arbeitsorganisation und Arbeitstechnologie so zu verändern und anzupassen, daß ganzheitliche Arbeitsabläufe in einer gesundheitsfreundlichen Arbeitsumgebung geschaffen werden und genügend Zeit für die persönliche Erholung zur Verfügung steht.

3. Jeder Arbeitnehmer hat einen Anspruch auf qualifizierte Aus- und Weiterbildung. Im Arbeitsprozeß muß von den Arbeitnehmern eine möglichst breite Qualifikation abgefordert werden.

4. Einkommen müssen abgesichert werden. Die Steigerung der Löhne und Gehälter ist darüberhinaus ein wichtiger Beitrag für eine höhere Nachfrage und somit zur Stabilisierung des Arbeitsplatzangebotes. (. . .)

(beschlossen vom 13. ordentl. Gewerkschaftstag der IG Metall 1980)

Mülheimer Stahlkonferenz:

Aufbruch zu neuen Ufern? Jein!

bsc.Dortmund. „Bisher ist die IG Metall mit dem Handfeuerlöscher rumgelaufen. Man muß endlich den Brandstiftern das Handwerk legen!" Mit diesen Worten brachte der Gelsenkirchener Gußstahlwerk-Delegierte Lukrawka die Strategie-Debatte der Mülheimer Stahlkonferenz der IG Metall auf eine knappe und plastische Formel. Wie Ernst Ebeling, Betriebsratsvorsitzender der Krupp Stahlwerke Südwestfalen in Hagen, am nächsten Tag auf einer Tagung mit Betriebsräten und Vertrauensleutesprechern von Krupp und Hoesch bekräftigte, entsprach die zitierte Einschätzung des Gelsenkirchner Delegierten dem Willen vieler Funktionäre: „Gestern haben die meisten Delegierten gesagt, daß es vielleicht notwendig wird, daß die Stahlindustrie in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt wird. Dann können bei der Lösung der Stahlkrise auch regionale Entwicklungen berücksichtigt werden."

Eugen Loderer hat in seinem Schlußwort darauf so reagiert, daß er feststellte, es gehe nicht darum, „die Revolution auszurufen", und er denke nicht daran, „zu neuen Ufern aufzubrechen, ohne zu wissen, wie dieses Ufer aussieht!" Rudi Judith, der ja für die bisherigen Feuerwehr-Einsätze der IG Metall zuständig war, ließ – wie schon seit einigen Wochen – erkennen, daß er nicht vollständig abgeneigt ist, „zu neuen Ufern aufzubrechen": „Wenn wir regionale Lösungen wollen, dann muß die Verfügungsgewalt der Unternehmer eingeschränkt werden!"

Die Mülheimer Stahlkonferenz war nach 1978 in Dortmund die zweite ihrer Art in den sieben Jahren Stahlkrise. Sie dauerte vier Stunden am Donnerstag Vormittag. 500 Delegierte waren da. Also im Wesentlichen die Betriebsratsvorsitzenden und ihre Stellvertreter sowie die Sprecher der Vertrauenskörper-Leitungen. In ihren Eröffnungsreferaten hatten Eugen Loderer und Rudi Judith zwar die Kapitalisten wortreich attakiert, aber konzeptionell nicht viel Neues erkennen lassen: Eine Lenkung der Stahlpreise sei unumgänglich, um die Unternehmen vor ihrer ruinösen Preiskonkurrenz zu schützen. Weiter führte Loderer dann aus, daß kein Werk stillgelegt werden dürfe, ehe nicht zur selben Zeit in erreichbarer Nähe Ersatzarbeitsplätze errichtet worden seien. Bezogen auf die kommende Tarifbewegung stellte er fest, daß es kein Lohnopfer für die Sanierung der Stahlindustrie geben werde. Schließlich hob er noch mal hervor, daß er die Verkürzung der Lebensarbeitszeit für ein wesentliches Mittel halte, um Beschäftigung zu sichern.

Die Formulierung „Verkürzung der Lebensarbeitszeit" ohne ausdrücklichen Hinweis auf die Forderung nach der 35-Stundenwoche ist etwas beunruhigend. Am Tag nach der Mülheimer Konferenz gaben die beiden Bezirksleiter der IGM in NRW, Karl-Heinz Bräuer (Köln) und Kurt Herb (Essen), der „Westfälischen Rundschau" ein Interview, in dem sie feststellten, daß in NRW die überwältigende Mehrheit der IGM-Bezirke für die „populäre Forderung" nach einer Tarifrente mit 60 Jahren sei. Beunruhigend war vor allem, was Karl-Heinz Bräuer zur Begründung noch vortrug. Er „rechnete" nämlich vor, daß eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit 24 Jahre durchgehalten werden müßte, um den Stunden-Effekt der Tarifrente zu erreichen. Das ist der erste offensichtliche und öffentliche Versuch eines führenden IGM-Funktionärs, die Frage der früheren Verrentung und der 35-Stundenwoche gegeneinander zu stellen und dann die Frage der 35-Stundenwoche wegzudrücken. Tatsächlich ist die Forderung nach Verrentung mit 60 Jahren gerade unter den Stahlarbeitern aufgrund des starken Verschleißes der Arbeitskraft in Schichtarbeit sehr populär. Aber gerade gegen diesen starken Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion nutzt sie ja denen, die weiterhin arbeiten, überhaupt nichts. Und der beschäftigungssichernde Effekt muß nach allen Erfahrungen realistisch wensentlich niedriger angesetzt werden, als das rechnerisch erscheint.

Auf jeden Fall wächst die Zahl der mittleren Funktionäre in den Betriebsräten und VK-Leitungen, die Eingriffe in das Eigentumsrecht der Kapitalisten befürworten. Zwei Tatsachen spielen für diese Entwicklung eine größere Rolle. Da sind einmal die Vertragsbrüche und Geheimpläne der Stahlkapitalisten und zweitens die staatlichen Subventionen. So gibt es z.B. einen Vertrag zwischen IGM, DGB, Krupp-Stahlwerke Südwestfalen und Krupp-Stahlwerke AG, u.a. unterschrieben von Berthold Beitz, in dem festgestellt wird, daß die Zahl der Arbeitsplätze bei Krupp in Hagen bis 1991 nicht verringert werden soll. Aber bekanntlich legte am 22. April dieses Jahres der Vorstandsvorsitzende der Krupp-Stahl AG einen Plan vor, der die Stillegung beider Hagener Krupp-Werke vorsah. Oder bei dem Termin zwischen Matthöfer, Lambsdorff und den Betriebsratsvorsitzenden von Krupp und Hoesch, das in der vorigen Woche stattfand, nachdem die Vorstände und Aufsichtsräte mit dem Ministern gesprochen hatten, fragte Matthöfer die Betriebsräte, ob sie der vorgelegten Fusions-Konzeption zustimmen würden. Und da mußten die Betriebsratsvorsitzenden, die auch Aufsichtsratsmitglieder sind, anworten, ein solches Konzept haben wir noch nie gesehen, und überhaupt haben wir seit Wochen nichts Schriftliches bekommen. Gegen solche Geheimpläne streiken jetzt z.B.in Gelsenkirchen beim Schalker Verein seit einer Woche abwechselnd verschiedene Abteilungen, um den Thyssen-Vorstand zu zwingen, das Gesamtkonzept offenzulegen. Den zweiten Grund hat Werner Naß, Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied bei Hoesch in Dortmund, so formuliert: „Bei den ganzen Sanierungskonzepten geht es immer nur nach Profitgesichtspunkten und nie nach den Bedürfnissen der Menschen. Wenn jetzt auch noch Steuergelder gefordert werden, dann müssen wir auch mehr Einfluß kriegen!" Warum die Stahlindustrie unter demokratische Kontrolle muß, erläuterte Hans-Otto Wolf, Sprecher der Vertrauenskörper-Leitung des Werkes Phönix von Hoesch in Dortmund, an einem konkreten Beispiel: Die Abwärme der Winderhitzer für die Hochöfen bei Phönix wird im anliegenden Stadtteil Hörde als Fernwärme für die Heizung einiger tausend Wohnungen genützt. Nach betriebswirtschaftlicher Rechnung ist der Werksteil Phönix unrentabel und soll in den nächsten Jahren dichtgemacht werden. Aber dann müssen auch für einige tausend Wohnungen neue Heizquellen beschafft werden. Und so kann das auch in anderen Fällen sein, daß manches bei kapitalistischer Produktionsweise betriebswirtschaftlich unrentabel sei, was aber volkswirtschaftlich – im wirklichen Wortsinn – durchaus rentabel und vernünftig sein kann.

Die größte Sorge bereitet diesen Funktionären, daß es über die Mülheimer Konferenz nicht gelungen ist, ein neues und einheitliches Konzept von

seiten der IGM zu entwerfen, mit dem man in die unvermeidliche Schlacht gegen die Stahlkapitalisten einsteigen könnte. Ihrerseits wollen sie jetzt vor allem die Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten verstärken. In Dortmund wird es am 29. Oktober zum ersten Mal eine gemeinsame Belegschaftsversammlung aller drei Hüttenwerke von Hoesch geben. Dann sind 20000 Stahlarbeiter in der großen Westfalenhalle. Und wie es danach aussehen wird, wenn seitens des Vorstandes kein akzeptables Konzept vorgelegt wird, umschreibt Gerd Wildförster, Sprecher der VK-Leitung des Werks Westfalenhütte so: „Noch herrscht Ruhe. Das ist so eine Art ohnmächtiger Zorn. Aber die Stimmung nähert sich dem Siedepunkt. Es soll sich keiner wundern, wenn es demnächst Aktionen gibt, gegenüber denen die Berliner Ereignisse nichts waren."

vol. Politisch und ideologisch auf die Krise reformistischer Auffassungen in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft gerichtet, haben die CDU-Sozialausschüsse ein Programm zur Stärkung der Familie herausgebracht.

Die Familie hat für die katholische Soziallehre und ihr Ständeprinzip von Arbeitern, Unternehmern und ihre Vereinigung im Staat strategische Bedeutung. Sie ist das Bindeglied zwischen dem Einzelnen und dem Staat, der mit der Gesellschaft gleichgesetzt wird.

Norbert Blüm, Vorsitzender der CDA, fordert die Ausrichtung aller ökonomischen, politischen und kulturellen Tätigkeit auf ein menschlicheres Leben in der Familie. Dies wird umschrieben mit einem Leben, in dem Selbstbestimmung, Liebe, Zärtlichkeit, Treue, Vorsorge, Verzichten etc. verwirklicht wird, alles Werte, die im Bild der Mutter verwirklicht seien. Blüm fordert, daß diese ethischen Werte, die auch die Werte der sozialen Marktwirtschaft seien, auch wieder in diese Eingang fänden. „Die Welt der Erwerbsarbeit muß sich nach den Bedürfnissen, Interessen und der Belastbarkeit der Menschen und ihrer Familien richten und nicht umgekehrt."

Sicherlich ist es richtig, wenn Irmgard Blättel (selbst Mitglied der CDA) vom DGB-Vorstand und Ursula Ibler von der IGM jetzt in einer Presseerklärung sagen: „Ganz offensichtlich diene die ‚sanfte Gewalt der Familie' ... dazu, die berufstätigen Frauen aus dem Arbeitsprozeß herauszudrängen, sie zurück ins Haus zu schicken und arbeitslose Frauen mit ihrem ‚Schicksal' zu versöhnen." Doch der Hinweis auf die versäumten Reformen „Einführung von Gesamtschulen als Ganztagsschulen, Elternurlaub etc." greift einfach zu kurz. Der Kernpunkt der Kritik der CDA wird nicht berücksichtigt: Entfremdung der Menschen in dieser Gesellschaft durch Technik und kalte Ratio.

Die Familie, die Blüm beschwört, gibt es kaum noch in Westdeutschland. Sie ist durch die Revolutionierung des kapitalistischen Produktionsprozesses auch und gerade in den letzten 30 Jahren glücklicherweise weitgehend beseitigt. Allerdings, neben manchen positiven Ansätzen, ist diese Beseitigung höchst widersprüchlich. Eine Menge von Funktionen, die die Familie früher hatte (Altersversorgung, Erziehung der Kinder und Jugend, Krankenversorgung) sind zu staatlichen Funktionen, staatlich kontrolliert und finanziert, geworden. Und damit der Kontrolle der Massen weitgehend entzogen. Darüberhinaus sind eine Vielzahl von Aufgaben, die zur Entfaltung der individuellen, kulturellen, politischen und ökonomischen Möglichkeiten der Lohnabhängigen, insbesondere der Frauen, der Alten und der Jugend notwendig wären, vollkommen vernachlässigt, so daß sich Kontrolle und Fremdbestimmung mit Vernachlässigung, Entwürdigung und Isolation verbinden.

Blüm möchte die vorhandene Kritik an der bürokratischen Staatstätigkeit und Vernachlässigung verbinden mit der Politik der Kürzung der Sozialleistungen, die durch Eigeninitiative und Gewinnung von „Freiheit" ausgeglichen werden sollen. Wenn man die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitenden verwirklichen will, dann sollte man auch die Fessel für eine solche Änderung suchen und wird sie im Privateigentum an den Produktionsmitteln finden. Und die Aufhebung der Entfremdung der Frau z.B. läßt sich weder durch die Herbeisehnung der 3 K's noch durch Ausdehnung der staatlichen Bürokratie herstellen, sondern durch das, was in vielen Kämpfen der Arbeiterbewegung, der Autonomen- und Selbsthilfegruppen schon der objektive Inhalt ihrer Kämpfe ist, die Vergesellschaftung etlicher heutiger Staatsfunktionen. Die Verwaltung, Kontrolle und Ausführung der Bildung, Kultur, Altersversorgung etc. durch die Betroffenen selbst auf der Grundlage vergesellschafteter Produktion, d.h. wie Marx es formulierte, die Erkämpfung der Diktatur des Proletariats, ist die einzige Möglichkeit, die Entwicklung des Individuums und der Gesellschaft fortzusetzen.

Blüms Konzeption weist auf das notwendige Überdenken gescheiterter Reformvorstellungen erneut hin. Man darf sich keine Illusionen machen, daß Blüm auf kurzfristige Erfolge aus ist oder eine Mehrheit in den Gewerkschaften gewinnen will, dafür ist der Einfluß der CDA zu gering. Was er beabsichtigt, findet sich bei Biedenkopf schon klarer, wenn der von der Möglichkeit träumt, durch entsprechende Streichungen in der Sozialpolitik in den 80er Jahren eine „neue Mittelklasse" durch Herabdrücken eines großen Teils der Arbeiterklasse herzustellen. Soziale Demagogie, die sich als antibürokratisch, Anti-Filz etc. schmückt, kann nur bei zu langem Festhalten an fehlgeschlagenen reformistischen Konzeptionen Raum gewinnen.

Wortradikale Kritik an Marktwirtschaft und Staat

CDU-Sozialausschüsse entwickeln eine reaktionäre Konzeption gegen den Reformismus

Leitsätze der 19. CDA-Bundestagung vom Oktober 1981 (Auszüge)

Die 18. Bundestagung der CDA hatte erklärt: „Die technische Entwicklung bietet Chancen der Befreiung. Sie kann den Menschen auch vergewaltigen. In ihrer menschenverachtenden Form macht sie ihm seine Arbeit fremd, vergeudet lebenswichtige Energie- und Rohstoffquellen und zerstört seinen natürlichen Lebensraum."

„Arbeit und Familie sind natürliche Lebensräume des Menschen. Nicht nur die Arbeit ist in der Krise. Herausgefordert ist in gleichem Maße die Familie:

– Empfindliche Störungen gehen aus von einem Fortschritt, der technische Vollkommenheit an die Spitze seiner Wertskala setzt. Die Brüderlichkeit verschwindet unter der Last der Bürokratie und einer zunehmenden Vergesellschaftung aller Lebensbereiche. Damit werden dem gesellschaftlichen Leben Werte entzogen, auf die menschlicher Fortschritt angewiesen ist. Liebe, Güte und Zärtlichkeit, die besonderen Wesensmerkmale der Mutter und des familiären Zusammenlebens, sind in die Idylle der eigenen vier Wände eingesperrt. Auf den privaten Haushalt beschränkt entwickeln sie jedoch nicht die Kraft eines sozialen Gegengewichtes gegen die Kälte der Effizienz, mit der Technik, Naturwissenschaft und Wirtschaft die Gesellschaft überziehen. Auch die Mutterfeindlichkeit und Lieblosigkeit mancher moderner Emanzipationsbewegungen ist nur die Folge der Mutterfeindlichkeit der technokratischen Gesellschaft.

– Die Aggressivität des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts setzt sich in den sozialen Beziehungen fort. Angst vor der Zukunft verschärft das Konkurrenzdenken, verhärtet die Verteilungskämpfe und verdrängt das natürliche Behagen am Miteinander. Der Ursprung der Solidarität, die Brüderlichkeit, geht verloren. Zusammenschluß wird zu einer Einrichtung der Starken, die ihre Vorrechte verteidigen. Die Politik macht sich zum Gefangenen vermeintlicher Sachzwänge. Das menschliche Leben gerät in die Hand derer, die glauben, alles machen zu müssen, was sie machen können.

– Dem demokratischen Staat wird das Gewaltmonopol lautlos entzogen ... Die Marktwirtschaft ist nicht ausreichend gegen diejenigen geschützt, die sich Vorsprünge verschaffen, ohne sich durch Leistung ausweisen zu können. Häuser, die zu Spekulationszwecken leerstehen oder verkommen sollen, sind ein Skandal, der Gewalt provoziert. Am Arbeitsplatz zählt der alles übertreffende Einzelkämpfer. Wenn die Arbeit knapper wird, werden die Leistungsschwächeren ausgeschwitzt, die Gesunden überleben. Ältere Arbeitnehmer werden wie Maschinen abgeschrieben und über Sozialpläne sanft verschrottet."

Für eine Schule ohne Aussonderung

Die Sonderschulen haben versagt. Auslese, mangelnde Qualifikation und schlechte Förderung sind ihr Ergebnis. Es gibt Konzepte zur Integration in die Grundschule.

ads, Westberlin

Seit etwa 10 Jahren ist die Nützlichkeit der Sonderschulen mehr umstritten als dies jemals zuvor in der Geschichte dieser Schulen der Fall war.

Von Lehrern und Wissenschaftlern sind eine Reihe von Untersuchungen vorgelegt worden, die den Beweis über den Auslesecharakter dieser Schulen führen. Ihre Position läßt sich zusammenfassen in der Forderung der GEW (Gewerkschaftstag 1980) „für eine Schule ohne Aussonderung". Dagegen steht die Position – führend vertreten vom Verband Deutscher Sonderschulen – die sich für den weiteren Ausbau des separaten Sonderschulwesens einsetzt mit der Begründung, daß nur in den Sonderschulen die Möglichkeiten gegeben seien, die Kinder aller Behinderungsarten darauf vorzubereiten „ihren Platz in der Gesellschaft" einnehmen zu können.

Meiner Ansicht nach kommt man in diesem Streit nur weiter, wenn man die Funktion der Sonderschulen unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen zur Kenntnis nimmt.

Gewiß war es ein Fortschritt, als sich Mitte des 19. Jh. die ersten Hilfsschulen herausbildeten, mit den Ziel, geistig behinderte Kinder nicht einfach der Fürsorge durch die Familie oder der Unterbringung in einer Idiotenanstalt zu überlassen, sondern sie soweit als möglich auszubilden. Ebenso gibt es heute noch genügend Menschen, die aufgrund schwerster Mehrfachbehinderungen nicht zur Schule gehen können, weil die Aufnahmekriterien in die Geistigbehindertenschulen z.B. voraussetzen, daß die Kinder selbständig zur Toilette gehen können. Selbstverständlich ist es da ein Fortschritt, wenn die betroffenen Familien es gegenüber den Behörden durchsetzen, daß ihr Kind in einer öffentlichen Schule soweit als möglich ausgebildet und versorgt wird.

Angesichts der Verfolgung des „lebensunwerten Lebens", der Euthanasiemorde im Faschismus und der ständigen Bedrohung der Existenz der Sonderschulen in dieser Zeit muß man verstehen, daß es unmittelbar nach dem Krieg ein großes Engagement – insbesondere unter der Lehrerschaft – gab, die Sonderschulen wieder aufzubauen. Dieses Engagement kommt z.B. in einer Schulchronik der Charlottenburger Arno-Fuchs-Sonderschule zum Ausdruck, dort heißt es über die Aufbaumonate der Schule im Jahr 1946: „Da jegliche Unterlagen fehlten, vollzog sich die Sammlung der Kinder anfangs nur langsam und mühselig und zum großen Teil aufgrund von Suchaktionen der Lehrkräfte während der Ferien. Viele waren in Normalschulen untergetaucht, andere bei der Rückkehr aus der Evakuierung durch den Flüchtlingsstrom von ihrer Schulgemeinschaft abgedrängt worden und kehrten nach langer mühseliger Fußwanderung erschöpft und abgerissen nach Berlin zurück."

Als bis Mitte der 60er Jahre in Berlin jedes 14. Kind (7%) zwischen 6 und 15 Jahren in einer Sonderschule war, schien es so, als ob die engagierten Verfechter des Ausbaus der Sonderschulen ihr Ziel erreicht hätten.

Der Ausbau des Sonderschulwesens hat jedoch auch eine andere Seite: Der Aussonderungsprozeß aus der Grundschule in die Lernbehindertenschulen, die ca. 90% aller Sonderschüler beschulen, nahm extreme Ausmaße an. Übervolle Grundschulklassen, keine Fördermaßnahmen gerade im Erstleseunterricht führen zu einer verschärften Auslese durch Intelligenzüberprüfungen auf die Sonderschulen. Dieser meiner Ansicht nach veränderte Charakter der Sonderschulen als Auslese-schulen tritt um so krasser hervor, als parallel mit dem Ausbau dieses Schultyps die Gesamtschulentwicklung vonstatten ging. Von der Erörterung um Fördermaßnahmen in Grundschulen, von der Curriculumdiskussion, von binnendifferenziertem Unterricht, von dem Einsatz modernster unterrichtstechnischer Mittel bleiben die Sonderschulen völlig unberührt. Im Vergleich etwa zur Gründungszeit der Hilfsschulen oder auch der Nachkriegszeit muß man feststellen, daß der Kenntnisstand und die Einsatzmöglichkeiten von Wissenschaft (Erziehungswissenschaften) und Technik im Unterricht einen Höhepunkt erreicht hatte. Nur, hat der Einsatz dieses Kenntnisstandes gerade für die Kinder, die dann die Sonderschulen aufgefüllt haben, stattgefunden?

Im Zusammenhang mit dem starken Anwachsen der Sonderschulen sind eine Reihe von Untersuchungen über die soziale Herkunft von Sonderschülern durchgeführt worden. Der Berliner Erziehungswissenschaftler Ulf Preuss-Lausitz hat in einer Untersuchung über die soziale Stellung der Eltern für Westberlin nachgewiesen, daß die Schüler, die als „lernbehindert" eingestuft werden, „nicht nur Arbeiterkinder, sondern vorwiegend Kinder aus Familien sind, die am Rande oder außerhalb der aktiven Arbeiterschaft stehen". „Die Hilfsschule (Preuss-L. verwendet den Begriff Hilfsschule als Synonym für „Lernbehindertenschule", d. Verf.) ist in ihrer sozialen Zusammensetzung geprägt von Kindern aus proletarischen Großfamilien, von Rentnerkindern (zahlreiche Frühinvaliden), von Kindern aus zerstörten Familien (überdurchschnittlich viele Kinder nur bei Mutter oder Vater, bei Großeltern, im Heim). Viele Kinder kommen aus sogenannten Obdachlosenvierteln oder Exmittiertensiedlungen." (1)

Hilfsschüler – soziale Stellung der Eltern in Berlin-West (in v.H. aller Hilfsschüler)

	1966	1968	1971	1975
Freie Berufe und Selbständige	2,8	2,2	1,9	2,3
Beamte und Angestellte	10,7	10,2	10,0	11,5
Arbeiter, Rentner und sonstige Erwerbsquellen	71,1	80,0	70,5	72,1
(Fürsorge)	86,5	87,5	88,2	86,3
o.A.	15,4	7,5	17,7	14,2
	100	99,9	100,1	100,1

Quellen: Berliner Statistik 11/1972; Berliner stat. Berichte April 1971; Senator für Schulwesen IV C; eigene Berechnungen. (2)

Aus dieser mittlerweile für jeden offenkundigen Tatsache über die soziale Lage dieser Kinder werden oft die Schlußfolgerungen gezogen: Für die Lernbehindertenschulen möge dieser Auslesecharakter ja zutreffen, aber bei den Sonderschulen für Sinnesgeschädigte sei das alles ganz anders und deshalb müsse man diese als separate Einrichtungen weiter aufrechterhalten und ausbauen. Dazu nur folgendes: In einem Projekt der TU Berlin (3) ist 1980 für den Westberliner Bezirk Schöneberg festgestellt worden, daß fast alle Schöneberger Sonderschüler mit Sinnesschäden in dem Teil des Bezirks wohnen, wo die ungünstigsten Wohn- und Lebensverhältnisse herrschen und wo der Ausländeranteil besonders hoch ist. Zusätzlich hat das natürlich auch Auswirkungen auf das Inanspruchnehmen der Gesundheits- und Vorsorgeuntersuchung.

Unter dem Gesichtspunkt der sich verändernden Funktion der Sonderschulen ist es noch erwähnenswert, daß in Westberlin ab 1968 eigenständige Schulen für geistigbehinderte Kinder eingerichtet wurden. Es wurde damit ein weiterer Schultyp unter den Sonderschulen geschaffen, der unterhalb der Lernbehindertenschule ansetzt. Diese Schulen werden von Kindern besucht, die um die Jahrhundertwende bis zum Faschismus in der früheren Hilfsschule beschult wurden. Das Kriterium für die Einweisung in die Geistigbehindertenschulen ist ein nachweisbarer Hirnschaden und ein IQ-Ergebnis, das zwischen 50 und 90 Punkten liegt. Die Schülerschaft in diesen Schulen verdoppelte sich von 1968 bis 1978 von anfänglich 400 auf 800 Kinder.

Diese Tatsache veranlaßte viele, danach zu fragen, weshalb – wenn es nun schon diese neu eingerichteten Schulen gäbe, dann noch extra Lernbehindertenschulen als Zwischenstufe zum Regelschulsystem notwendig seien?

Viele Befürworter und auch unsichere Kritiker der Sonderschulen führen immer wieder als Argument an, daß das Sitzenbleiben in den Sonderschulen wegfalle und damit eine „geborgene" Lernatmosphäre geschaffen werde, ohne Leistungsdruck und so die Lehrer mit viel kleineren Schülergruppen eine gezieltere heilpädagogische Förderung vornehmen könnten. Diese schöne Vorstellung hat nichts mit der Praxis an den Westberliner Sonderschulen zu tun. U. Preuss-Lausitz stellt dazu in einer neuen Untersuchung fest: „Ich habe festgestellt, daß das Sitzenbleiben (als wohl am meisten frustrierende, die Sozialbeziehungen zerreißende Maßnahme), nicht etwa in der Grundschule, sondern in der „Hilfsschule" am meisten praktiziert wird. In Berlin hat dies Tradition, und der Vergleich der Durchschnittszahlen ist schockierend:

Sitzenbleiben in der Hilfsschule und in der Grundschule in Berlin, 1958 – 1978

Jahr	Hilfsschüler v.H. aller Hilfsschüler	Grundsch. v.H. aller Grundsch.
1958/9	15,0%	7,5%
1960/1	17,8%	7,2%
1961/2	16,1%	7,3%
1970/1	5,3%	4,4%
1974/5	4,6%	3,5%
1976/7	4,1% (Kl. 1 – 6) 4,6% (Kl. 7 – 10)	1,0%
1977/8	4,2% (Kl. 1 – 6) 3,5% (Kl. 7 – 10)	1,6%

Quellen: 1958 – 1961: Stat. Berichte des Stat. Landesamtes; 1970 – 1977: Senator für Schulwesen IV C; LPD vom 22.6.1976

Die Daten für 1977/78 aufgeschlüsselt zeigen, daß gerade zu Beginn der Überweisung in die Hilfsschule das Sitzenbleiben als korrigierende Einstufungsmaßnahme praktiziert wird. (Wiederholung 1977/78 in der ersten Klasse: 9,5%; in der zweiten Klasse: 6,8%). Das heißt aber doch: gerade nach enttäuschten Grundschulerfahrungen wird auf Frustration noch einmal dasselbe gesetzt." (4)

Rücküberweisungen aus der Hilfsschule in die Grund- bzw. Hauptschule in Berlin, 1965 – 1978

Jahr	Hilfsschüler (abs. = 100%)	Rücküberweisung in: Grundschule (abs.)	Hauptschule (abs.)	v.H. aller Hilfsschüler
1965/6	8733	11	83	1,08
1969/70	8771	21	47	0,78
1973/4	9290	26	85	1,21
1975/6	8830	55	149	2,31
1976/7	8434	38	131	2,00
1977/8	8130	56	157	2,62

Quellen: LPD vom 22.5.1970, vom 25.6.1976; für 1971 und 1975 ff.: Stat. Landesamt – Überweisungen in Gesamtschulen der Sekundarstufe kommen nur 1975 vor (n = 4). Hier in Hauptschule enthalten. (5)

Auch das Argument, daß die Sonderschulen die Durchlässigkeit gewährleisten und somit nach entsprechender Förderung jeder die Möglichkeit habe, wieder die Regelschule zu besuchen, ist durch vorstehende Tabelle widerlegt.

Man kann sicher zurecht behaupten, daß all die Probleme, die Sonderschüler stark betreffen, wie Jugendarbeitslosigkeit, Kriminalität, Drogenkonsum, Wohnungselend u.a. überhaupt nicht damit gelöst wären, wenn der Ausleseprozeß in die Sonderschulen nicht stattgefunden hätte und die Sonderschulen abgeschafft wären. Denn es handelt sich bei diesen Problemen nicht allein um Auswüchse des Schulsystems, sondern sie sind Ergebnis der heutigen gesellschaftlichen Bedingungen, wovon das Schulsystem ein Ausdruck ist.

Man kann aber die Verfechter der Sonderschule oder auch die noch etwas unentschlossenen Kritiker fragen, ob die Sonderschule einen Ansatz zur Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme dieser von weiterer Deklassierung bedrohten Kinder und Jugendlicher geleistet hat?

Verstärktes Analphabetentum, (Dunkelziffer von deutschen Analphabeten, die mehrere Jahre die Schule besucht haben, liegt zwischen 1 bis 2 Millionen) seit Jahren währender Vandalismus, haben unter Lehrern und Wissenschaftlern dazu geführt, die an den Schulen verbreitete Pädagogik und Methodik zu überprüfen und in Frage zu stellen.

Ich halte diese Bemühungen für unterstützenswert und für richtungsweisend. Sie gehen davon aus, daß es für die Lernfähigkeit entscheidend ist, die Verarbeitung der eigenen Tätigkeit und die Aneignung gesellschaftlicher Erfahrungen in den Mittelpunkt des Lernens zu stellen. Zwar sind dies keine neuen Erkenntnisse, auf dieser Grundlage hat die sowjetische Pädagogin Krupskaja in den ersten 30 Jahren dieses Jahrhunderts ihre pädagogischen Schriften verfaßt, auf dieser Grundlage hat Paulo Freire mit seiner „Pädagogik der Unterdrückten" in Chile, Brasilien und Guinea Bissao Alphabetisierungskampagnen durchgeführt. Im Zentrum steht die Verbindung von Lernen und gesellschaftlicher Praxis: „Nur solange der Mensch Subjekt ist, kann der Mensch zu Erkenntnissen gelangen. Deshalb nämlich lernt nur der wirklich, der sich das Gelernte zu eigen macht und in ‚Erfaßtes' verwandelt, mit dessen Hilfe er es deswegen auch von neuem selbst schöpfen kann; es lernt nur der wirklich, der das Erfaßte-Gelernte auf konkrete existentielle Situationen anzuwenden in der Lage ist ..." Lernen als Erkenntnis „verlangt die Veränderung der Wirklichkeit durch das Subjekt. Sie beinhaltet eigene Schöpfungen und immer wieder eigene Schöpfungen ..." (6)

In Berlin ist in Zusammenarbeit zwischen der GEW und dem Fachbereich 22 der Technischen Universität (Institut für Unterricht, Erziehung und Ausbildung) ein integratives Konzept in Grundschulen in Berlin Schöneberg entwickelt worden, das der Projektleiter so skizziert:

„Grundidee ist eine relativ kleine (zwei- oder vierzügige) Schule, deren Klassen nicht mehr als 20 Schüler umfassen. *Alle* Kinder des Einzugsbereichs dieser Schule werden hier angemeldet und gehen hier zur Schule. Dabei wird davon ausgegangen – was für einen bestimmten Berliner Bezirk bereits als realistisch geprüft wurde – daß pro Klasse nicht mehr als 1 bis 2 Kinder mit Behinderungen im Einzugsgebiet wohnen, zuzüglich von in der Regel 2 bis 3 Kindern, die besondere Förderung brauchen (ausländische Kinder, Kinder mit speziellen Problemen wie Lese- oder Rechtschreibschwächen). Mehrere Klassen werden gemeinsam von Sonderpädagogen und Sozialarbeitern unterstützt (ich erinnere an die soziale Herkunft der Kinder mit Lern-Schwierigkeiten!). Die besonderen Therapieerfordernisse finden wie sonst auch statt, allerdings möglichst innerhalb der Schulen und nicht in weit abgelegenen Therapie-Einrichtungen.

Dieses Prinzip der Stadtteil-Verbundenheit, welches die nachmittäglichen Sozialbeziehungen der Kinder und die Beziehungen der Lehrer(innen) zu den Eltern behinderter Kinder erleichtert, wird auch in den Unterrichtsinhalten beachtet. Eine Gemeinde-Schule untersucht die Wirklichkeit, die Probleme und Lebensformen in der näheren und weiteren Umgebung der Schule, sie knüpft vielleicht Patenschaften mit Büros, kleinen Betrieben oder Fabriken, sie erforscht die Wasserqualität des Teichs im Park und die Luft um die Schule, sie hält Beziehungen mit den lokalen Jugendgruppen, den lokalen Beratungsstellen, den Behinderteneinrichtungen, sie holt sich die Eltern und andere Menschen aus der Umgebung herein in die Schule, um von deren Lebenserfahrung zu lernen.

Dies alles wir getragen von der Vorstellung, daß Kinder unterschiedliche Lerninteressen und Fähigkeiten haben, diese innerhalb einer bestimmten Zeit in Untersuchung und Darstellung umzusetzen. Kinder müssen deshalb die Möglichkeit haben, sich im sprachlichen Ausdruck frei zu entwickeln (und das ihnen Wichtige sagen, ja auch drucken zu können, etwa mit einem klasseneigenen kleinen Setzkasten aus einer alten Druckerei), und sie müssen auch die Chance haben, Fragen zu untersuchen, die nicht die ganze Klasse interessieren. Gerade bei der Einbeziehung Behinderter sind binnendifferenzierende Lernformen notwendig und außerordentlich anregend (wie das Beispiel der Schöneberger Fläming-Schule belegt). Individuelle Lern-Phasen und gemeinsames Lernen (und Zuhören) sind eine pädagogische Einheit, und erst aus beidem ergibt sich jene pädagogische humane Lernwelt Schule, die den vielfältigen Eigenarten einzelner Kinder ebenso gerecht wird wie dem Anspruch des Lehrers (und der Schulverwaltung), daß bestimmte Inhalte in unserer Gesellschaft für die Teilhabe am kulturellen, beruflichen und gesellschaftlichen Leben notwendig sind.

Diese Bemerkungen können nur knappe Hinweise sein (vgl. Projekt 1980). Es ist jedenfalls nicht mehr möglich, zu behaupten, es gäbe keine *praktizierbaren* Vorstellungen zur Nichtaussonderung bzw. Integration von Kindern mit Behinderungen. Diese Vorstellungen müssen allerdings in vielfältiger Weise erprobt, für die je einzelne Schule umgeformt, auf den jeweiligen Stadtteil zurechtgeschnitten werden. Die GEW Berlin fordert seit Jahren in diesem Sinne Modellversuche und der Senat bremst seit Jahren – bei öffentlich verbalen Integrationsbekenntnissen – das Sammeln von Erfahrungen in nichtaussondernden Schulen. Nur der permanente Druck von Eltern, Lehrern, der publizistischen Öffentlichkeit und vielleicht sogar einzelner Politiker kann hier eine größere Bereitschaft schaffen, die Aussonderung von Kindern ins Sonderschul-Ghetto für immer mehr Kinder überflüssig zu machen." (7)

(1) Preuss-Lausitz: Die Sonderschul-Tragödie oder: auf dem Weg zur Nichtaussonderung „Behinderter" in: Hilfe Schule, ein Bilder-Les-Buch über Schule und Alltag Berliner Arbeiterkinder, von der Armenschule zur Gesamtschule 1827 bis heute, Elefantenpress 1981, S. 245

(2) alle Tabellen sind dem obigen Aufsatz entnommen

(3) TU Berlin: Projekt Planung und Realisierung integrativer Grundschulen im Bezirk Schöneberg zur Vermeidung der Überweisung in Sonderschulen, Zwischenbericht Oktober 1980

(4) Preuss-Lausitz, a.a.O., S. 246

(5) ders., a.a.O., S. 246

(6) P. Freire: Pädagogik der Solidarität, Für eine Entwicklungshilfe im Dialog, Wuppertal 1970, S. 155/156

(7) Preuss-Lausitz, a.a.O., S. 247

Ein persönlicher Film über die politische Geschichte von vielen

Margarethe von Trottas „Die bleierne Zeit"

Trüb ist's heut, es schlummern die Gäng
und die Gassen,
und fast will mir scheinen, es sei,
als in der bleiernen Zeit ...

cf. In diesen Zeilen von Hölderlin fand die Regisseurin Margarethe von Trotta die 50er Jahre, wo „man das Gefühl hatte, entweder man erstickt darin oder man befreit sich auf gewaltsame Weise", beschrieben, und „heute" – nach dem „großen Aufbruch der 68er-Bewegung", nachdem „aber weder Gewalt noch der lange Marsch durch die Institutionen zu entscheidenden Veränderungen geführt" haben, „sitzen wir wieder in einer bleiernen Zeit". Ihrem Drehbuch für Christiane – der Schwester von Gudrun Ensslin – stellt sie voran:

„Trauern, das wird
zwischen vielerlei Tun
ein einsames Geschäft"
(Ingeborg Bachmann)

Man kann sich über dieses Geschichtsbild der letzten 30 Jahre und genauso über den Anspruch, der „Trauerarbeit" der „Ensslin-Schwester" (im Film heißt sie Juliane) zu folgen, sicher streiten, beides – oder mindestens die Beurteilung des „Heute" – nicht für angemessen halten. Aber der Film, der nicht nur bei mir solchen Eindruck hinterließ, daß ich noch einen halben Tag davon nicht loskam (sowas ist mir höchstens mal bei „Sacco und Vanzetti" oder dem „Salz der Erde" passiert), der die Leidenschaften der Biennale weckte und selbst die Berufskritik (z.B. Wolfram Schütte von der Frankfurter Rundschau) zu Tränen rührt, wühlt irgendwie mehr auf. Dabei fängt es scheinbar banal an: trübes Zimmer, Bild von Marianne (für Gudrun Ensslin) – ein Kindergesicht auf dem Rücksitz im R4 in flacher kalter Landschaft – Szene in alternativer Küche – kaum einer sagt was; und dann auch noch ein Stand von Frauen gegen 218, Ansprache, Flugblätter, wenig Resonanz – man möchte meinen: typisch deutscher Jungfilm, trist, mit polit-historischem Anspruch, was einen meist so peinlich berührt.

Die erste Begegnung der Schwestern kippt dies Bild. Nicht, weil sie über „Gewalt" („als alte Frau mach ich keine Revolution mehr" – Marianne) oder die Arbeit Julianes bei einer „unüblichen" Frauenzeitschrift streiten (Juliane findet diese Arbeit „notwendig", auch Gedanken verändern etwas, „nur langsamer"), sondern weil hier das Widersprüchliche der „inneren Beziehung" von zwei Frauen, Schwestern, worauf es der Regisseurin vor allem ankommt, halt beeindruckend aufbricht. Marianne ist „geflohen", ihr Mann hat sich umgebracht, das Kind bei der Schwester lassend. Sie versteht nicht, wie man sein Leben auslöschen kann, ohne es eingesetzt zu haben. Sie hatte gedacht, er kümmere sich um das Kind. Juliane, ohne Kinder, wirft ihr vor, ihr jetzt das Leben aufzuzwingen, „das du nicht mehr führen willst" – „oder hätte er ihn in einer Bank abliefern sollen, in der Hoffnung, daß du dort auftauchst!" Doch gleich darauf sieht man in Erinnerung zwei kleine Mädchen, die sich beim Morgengebet des Vaters über die Haut auf ihren Kakaotassen angewidert zublinzeln – erste Rückblende. Später folgen die „bleiernen" Rückblenden – über die miefig-moralinsaure Zeit im Pastors-Elternhaus, wo Juliane immer die Aufmüpfige ist, in „verbotenen" Hosen zur Schule geht, auf dem Schlußball alleine Walzer tanzt, Rilkes Herbstgedicht, das die brave Marianne gerade so ergreifend vorgetragen hat, kitschig findet, Sartre liest und den nächstenliebenden Traum der jüngeren Schwester, freiwillige Helferin in Afrika zu werden, verspottet.

Zwischen den Besuchen Julianes im Gefängnis – („unsere Gefängnisse liegen in schönen Gegenden"), wo Marianne sie erstmal nicht sehen will, später sie zu überzeugen versucht von „ihrem" Weg und plastisch die Isolationshaft verkörpert, schließlich Solidarität „befiehlt" und Julianes Leben trotz ihrer schroffen Ablehnung der Bomben, „die *unsere* Arbeit behindern, nicht die der anderen", immer mehr davon geprägt wird, daß sie der Schwester hilft und sich erst recht nach ihrem Tod in ihre Lage zu versetzen versucht – die einzigen „politischen" Erinnerungen: die Kinder im Luftschutzkeller und der Resnais-KZ-Film „Nacht und Nebel", vom Vater im Jugendheim vorgeführt. Den Mädchen wird schlecht. Später – 1968 – sehen die erwachsenen Schwestern zusammen mit Julianes Freund einen Film über den Vietnam-Krieg. Marianne: „Ich werde mich nie damit abfinden, daß man nichts dagegen tut." Das bleibt die einzige Reminiszenz an die Studentenbewegung, „den großen Aufbruch", der doch nach den Worten so vieler an dem Film Beteiligter überhaupt die unterschiedlichen Formen politischen Handelns – gleichermaßen erfolglos, wie sie meinen – gebar. Daß darüber nicht mehr gesagt wird, oder daß auch das politische Verhalten der Frauen, mit denen Juliane zusammenarbeitet, verhältnismäßig blaß und wenig betroffen von dem „Fall" gezeichnet wird, mag man für eine Schwäche des Film halten – Margarethe von Trotta ging auf all das prophylaktisch ein: Der Film sei nicht authentisch; sie habe keinen Film über den Terrorismus und seine Ursachen drehen wollen; „die Linken werden sagen, ich ginge viel zu subjektiv an die Sache heran, vernachlässige das Allgemeine, Zeitgeschichtliche ..."

Es ist eine Frage der Maßstäbe und natürlich ein Problem, das nicht aus der Luft gegriffen ist. Nimmt man den Film *nur* als zeitgeschichtliches Dokument, landet man bei der Kritik an Klischees wie: aha, gute Erziehung, Kinder wohl versorgt, humanitärer Anspruch im Konflikt mit der Wirklichkeit, das hält der so gebildete Mensch irgendwann nicht mehr aus, und in Ermangelung anderer Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung wird der bürgerliche Intelletuelle in einer bestimmten Phase zum Terroristen – zumal völlig unerklärt bleibt, wieso die Schwester ihre Zukunft anders sieht. Hier, beim Rollentausch der Schwestern, versagt allerdings auch die Logik des emotionalen Verlaufs.

Bleibt man aber mal beim Historischen des Films, ist es ja tatsächlich so, daß man die Frage: Mord oder Selbstmord in Stammheim wahrscheinlich nie wird aufklären können (obwohl die „echte" Ensslin-Schwester Christiane, darum gerade Anstoß des Films, und auch der Stern – anders als der Zeitungsmensch im Film – vor einem Jahr einiges aufgedeckt haben, was die Selbstmordthese gehörig ins Wackeln bringt). Daß das Kind – äußerlich und innerlich verbrannt durch das, wofür sich seine Mutter entschied – am Schluß „alles" darüber wissen will, ist heute bestimmt nicht das Schlechteste. Die Antworten werden eben – je nach eigener Erfahrung nicht nur mit „bleiernen" Zeiten und ihrer Verarbeitung – unterschiedlich ausfallen.

Das Psychogramm Laschens

Volker Schlöndorffs Film „Die Fälschung"

acm. Da lernt ein Journalist, daß er politische Ereignisse zu griffigen Sensationen umzuarbeiten – zu fälschen hat – für seinen und seiner Auftraggeber Vorteil. Und es wird gezeigt, wie er sich von dieser Tätigkeit distanziert, Stück für Stück. Auch das ist der Inhalt des Films „Die Fälschung".

Nur, so einfach wie die Sache klingt, so läuft sie nicht ab. Eine Reduktion oder Konzentration auf diese Aussage findet nicht statt.

Kameraschwenk über norddeutsche Flußlandschaft mit friedlich-schöner Bauernhausidylle in gehobenem Mittelstandsflair – und Szenen einer fast zerrütteten Ehe. Mehr präsentiert durch Wohlstandssymbolik als durch Laschens (der Journalist) arbeitsbedingte seltene Anwesenheit. Wesentliches Moment: Sprachlosigkeit und dann plötzlich bedrückende Sinnlichkeit. – Kameraschwenk über Beirut. Idylle in einem umkämpften Gebiet, im Zentrum des Chaos. Laschens Kennenlernen der Botschaftsangestellten, hineinmündend in eine zärtliche Liebesnacht – umgeben von Bomben- und Gefechtslärm. – Die Frage der Tochter in Norddeutschland an ihre Eltern geht in deren abrupten Liebesakt unter. Laschens Freundin in Beirut dagegen findet ihre Erfüllung in der Adoption eines Kindes – und schickt den Mann für ein paar Tage weg. – So also steht hier die morbide Wohlstandsgesellschaft dem äußeren Chaos mit der verinnerlichten Harmonie im Libanon des Bürgerkriegs gegenüber. Und da diese Harmonie für Laschen nur eine Episode bleibt, der er vergeblich nachläuft, bleibt als Lehre: Der Mitteleuropäer kann diese Harmonie auch hier nicht erhalten, bleibt hier auf Dauer fremd, ist ein Produkt der morbiden Gesellschaft.

Da sind die Leiden der libanesischen Bevölkerung – eingefangen durch die Bilder verwundeter, erschossener und verbrannter Menschen auf den Straßen und in den Häusern. Und dann findet die Kamera doch Bilder lachender Kinder, friedlichen Palavers von Männern im Kaffeehaus. Solidarität und Gemeinschaft – trotz des Krieges und ständiger Bedrohung – sollen deutlich werden. Da fehlt es an Todesangst – die die Journalisten so hautnah empfinden, allerdings Laschen immer weniger.

Auch die journalistische Enklave ist bedeutungsschwanger. Das Hotel an der Frontlinie der Kampfparteien, Frontlinie zu Kampf und Tod. Im inneren high life der Journalisten und libanesischer Oberschichtangehöriger. Die verschiednen typisierten Journalisten: Bildreporter Hoffmann als offener Zynist mit dem Blick der sensationsheischenden Kamera. Oder Rudnick, der die abscheulichsten Bilddokumente an den meistbietenden Journalisten bringt, sich sowohl durch die anzüglichsten Bemerkungen über die Vergewaltigung von Frauen in den Kriegshandlungen als über die ihn so aufrichtende Lebensweise in dieser Welt auslassend. Dann der konservative Reporter, wahrscheinlich eines Hamburger Springerblattes, für den die Welt in Ordnung ist, wenn er sie in sympatische Christen und blutrünstige Kommunisten (Palästinenser) einteilen kann. Der amerikanische Journalist, der Laschen vorwirft, „daß ihr Deutschen immer überall eure Moral anhängen müßt, als über die Tatsachen zu berichten". Aber eben diese Tatsachen haben für Laschen keine Kontur mehr.

Laschen bewegt sich zwischen den Fronten. Mal bei den Christen, mal bei den Palästinensern. Da wird gekämpft. Und da wird vor allem – so deuten es die Bilder an – scheints ohne Sinn und Verstand gekämpft. Massaker und Mord auf beiden Seiten. Der Krieg als sich selber und die Menschen vorwärts treibender Moloch. Wo Laschen nicht mehr weiß, was er hier objektiv berichten soll. Über die Grausamkeiten der Kriegshandlung kann er seine anfänglichen Sympathien für die PLO nicht mehr unterbringen, Irrationalität drängt sich in den Vordergrund, verbunden mit den Problemen seiner Ehe. Und Laschens Einmischung besteht dann in Messerstichen auf einen verletzt (oder schon tot?) über ihm liegenden Palästinenser. Wieder irrational, wenig nachvollziehbar.

Es mag hier in der Widersprüchlichkeit zwischen Dokumentar- und Spielfilm liegen, daß die Aussagen verworren, und in der Betrachtung des Krieges auch gefährlich werden. Schlöndorff wurde auch vorgeworfen, er habe den Kriegsschauplatz genauso benutzt wie die Journalisten es in dem Film tun, ein Geschäft daraus gemacht. Das ist es wohl nicht – sondern er hatte den Anspruch, Laschens Psychogramm zu verwirklichen. Dazu mußte er Krieg filmen, denn der ist Realität.

Die Kriegsszenen sind nicht in dem Sinne effekteischend, nein, wahrscheinlich sind sie sogar zu unterkühlt, zu sehr aus der Sicht des Laschen, der das alles nur noch phlegmatisch registriert, ohne zu ordnen, zu analysieren. Ausgangs- und Fluchtpunkt: Laschen. Hier wo das *Spiel* im Film beginnt, wo das *Dokumentarische* aufhört, da fangen die Schwierigkeiten des Films und die Unzulänglichkeiten in der Aussage an. Wo die Handlung hätte aufklären können, verklärt sie nur das Schicksal Laschens und verklärt den Hintergrund für Laschens Zweifel.

Schlöndorff wollte die Fiktion doch mit der Realität des Krieges im Libanon in Einklang bringen. Hier mußte er auf Schwierigkeiten stoßen, wenn er alle Aussagen darstellen wollte. Die politische Dimension ist auf der Strecke geblieben. Er, der seine Sympathien mit der PLO bekundete, hat sie im Film nicht durchschlagen lassen. Er wähnte sich damit neutral – aber der Film ist es nicht.

Familie Schlöndorff/Trotta hat jetzt zwei bedeutende Filme in den Kinos. Margarethe von Trottas Film berührt mehr, gerade *weil* er parteiisch ist. Schlöndorff wollte wohl Werktreue, aber das stellte sich eher als Hindernis heraus. Trotzdem zeigt sich hier, daß der „junge deutsche Film" keineswegs mehr unbedingt aus Metaphern und Gedankenlabyrinthen besteht.

Fernsehvorschau

20.15 Uhr in der ARD und 22.50 Uhr im ZDF

Zum 100. Geburtstag von Pablo Picasso

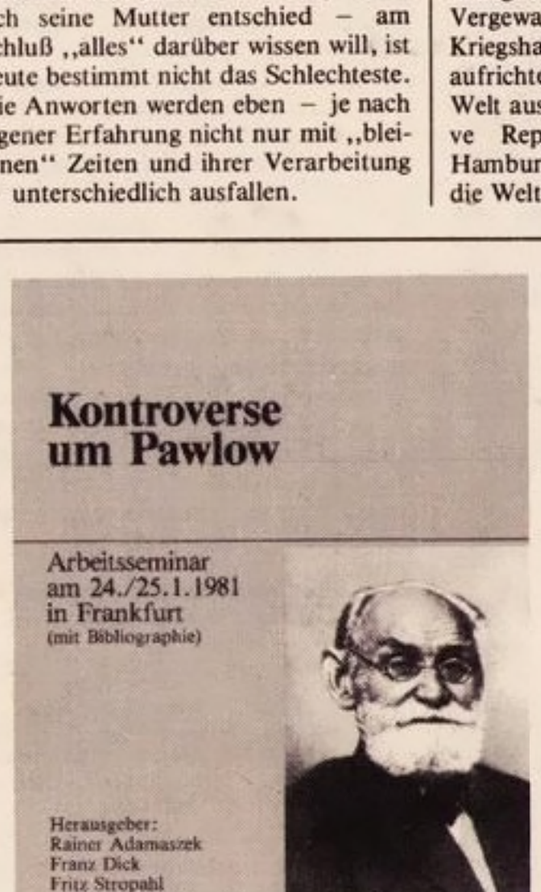
Gleich in drei Filmbeiträgen werden Werk und Leben Picassos in verschiedener Weise gewürdigt. Im ZDF-Matinee ist die Wiederholung des Films von einer der größten Ausstellungen Picassos – 1966 wurde sie in Paris eröffnet – an Hand dessen das Werk des Künstlers eingehend geschildert werden soll, zu sehen. Anschließend folgt in der „Kalendernotiz" eine Lebensbeschreibung Picassos über Zitate aus seinen Schriften. Am Abend folgt eine Sendung „100 Jahre Picasso" in der ARD mit der Darstellung der verschiedensten Lebensstationen Picassos und damit verbundenen Werke. Schließlich wird in „Picasso in Spanien" im ZDF der Versuch unternommen, das Verhältnis von Picasso zu Staat und Heimat zu beschreiben, in der er ja nur 21 seiner 91 Lebensjahre verbrachte.

Sonntag, 25.10., 10.30 Uhr im ZDF,

Aus der Trauer erwachen

Gewidmet ist dieser südafrikanische Film den Kindern, die 1976 in Soweto durch das Rassistenregime niedergemacht wurden. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Eltern, die aus dem Beispiel ihrer Kinder gelernt haben. Vier schwarze Frauen drehten diesen Film 1981. Sie sind Mitglieder der Selbsthilfebewegung schwarzer Frauen und schufen auch die Maggie-Magabe-Stiftung, um die Emanzipation schwarzer Frauen, die Entwicklung ihrer Selbstachtung und Freiheit und Würde voranzubringen. Gezeigt wird die Arbeit der Stiftung, die Vergabe von Stipendien, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Cooperativen, die Unterstützung von Alten und Behinderten. Der Film wurde gemacht, um den schwarzen Frauen ein Beispiel zu geben und Mut zu machen, ihre Interessen zu verwirklichen.

Freitag, 29.10., 22.05 Uhr im ZDF



Kontroverse um Pawlow

Arbeitsseminar am 24./25.1.1981 in Frankfurt (mit Bibliographie)

Herausgegeben von R. Adamszek, F. Dick, F. Stropahl, D. Wichmann

Aus dem Inhalt:

Pawlows Reflextheorie und die psychologische Forschung · Zur Frage „klassisches und operantes Konditionieren" und zum Begriff des dynamischen Stereotyps bei Pawlow · Zur naturwissenschaftlichen und erkenntnistheoretischen Seite der Debatte · Gedanken über den Grundsatz, daß eine Idee ohne Substanz, d.h. ohne Gehirn, nicht existieren kann · Einige Bemerkungen zur Reflextheorie Pawlows · Pawlow und Freud, Bemerkungen zu einigen Punkten der Diskussion · Arbeiten, die geeignet sind, die Lehre Pawlows darzustellen, zu verteidigen und weiterzuentwickeln · (Bibliographie)

Paperback, 160 Seiten, 13 DM

Sendler Verlag · Frankfurt